

✓ 3
5

Praktische Fragen der Volkswirtschaft

Sechs Vorlesungen über aktuelle Fragen

von

A. C. Pigou, M. A.

Professor der praktischen Volkswirtschaft
an der Universität Cambridge

Aus dem Englischen ins Deutsche übertragen

von

Dr. iur. Karl Klügmann



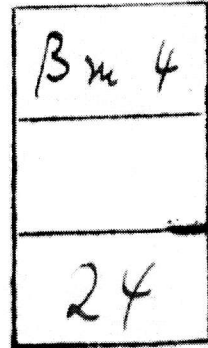
Verlag von Gustav Fischer in Jena

1 9 3 7

eingetragen im

Verzeichnisse

5. 320



2000 *Qh*

1W6 J22 361

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany



Bereichsbibliothek II

Druck von Ant. Kämpfe in Jena.

2001/24

Vorwort des Verfassers.

Vor einigen Monaten lud die Universität von London mich ein, vier Vorlesungen an der Londoner Schule für Volkswirtschaftslehre zu halten. Sie war so freundlich sich mit meiner Bedingung einverstanden zu erklären, daß die Vorlesungen nicht schwerverständlichen Charakter haben, sondern sich mit Materien von allgemeinem Interesse in mehr oder weniger allgemeinverständlichem Tone befassen sollten. Es wurde ferner dem Wunsche Ausdruck gegeben, wenn es auch nicht zur Verpflichtung gemacht wurde, daß die Vorlesungen, nachdem sie gehalten waren, veröffentlicht würden. In dieser Beziehung habe ich erhebliche Hemmungen gehabt. Das gesprochene Wort, selbst das Wort, das aufgeschrieben wird um vorgelesen zu werden, könnte zu zerbrechlich sein, um vor dem Gewicht des gedruckten zu bestehen. Gleichwohl habe ich mich, mit Recht oder Unrecht, für die Veröffentlichung entschieden. Ich habe den vier Londoner Vorlesungen noch zwei weitere in den Kapiteln III und V einverleibt, die, als ich zum erstenmal eine derartige Anfrage erhielt, vor einer ähnlichen Zuhörerschaft in Cambridge gehalten wurden, und die ich hier einfüge, obwohl sie nicht in London gehalten wurden. Die Vorlesungen sind im wesentlichen so gedruckt, wie sie gehalten wurden. Ich habe sogar, nicht ohne Gewissenskrupel, eine Anzahl bissiger Bemerkungen über Politiker stehen lassen. Ich hoffe, dies wird nicht übel aufgenommen werden. Sollte irgendeiner der Großen und Weisen, deren Namen mißbraucht wurden, sich verletzt fühlen, so erlehe ich hiermit seine Verzeihung. Die Feder ist erhaben und diskret, aber die Zunge ist ungestüm.

Kings College Cambridge.

A. C. P.

Februar 1935.

Geleitwort des Übersetzers.

Über die grundlegenden Probleme der Volkswirtschaft herrscht bei uns — wie allgemein zugegeben wird — in weiten Kreisen erschreckende Unkenntnis. Nicht zum wenigsten ist dies darauf zurückzuführen, daß diese für das gesamte Volk lebenswichtigen Fragen allzu ausschließlich unter den Fachgelehrten und Sachverständigen behandelt werden. Die Veröffentlichungen bewegen sich daher vielfach in Fachausdrücken und setzen soviel Spezialkenntnisse voraus, daß sie dem Verständnis selbst vieler Gebildeter entrückt werden.

Den Engländern eignet in hohem Maße die Gabe, schwierige Fragen in vollendet gefälliger Form zur Darstellung zu bringen. Ein Musterbeispiel hierfür sind die hiermit auch der deutschen Öffentlichkeit vorgelegten Vorlesungen des bekannten Cambridger Gelehrten, Professor PIGOU. Sie behandeln einige Grundprobleme moderner Volkswirtschaft, die zwar von vielen im Munde geführt, aber von wenigen verstanden werden, und vereinen wissenschaftliche Gründlichkeit mit Klarheit der Sprache. Sie mögen daher für viele, die sich über diese Dinge von der grundsätzlichen Seite unterrichten wollen, von Wert sein.

Die Vorlesungen sind im Blicke auf englische Verhältnisse gehalten. Nicht alles ist daher für uns von gleicher Bedeutung, nicht alles trifft für uns zu. Aber auf diese Einzelheiten kommt es nicht an. Die große Linie in der Aufzeigung der Probleme, um die es sich handelt, ist entscheidend.

Das besondere Bemühen war darauf gerichtet, in der Übersetzung eine der englischen ähnliche Form gefälliger Darstellung zu erreichen.

Für tätige Mitarbeit spreche ich Frau BRIGITTE HENSEL und Herrn KURT JOSTEN meinen besonderen Dank aus.

Berlin, Januar 1937.

K. Klügmann.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
I. Rechtfertigungsrede eines Wirtschaftswissenschaftlers	1
II. Wirtschaftlichkeit und Verschwendung	19
III. Die Handels- und Zahlungsbilanz	37
IV. Inflation, Deflation und Reflation	56
V. Wirtschaftliche Betätigung des Staates und das freie Spiel der Kräfte	75
VI. Die Volkswirtschaftslehre der Beschränkungsmaßnahmen . . .	91



Rechtfertigungsrede eines Wirtschaftswissenschaftlers.

Die Londoner Universität hat mich freundlicherweise eingeladen, hier einige Vorlesungen zu halten, die möglichst viele Studenten der Wirtschaftswissenschaften interessieren und deshalb allgemeinverständlicher Art sein sollen. Heute nachmittag werde ich in dieser ersten Vorlesung versuchen, die Aufgaben des Volkswirts zu umreißen. Man könnte dies vielleicht auch die Rechtfertigungsrede eines Wirtschaftswissenschaftlers nennen.

In mancher Hinsicht fühle ich mich für solch eine Rede recht ungeeignet. Immer ist der beste Verteidiger einer Sache derjenige, der nichts anderes sieht als sein eigenes Gebiet, dem sein eigenes Studienfach jederzeit als das wichtigste auf der Welt erscheint. Zu diesen Menschen gehöre ich nicht. Ich kann nicht behaupten, daß ich die Beschäftigung mit den Wirtschaftswissenschaften für die wichtigste Tätigkeit in der Welt halte. Ich kann nicht einmal sagen, daß ich die Beschäftigung mit irgendeiner Wissenschaft in diesem Lichte sehe.

Wissenschaft, nicht bin ich Dir Feind,
Sondern suche Dich sorgsam.
Aber die Welt weht glänzend einher
Mit mächtigem Winde. Der kommt nicht von Dir.

Die wissenschaftliche Arbeit ist eine wertvolle Form der Betätigung. Aber sie ist nicht die einzig wertvolle Art, und sie steht, wie ich glaube, im Range nicht über den anderen.

Das ist nun aber noch nicht das Härteste an meinem Geständnis. Nach meiner Auffassung ist die dem Volkswirt innerhalb des begrenzten Bereiches der Wissenschaft und der Forschung zukommende Rolle keineswegs eine sehr erhabene. In der Umgebung, in der ich als Knabe gelebt habe, war es noch üblich, daß

man zwischen gebildeten Kreisen und Geschäftskreisen einen scharfen Trennungsstrich zog. Man hielt jeden Kaufmann, ja selbst jeden, dessen Vater oder Großvater Kaufmann gewesen war, für wesentlich geringer als sich selbst. Diese merkwürdige Einstellung ist heute größtenteils verschwunden, wenn auch immer noch einige ihrer Anhänger und — mehr noch — Anhängerinnen überleben. Dieses verschwundene oder verschwindende Gefühl möge meine These veranschaulichen. Die Wirtschaftswissenschaft ist der Handelsmann unter den Wissenschaften. Sie bietet wenig romantischen Reiz. Sie zertrümmert weder Atome noch untersucht sie das Gewicht der Sterne; sie fliegt nicht mit kühnem Flügelschlag durch die Stratosphäre der hohen Philosophie. Sie ist von der Straße, sie ist plebejisch. Sie hat weder die Freiheit des Himmels noch der Meere. Mit schmutzigen Riemen ist sie an die Erde festgebunden. Welchen Anspruch kann sie dann aber erheben? Welchen Preis bietet sie ihren Anhängern?

In der Einleitung seines Buches über „Die Muskelbewegung im Menschen“¹⁾ erzählt Professor A. V. HILL, daß er nach einem Vortrag, den er in Philadelphia über den „Mechanismus des Muskels“ hielt, von einem erregten ältlichen Zuhörer aufgefordert wurde, sich über den praktischen Nutzen seiner schwierigen Untersuchungen auf dem Gebiet der Physiologie zu äußern. Er antwortete: „Um Ihnen die Wahrheit zu sagen, wir machen sie nicht, weil sie nützlich sind, sondern weil sie amüsant sind.“ Lauter Beifall erscholl und am folgenden Tag brachten die Zeitungen anerkennende Überschriften, wie: „Wissenschaftler arbeitet, weil es amüsant ist!“ Für Gelehrte bestimmter Fachgebiete mag dies eine vortreffliche und zufriedenstellende Antwort sein. Diese Wissenschaftler wollen die Erkenntnis um ihrer selbst willen. Sie haben es nicht nötig, irgendeine Rechtfertigung ihrer Arbeit zu geben:

Wir sind die Pilger, Meister. Wir werden

Immer ein wenig weiter gehn. Sei es

Über jenen allerletzten blauen Berg, den der Schnee versperrt,

Sei's über die zornige oder die schimmernde See.

1) Muscular Movement in Man.

Aber kann ein Wirtschaftswissenschaftler diese Haltung wirklich einnehmen? Bis zu einem gewissen Grade zweifellos. Das verwickelte Ineinanderwirken in der Welt der Wirtschaft, das ständige Streben nach dem Gleichgewicht, das nie erreicht wird, ist ja eine Herausforderung an den Verstand. In jenen Gleichungssystemen, mit denen WALRAS und PARETO die untereinander in Beziehung stehenden Teile in eine einheitliche Ordnung zu bringen versuchen, liegt ein ästhetischer Reiz. Aber ich glaube, wir dürfen uns nicht allzusehr auf solche Systeme stützen. Unser Gegenstand ist für Triumphe der reinen Vernunft ungeeignet. Von dieser Seite gesehen erscheinen unsere Probleme zu leicht. Für Zeitungskritiker allerdings scheinen die Analysen, welche manchmal aus Gründen der Bequemlichkeit an Hand einer — wie MARSHALL es nennt — eingekochten kleinen Rechnerei vorgenommen werden, von erschreckender Schwierigkeit zu sein. Für ihr behindertes Vorstellungsvermögen bewohnen wir gewöhnlichen Menschen unerreichte Regionen: wir „wandern mit Tod und Morgen auf den schweigenden Hügeln“. Und doch sind die ernsthaftesten der sog. mathematischen Wirtschaftswissenschaftler für den Studenten der theoretischen Physik oder für den reinen Mathematiker, die ihn von ihrem Everest aus betrachten, nur Fliegen, welche den steilen Gipfel von Primrose Hill¹⁾ hinaufkriechen! Als um ihrer selbst willen betriebene Wissenschaft macht die Wirtschaftswissenschaft einen armseligen Eindruck.

Aber Wissenschaft rechtfertigt sich nicht nur dadurch, daß sie die Erkenntnis um ihrer selbst willen sucht. Für viele Wissenschaften gibt es noch eine andere Rechtfertigung. Die Erkenntnisse, zu denen sie oft und manchmal auf ganz überraschenden und unerwarteten Wegen gelangen, führen zu dem, was Politiker und Wirtschaftsgrößen „Ergebnisse von praktischem Nutzen“ nennen. Untersuchungen wie diejenigen des Professors A. V. HILL haben Konsequenzen von großem praktischen Nutzen, mag das sie veranlassende Motiv auch noch so wenig von Nützlichkeitsstreben getragen sein. Die Bedeutung der Physiologie für die praktische

1) Höhergelegener Stadtteil in London.

Medizin ist zu augenscheinlich, um näher darauf einzugehen. Auf anderen Gebieten haben sich Untersuchungen, die auf den ersten Blick offenbar nutzlos schienen, als die Grundlage einer zukünftigen Praxis erwiesen. Ich will nichts über den Ruhm sagen, welcher der Chemie als Produzentin von Giftgasen und hochexplosiven Sprengkörpern zuteil wurde. Die Welt verdankt der reinen Wissenschaft eine Menge weniger zweifelhafter Wohltaten. Die eigentliche Quelle der drahtlosen Telegraphie waren nicht die Experimente MARCONI, sondern die Fundamentalgleichungen — prima facie gänzlich ohne praktische Bedeutung —, welche CLERK MAXWELL entwickelte. Auf denselben Gesichtspunkt muß der Wirtschaftswissenschaftler die Rechtfertigung seiner Wissenschaft stützen, weniger unter Hinweis auf ihren Erkenntniswert, als auf die Aussicht, daß sie dereinst Früchte tragen wird.

Aber hier ist es der Vorsicht halber angebracht, ein Wort gegen mögliche Mißverständnisse einzufügen. Wenn wir uns dahin einigen, daß die Rechtfertigung des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums in seiner praktischen Anwendbarkeit liegt, so bedeutet das nicht, daß die Volkswirte sich nur mit unmittelbar praktischen Problemen beschäftigen sollten. In einer Zeit wie der heutigen, in der die ganze Welt wirtschaftlich aus den Fugen geraten ist, in der Ernten, welche die Verhungerten dieses Landes ernähren könnten, in jenem Lande verbrannt werden, um dort eine Überfüllung des Marktes zu beheben, in der in unserem eigenen Lande noch über zwei Millionen Menschen Arbeit suchen und nicht finden können, da gibt es wahrhaftig für uns alle Veranlassung genug, unser Denken auf die Krankheiten der Wirtschaft zu konzentrieren. Aber Pathologie muß auf Physiologie aufgebaut sein. Diese zu vernachlässigen, wäre, auf lange Sicht gesehen, ein schlechter Dienst für die medizinische Wissenschaft. Der Obstzüchter pflegt auch nicht nur die Frucht: er beobachtet ebenso die Wurzeln seines Baumes. Die Erfahrungen der Naturwissenschaften haben immer wieder bewiesen, daß nicht das Eingehen auf unmittelbar praktische Fragen der Praxis immer am meisten hilft. Die größten Ernten bringen letzten Endes nicht selten die entlegeneren, tiefer-

gehenden, sozusagen mehr theoretischen Untersuchungen. Die Studien von CLERK MAXWELL, den ich gerade erwähnte, geben dafür ein treffendes Beispiel. Ein Volkswirt, dessen Arbeit auf einem augenscheinlich entlegenen Gebiete liegt, hat, solange seine Arbeit echt und ernsthaft bleibt und nicht bloß eine Häufung von Nichtigkeiten darstellt, ebensoviel Anrecht darauf, sich als einen tätig wirkenden Gärtner der Frucht zu betrachten, wie einer, der in engerer Berührung mit den Einzelheiten der Tatsachenwelt steht.

Ehe wir uns mit dem Wesen dieser Frucht näher befassen, muß ich noch eine weitere Vorbemerkung machen.

Einige Spezialmaterien der Volkswirtschaftslehre bringen den Wissenschaftler in beträchtliche Verlegenheit. Der erste und wichtigste Fall dieser Art sei hier erklärt: Man kann den Stoff aller Wissensgebiete in zwei große Gruppen einteilen; je nachdem, ob die dabei angewendeten Gedankengänge einzelmenschlich bestimmte oder allgemein feststehende sind. Bei schöngeistiger Kritik etwa sind die Gedankengänge einzelmenschlich bestimmt. Hier kommt es auf den geübten Geschmack und das feinfühliges Wahrnehmungsvermögen des einzelnen Kritikers an. Andererseits gibt es in der theoretischen Physik ein sorgfältig ausgearbeitetes, allgemein feststehendes Gedankengut der mathematischen Technik. Die ernsthaften Gelehrten eines solchen schwer zugänglichen Faches können unbehelligt ihrer Arbeit nachgehen, ohne vom wohlmeinenden Rat fachlich nicht ausgebildeter Leute behelligt zu werden. Im besonderen steht bei der theoretischen Physik die schreckliche Gestalt der Indefinitesimalrechnung als Hüter vor dem Tore. Der selbstbewußteste Politiker, nicht einmal Herr Winston Churchill, würde sich unterfangen, diesen Drachen zu verjagen! Mehr benachteiligt sind Wissenschaften, in denen das feststehende Gedankengut nicht so ausgedehnt oder weniger abschreckend ist. Dem Biologen kann es immerhin begegnen, daß er in der Presse von klugen Leuten belehrt wird, daß eine Kuh, die vor dem Kalben steht, in rote Umgebung gebracht, ein rotes Kalb werfen werde. Aber das feststehende Gedankengut der Wirt-

schaftswissenschaften tritt sogar noch weniger in Erscheinung als dasjenige der Biologie. Und dann — was sehr merkwürdig ist —, wenn ein Volkswirt eine Formeltechnik verwendet, sogar etwa eine so harmlose Sache wie elementare Differentialrechnung, so wird der Mann von der Straße von ihm behaupten, daß er absichtlich und aus Bosheit den Sinn seiner Worte verdunkele. Wendet jedoch der Physiker eine dem einfachen Manne unverständliche Formel an, so erregt das nur seine Achtung. Er hält es offenbar für sein gutes Recht, verlangen zu können, daß jedes volkswirtschaftliche Buch für ihn ohne Anstrengung verständlich ist, wenn er es nach Tisch in seinem Armstuhle liest. Infolgedessen sieht sich der Volkswirt nicht nur der Aufgabe gegenüber, richtige Problemlösungen zu finden, sondern er muß darüber hinaus manchmal noch eine Menge Müll vom Wege räumen. Er gleicht einem Bergsteiger an steilem Hang, der neben den natürlichen Schwierigkeiten des Aufstieges auch noch mit häufigen Steinschlägen rechnen muß, die durch ihn begleitende Herden, sagen wir Ziegenherden, verursacht werden.

Ein zweites besonderes Merkmal unseres Fachgebietes — eines, das in der Tat zum großen Teil für die Lage, die ich beschrieben habe, verantwortlich ist — ist die immer gebräuchlicher werdende Verwendung von volkswirtschaftlichen Argumenten in der parteipolitischen Debatte. Parteipolitiker — ich verwende wohlweislich diesen Ausdruck, damit ein jeder seinen persönlichen Favoriten von den Beleidigungen, die ich nun äußere, ausnehmen kann —, Parteipolitiker sind gewohnt, sich zuerst für ein bestimmtes Ziel zu entscheiden und erst hinterher dafür sprechende Argumente zu suchen. Volkswirtschaftliche Gedankengänge bedeuten ihnen nicht ein Mittel zur Feststellung der Wahrheit, sondern eine Art nützlicher Handhabe, wenn sie gelegentlich ihre Gegner beschimpfen wollen. Ein Finanzminister z. B. hielt es in einem Jahr für angebracht, eine bestimmte Abgabe zu erheben; im folgenden Jahr entschied er sich dafür, diese wieder zu beseitigen. Er forderte seine Beamten auf, ihm Argumente zugunsten dieser zweiten Maßnahme anzugeben. Sie mußten ihm antworten, daß sie in die vor-

jährige Rede, welche der Minister zugunsten der nunmehr revidierten Politik gehalten hatte, schon Gegenargumente gegen alle die Punkte verarbeitet hatten, deren er jetzt zur Unterstützung der neuen Politik bedurft hätte.

Diese Einstellung der Parteipolitiker gegenüber volkswirtschaftlichen Beweisführungen setzt die Volkswirte ständig der Gefahr aus, in ausbeuterischer Weise interpretiert zu werden, — die gleiche Gefahr, welcher die Vertreter der theoretischen Physik in den Händen theologischer Parteigänger ausgesetzt sind. Ich selbst machte einmal eine amüsante Erfahrung dieser Art. Zu einem Gesetzesvorschlag, der an einer Stelle eine wirtschaftliche Analyse enthielt, hatte ich tollkühn in der Times Stellung genommen. Der damalige Ministerpräsident hielt nun eine öffentliche Rede, in der er zur Verwunderung aller den „großen Cambridger Volkswirt“ zitierte. Er war zweifellos von seinem Sekretär unterrichtet worden, daß mein Argument für seine Politik günstig sei. Das Unglück wollte es aber, daß die Meinung des Sekretärs, mein Argument unterstütze seine Politik, auf einem Irrtum beruhte. Ich hatte die schmerzliche Pflicht, auf diesen Irrtum hinzuweisen. Daraufhin verschwand in der nächsten öffentlichen Äußerung dieses bedeutenden Mannes „der große Cambridger Wirtschaftler“ und an seiner Stelle tauchte „jener rein-akademische Theoretiker“ auf. Studierenden, die noch kein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl haben, erscheint so etwas natürlich unterhaltend und ganz harmlos. Es ist aber keineswegs harmlos: denn der Ehrgeiz, eine Rolle im öffentlichen Leben zu spielen, entspricht dem Wesen des jungen Menschen, und die Versuchung, leichte Veränderungen seiner volkswirtschaftlichen Einstellung vorzunehmen, nur damit sie mit der Politik der einen oder anderen Partei übereinstimmt, mag recht verlockend sein. Als konservativer, liberaler oder sozialistischer Wirtschaftswissenschaftler hat er viel mehr Aussichten, dem Brennpunkt der Ereignisse nahezustehen, als dies ohne parteipolitische Kennzeichnung der Fall wäre. Aber der Wissenschaftler, der dieser Versuchung nachgibt, begeht ein Verbrechen wider den Geist. Er verkauft damit sein Erstgeburtsrecht im Haushalt der

Wahrheit für ein politisches Linsengericht. Er sollte sich lieber jene wichtigen Worte von MARSHALL aufschreiben und immer im Gedächtnis tragen: „Gelehrte der Sozialwissenschaften sollen den öffentlichen Beifall fürchten; es steht schlecht um sie, wenn alle Leute gut von ihnen sprechen. Wenn eine Zeitströmung von Meinungen aufkommt, durch deren Unterstützung eine Zeitung ihre Auflage vergrößern kann, so ist der Gelehrte . . . verpflichtet, beharrlich die Grenzen, Mängel und Irrtümer dieser Meinungen zu kennzeichnen; er darf sie niemals bedingungslos verteidigen, selbst nicht in einer ad hoc angestellten Diskussion. In dem Ruf eines guten Patrioten zu stehen und gleichzeitig einer zu sein, das ist für einen Wissenschaftler fast unmöglich.“

Es gibt noch ein drittes Merkmal der Arbeit des Wirtschaftswissenschaftlers: Sein Studiengebiet ist letzten Endes das Wirtschaftsleben in seiner greifbaren Tatsächlichkeit, ein atmender Vorgang voll lebendiger Bewegung, der in den Fabriken und Heimen unter gegenwärtig lebenden Männern und Frauen stattfindet. Tatsächlich aber lebt die große Mehrzahl der Wirtschaftswissenschaftler — und zwar liegt das in der Natur ihrer Beschäftigung — mehr oder weniger abseits von der lebendigen Wirtschaft. Der Kontakt mit dem Studiengegenstand vollzieht sich bei ihnen hauptsächlich durch das gedruckte Wort. Es fehlt ihnen daher jene enge Berührung, jenes Erleben der Wirklichkeit, das zum vollen Verständnis wesentlich ist. Es ist wie mit bestimmten Dingen an der Front, die ein Stabsoffizier niemals vollständig begreifen kann. In seinen Plänen werden unvermeidlich gewisse Härten und Ungeschicklichkeiten enthalten sein. Wie wichtig unmittelbare Erfahrungen sind, erfuhr ich selbst keineswegs durch wirtschaftliche Studien, sondern durch die Lektüre eines Buches, das ein Amerikaner über das Bergsteigen geschrieben hat. Jeder, der irgendeine persönliche Erfahrung in diesem Sport hat, würde beim Lesen des Werkes sofort feststellen, daß es lediglich aus verschiedenen Büchern zusammengeschrieben ist. Der Verfasser machte nicht nur Tatsachenfehler — u. a. gab er die Höhe des Matterhorns um tausend Fuß zu hoch an —, sondern seine ganze

Empfindung war falsch. Selbst wenn jede Angabe in dem Buch vollständig richtig gewesen wäre, so würde man doch sofort gemerkt haben, daß der Verfasser nicht die geringste Erfahrung im Bergsteigen hatte. Dem Bergsteiger konnte das Buch daher nichts bieten, ausgenommen vielleicht einzelne Stellen von unfreiwilliger Komik. Der akademische Volkswirt, der das wirtschaftliche Leben beschreibt, leidet nun oft an demselben Mangel wie der Verfasser jenes Buches. Er kann nicht wirklichkeitsgetreu schreiben, weil ihm die notwendige Anschauung fehlt; und wenn er nicht den Versuch macht, realistisch zu schreiben, sondern sich bewußt auf Analysen allgemeiner Art beschränkt, aus denen Einzelheiten ferngehalten sind, so ist seine Aufgabe nur halb erfüllt. Darum rate ich jetzt dem angehenden Volkswirt, solange er jung und sein Verstand aufnahmefähig ist, jede sich bietende Möglichkeit zu ergreifen, um das Leben der Männer und Frauen in der Fabrik und auf dem Felde kennenzulernen, die Maschinerie zu studieren und sich selbst aus erster Hand zu unterrichten, wie der Alltag der Wirtschaft sich abspielt — ein Rat, den ich bekanntlich selbst nicht befolgt habe. MARSHALL machte als junger Mann sein Wanderjahr. Er erzählte mir einmal, daß er glaube, wenn man ihn auf eine verlassene Insel verpflanze, so würde er imstande sein, die Mehrzahl der wichtigen und allgemein gebräuchlichen Maschinen — mit Ausnahme der elektrischen — von neuem zu entwerfen. Er ging oft durch Fabriken und studierte dort die Arbeit so lange, bis er die Lohnhöhe der dort beschäftigten Männer auf wenige Schillinge genau erraten konnte. Das ist der Weg, auf dem der wirklich bedeutende Volkswirt sich auf seine Arbeit vorbereitet. Wenn Sie, wie ich es neulich tat, noch einmal die ersten Kapitel von „The wealth of nations“ lesen, so werden Sie feststellen, daß dies in hervorragendem Maße auch die Methode ADAM SMITHs war.

Ich will mich nun einer näheren Betrachtung jener Frucht zuwenden, die der Volkswirt ernten will. Der Präsident der Royal Economic Association, Professor EDWIN CANNAN — dessen Schriften ich als Student bewundern lernte und seitdem immer wieder bewundert habe — hielt kürzlich in seiner Eigenschaft als

Präsident der Royal Economic Association eine Rede, in der er auf die Notwendigkeit einer verständlicheren Wirtschaftslehre hinwies: In einer chaotischen Welt, in der eine unbesonnene Gesetzgebung den Handel unterdrückt, in der Regierungen, die den Fortschrittsgedanken mißverstehen, die durch die technischen Verbesserungen gewonnenen Vorteile durch Subventionen und Kontingente aufheben, kommt es für den Volkswirt nicht so sehr darauf an, neue Erkenntnisse zu suchen, als vielmehr immer und überall die einfachen wirtschaftlichen Elementarwahrheiten zu verbreiten; sie sind zwar für die Gelehrten Gemeinplätze, werden aber von der Autorität über uns ständig mißachtet. „Ich rufe besonders die jungen Lehrer auf“, schloß Professor CANNAN, „sich zu überlegen, wohin das führen soll, wenn die bekannten englischen Zeitungen fortfahren, ihre Leser glauben zu machen, daß zu ein und derselben Zeit das Pfund Sterling in London und Lissabon 20 Zwanzigstel, in Madrid 31 Zwanzigstel und in Paris nur 14 Zwanzigstel wert sein soll. Laßt sie nicht einfach Ohren und Augen vor diesen bedauerlichen Zuständen verschließen und sich abwenden, um bei säuberlichen Gleichungen und eleganter Algebra wieder Ruhe und Befriedigung zu finden.“ Man kann dieser eindringlichen Darstellung leicht noch mehr Gewicht geben, indem man Auszüge aus Reden von Staatsmännern macht. So wurde z. B. erst vor kurzem gegen den Landwirtschaftsminister vorgebracht, daß die Verbraucher in genau der gleichen Weise betroffen seien, wenn eine Verringerung der Speckeffuhr durch Kontingentierung bewirkt werde, wie wenn diese Verringerung durch Schutzzölle herbeigeführt werde; während aber die Aufschläge, die in beiden Fällen der Verbraucher zahlen muß, im Falle der Erhebung eines Schutzzolls in die Schatzkammer flößen, wanderten sie im Falle der Kontingentierung in die Tasche des ausländischen Lieferanten oder der Importhäuser. Es wäre für den Minister ein leichtes gewesen, diese offensichtliche Wahrheit zuzugeben und dann den Beweis zu liefern, daß der Kontingentierungsplan trotzdem im ganzen befriedigender war, weil ein Kontingent in der Handhabung beweglicher ist als ein Zoll, und infolgedessen plötzlich wechselnden Be-

dingungen schneller angepaßt werden kann. Aber das genügt dem Minister nicht. Er versicherte, daß es gegenwärtig für unser Land vorteilhafter sei, hohe Preise für den ausländischen Speck zu zahlen, weil dadurch die Ausländer ihrerseits in der Lage wären, britische Waren zu kaufen! Können Sie sich etwas Phantastischeres vorstellen? Ich habe wirklich nichts davon, wenn mich jemand bestiehlt, selbst wenn der Dieb dann von dem mir geraubten Geld mehr Exemplare meiner Schriften „The Theory of Unemployment“ und „The Economics of Welfare“ kaufen kann als vorher! Ich bringe noch einen anderen Auszug, der sich sogar dadurch auszeichnet, daß er von einem Ministerpräsidenten stammt. Der Redner wollte Einfuhrzölle durchsetzen. Er hatte bei seinen statistischen Studien entdeckt, daß in Zeiten des Aufschwunges die Preise gewöhnlich hoch sind. Nun, Einfuhrzölle würden die Preise steigern, sie würden also den wirtschaftlichen Aufschwung fördern! Zur Zeit dieser Rede war ich jung und ungestüm, und es bereitete mir ein prickelndes Vergnügen, bedeutenden Männern eine Dummheit nachzuweisen. Darum bildete ich zu seiner Beweisführung eine logische Parallele: Statistische Untersuchungen haben ergeben, daß auf einem Tisch, auf dem ein Salzfaß steht, meistens auch ein Pfeffernapf vorhanden ist. Die Argumentation des Ministerpräsidenten würde, auf diese Tatsache angewandt, folgendes ergeben: wenn ich einen Salznapf aus meiner Tasche nehme und ihn auf den Tisch stelle, so wird man ein surrendes Geräusch in der Luft vernehmen und alsbald fällt ein Pfeffernapf auf meinen Tisch hernieder und gesellt sich getreulich zu seinem unzertrennlichen Gefährten.

Aber das dringende Bedürfnis, wirtschaftliche Kenntnisse zu verbreiten, erhellt nicht nur aus so groben und handgreiflichen Trugschlüssen. Wenn dem so wäre, dann könnten ernsthafte Wissenschaftler mit Recht einwenden, daß das Lehren des Alphabets eine Aufgabe für Kindermädchen, aber nicht für sie sei. Neben solchen Absurditäten gibt es im populären Denken auch unzählige Trugschlüsse feinerer Art, welche die Handlungen der staatlichen Organe beeinflussen: halbfertige Gedanken, um so trügerischer,

weil sie teilweise richtig sind, Verworrenheiten, Undeutlichkeiten, Mißverständnisse, denen sogar sehr kluge Leute, die in unserer Spezialwissenschaft nicht geübt sind, leicht verfallen können. Ich glaube, daß die meisten Opfer in jene Fallen gehen, bei denen Statistiken als Köder angebracht sind. Da dies in den Bereich der Erziehung gehört, wollen wir dem Kultusminister die Ehre geben. Am 18. Juli v. J. wurde im Oberhaus die Vermutung ausgesprochen, daß bei einer großen Belegung des Wohnungsbaues die Hersteller der Baumaterialien ihre Preise ungebührlich hinaufsetzen würden. Nach dem Bericht der Times sagte der Erziehungsminister: „Die Erfahrung hat nicht immer gelehrt, daß eine verstärkte Bautätigkeit eine Steigerung der Kosten bewirkt (Beifall)... Im März 1924 betrug die Gesamtzahl der gebauten Häuser 86000, während sie im März 1934 insgesamt 266000, also mehr als das Dreifache betrug. Dennoch waren die Materialpreise im allgemeinen 1924 beträchtlich höher als 1934. Diese Zahlen haben gezeigt, daß ein vergrößerter Umfang des Häuserbaues nicht notwendig ansteigende Preise zur Folge hat, wie das einige Leute befürchtet haben.“ Dies ist, wie Sie zugeben werden, eine sehr bemerkenswerte Beweisführung. Jede darin enthaltene Feststellung ist an und für sich richtig; der Sekretär des Ministers hatte nicht versagt. Aber daß ein Preis nach der Änderung einer Lage nicht notwendig höher sein muß, als er vorher war, ist zu selbstverständlich, um festgestellt zu werden. Was der Minister eigentlich sagen wollte — wenn er überhaupt etwas wollte —, war, daß die Preise der Baumaterialien nicht unbedingt höher sein müssen, wenn viel gebaut wird, als wenn das nicht geschieht, vorausgesetzt, daß andere Voraussetzungen die gleichen bleiben wie vorher. Um dies zu erhärten, stellt er fest, daß der Preis der Baumaterialien 1934 nicht höher war als 1924, ohne jedoch zu bemerken, daß der allgemeine Stand der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Handelsamtes um mehr als zwei Drittel geringer war als zehn Jahre vorher. Ich vermute keinen Augenblick lang, daß der Minister oder sogar sein Sekretär diese Tatsache absichtlich unterdrückte. Es war ihnen einfach nicht klar, daß die Frage nach der Entwicklung

des allgemeinen Preisniveaus für ihre Argumentation von wesentlicher Bedeutung war. Dabei ist die elementare statistische Methode ein Gebiet aus dem Aufgabenbereich des Erziehungsministers — wenn auch zweifellos ein untergeordnetes Gebiet. Nun noch eine zweite Veranschaulichung meiner Behauptungen, und zwar eine besonders bezeichnende, da derjenige, der hier nichtsahnend in die Schlinge ging, eine Persönlichkeit von großer allgemeiner Bildung und hoher Klugheit ist. In seinem kürzlich erschienenen Buch über den Kampf gegen die Elendsviertel bemüht sich Sir ERNEST SIMON zu zeigen, daß es die abnehmende Größe der normalen Familie erforderlich mache, in einem über den Zuwachs der Bevölkerung verhältnismäßig hinausgehenden Maßstabe gesundheitlich einwandfreie Wohnhäuser zu errichten — was zweifellos ganz richtig ist. Um dies zu beweisen, druckt er Tabellen, die Seite um Seite für eine Reihe von Städten — nach den Zählungen zwischen 1921 und 1931 — die Anzahl der einzelnen Häuser und die Anzahl der Familien enthalten. Es sollte mit diesen Tabellen gezeigt werden, daß die Anzahl der seit 1921 geschaffenen Wohnungen nur gerade mit der Vermehrung der Familien Schritt hielt, so daß die seit Kriegsende bestehende Wohnungsknappheit also überhaupt kaum vermindert worden sei. Nun wird aber jedem statistisch geschulten Betrachter an diesen Tabellen etwas verdächtig vorkommen; dieses Verhältnis zwischen der Anzahl der neugebauten Häuser und der Zunahme der Anzahl der Familien stimmt allzu genau überein. Er wird unwillkürlich eine Falle wittern. Und hier ist tatsächlich eine Falle. Eine Familie im Sinne der Volkszählung — eine Zähl-Familie — ist keine Familie im gewöhnlichen Sinne; sie ist „eine Gruppe von Personen in besonderer Wohnung auf einem Grundstück oder einem Teil eines Grundstücks“. Aus dieser Begriffsbestimmung ergibt sich, daß der Bau eines jeden neuen Hauses, vorausgesetzt, daß es bewohnt wird, infolge der Definition eine neue Zähl-Familie entstehen läßt. Kein Wunder also, daß die Anzahl der gebauten Häuser und die Zunahme der Zähl-Familien überall so genau miteinander übereinstimmen! Es ist offenbar unmöglich, aus dieser Überein-

stimmung irgendeine Schlußfolgerung über das Verhältnis zwischen Zunahme des Häuserbaus und der Zunahme der Familiengründungen zu ziehen — Familie hier im Sinne des Sprachgebrauchs verstanden.

Zum Schluß noch ein weiteres Beispiel. Es ist ein Trugschluß aus meiner eigenen Werkstatt, den, ich bedauere dies sagen zu müssen, bisher, soweit mir bekannt ist, noch kein Mann des öffentlichen Lebens begangen hat. Die Ergebnisse der Volkszählung von 1921 für England und Wales verzeichnen 7 450 000 Ehemänner, nicht verwitwet oder geschieden, und 7 590 000 Ehefrauen, nicht verwitwet oder geschieden. Das ergibt einen Überschuß von 140 000 Ehefrauen. Nur ein Schluß ist hieraus möglich: Zu dieser Zeit muß es im Lande nicht weniger als 140 000 Ehemänner mit je zwei Frauen gegeben haben; oder aber, welch unglaubliches und empörendes Ungeheuer, einen Ehemann mit nicht weniger als 140 000 Frauen! Nach der Zählung von 1931 waren 26 000 Frauen des Ungeheuers, zweifellos infolge der brutalen Behandlung, die ihnen zuteil wurde, aus seinem Harem verschwunden. Ich überlasse es Ihnen, diese Geheimnisse zu lösen; oder je nachdem sofort eine eindringliche Eingabe zur Vorlage an Ihre Gnaden, die Erzbischöfe von Canterbury und York, vorzubereiten. Ich könnte natürlich mit Beispielen dieser Art wer weiß wie lange fortfahren; es ist aber nicht notwendig. Niemand wird leugnen, daß es eine dringende allgemeine Notwendigkeit ist, das vorhandene wirtschaftliche Wissen zu verbreiten und allgemein kritisches Denken über wirtschaftliche Gegenstände zu wecken. Soweit Volkswirtschaftler die Erfüllung dieser Aufgabe fördern können, werden sie für ihr Leben und ihre Zeit Früchte von wirklichem Werte liefern.

Aber müssen wir uns hierauf beschränken? Sollen wir nur Lehrer sein — Verbreiter von Ergebnissen und Methoden, die uns schon geläufig sind? Ich bekenne, daß diese Tätigkeit meiner Ansicht nach nur einen kleinen und untergeordneten Teil der gesamten Aufgaben des Wirtschaftswissenschaftlers ausmacht. Die Satzungen meines Colleges nennen unter seinen Aufgaben die Forschung in einer Linie mit der Lehrtätigkeit. Es ist richtig und notwendig, daß die Universität Menschen ausbilden und in die Welt

senden soll, die als wirtschaftliche Praktiker befähigt sind; genau so wie unsere medizinischen Schulen Menschen hinausschicken, die als Ärzte ausgebildet sind. Es ist der Beruf dieser Leute, die wissenschaftlichen Kenntnisse, die sie hier erworben haben, in ihrem Berufsleben anzuwenden. Aber hinter diesen Praktikern der Wissenschaft müssen die Männer der Forschung stehen, deren Aufgabe es ist, dem bereits Bekannten nach Kräften Neues hinzuzufügen. Der medizinische Beruf stützt sich auf die Hilfe und Pionierarbeit der Physiologen und Biochemiker, deren eigentliches Heim die Universität ist. Ebenso muß es meiner Ansicht nach Lehrstühle für Volkswirte geben, deren oberste Aufgabe die Fortentwicklung, nicht die Überlieferung der Wissenschaft ist.

Die dringende Notwendigkeit der ökonomischen Forschung wird jedem klar werden, der den Stand der Wirtschaftswissenschaft, sagen wir, mit dem der Physik oder Chemie vergleicht. Unsere Wissenschaft ist sehr jung. Trotz der Fortschritte, die durch Verbesserung der statistischen Methoden und die Erweiterung des statistischen Materials erzielt wurden, überwiegen die qualitativen noch immer die quantitativen Analysen, wie MARSHALL das schon vor nahezu 50 Jahren beobachtete. Von dem Wesen der Vorgänge auf lange Sicht haben wir, soweit sich das jetzt schon beurteilen läßt, einigermaßen klare Vorstellungen. Aber von den Veränderungen, die bei dem Übergang aus einem Gleichgewichtszustand in einen anderen stattfinden, von der Reihenfolge der Ereignisse während solch eines Übergangs und den Bedingungen, unter denen die Bewegung sich verstärkt und sozusagen von selbst ausbreitet, davon wissen wir außerordentlich wenig. Was man manchmal kurzfristiges Wirtschaftsgeschehen nennt, das ist ein bis heute so wenig behandeltes Gebiet, daß seine Bearbeitung wohl eine Menge wertvoller Ergebnisse zu liefern vermöchte. Da gibt es umfangreiche Möglichkeiten der allgemeinen Analyse: es besteht noch die Aufgabe, das Gerüst der Theorie mit den entsprechenden statistischen Belegen auszufüllen; es gibt besondere Fragen für die einzelnen Industrien und Gegenden. Die Aufgaben für den Forscher sind hier in der Tat unermesslich.

Diejenigen, die sich um ein Vorwärtskommen auf diesem unwegsamem Gebiet bemühen, brauchen keinen Rat von mir. Doch eine dringende Vorstellung — für die Strenggläubigen wie für die Freisinnigen — möchte ich noch erheben: der gelehrte Streit dient in gewissen Grenzen zweifellos der Anregung und Klärung des Denkens. Aber Streitfragen um ihrer selbst willen sind eine furchtbare Zeitvergeudung. Streitfragen, die außerhalb von irgendwelchen Verständigungsmöglichkeiten liegen — denken Sie z. B. an Kontroversen über Annäherungsverfahren: die historische Annäherung gegen die mathematische usw. — sie sollten längst schon auf den Müllhaufen geworfen sein. Verschiedenartige Methoden sind Partner und nicht Gegner.

Es ist nicht klug, daß man sich gegenseitig selbst die allgemeinsten Regeln vorschreiben will; wie bald kann man gezwungen sein, jene Regeln selbst zu durchbrechen. Vor noch nicht langer Zeit ermahnte ein hervorragender Volkswirtschaftler seine Kollegen, „lange Abhandlungen zu meiden, den Tag zu nutzen und nur Flugschriften hinauszusenden“. Einige Jahre später gab er selbst ein großes Werk heraus, das wir dankbar empfangen; der Titel enthielt das Wort Abhandlung, und es umfaßte zwei schwere Bände! Noch weniger klug ist es, sich an seiner eigenen Klugheit zu berauschen, indem man die Werke anderer herabsetzt. MARSHALL wurde wegen seiner großen Anhänglichkeit an die klassischen Schriftsteller getadelt; weil er ihre Gedanken vielleicht zu großmütig auslegte; weil er immer nach dem Positiven in ihren Beiträgen sah und ihre Schwächen und Unvollkommenheiten geflissentlich überging. Wenn Großmut dieser Art überhaupt ein Fehler ist, so ist es der Fehler eines großen Mannes, nicht der eines kleinen. Verbessere mit allen Mitteln das schon Geleistete, baue darauf auf; prüfe und verstärke seine Grundlagen. Aber krittele nicht spitzfindig daran herum und verachte es nicht. Selbstverständlich will ich nicht für uns Volkswirte jenes Übereinkommen eingeführt wissen, das den Ärzten jedes ungünstige Urteil über einen Kollegen verbietet. Aber solche ungünstige Kritik könnte gut einen bescheideneren Platz in unseren Aussprachen und in

unseren wissenschaftlichen Interessen einnehmen, als das tatsächlich der Fall ist.

Und dann noch eins. Sind wir im innersten Herzen ganz mit der Art und Weise einverstanden, mit der einige unserer Kontroversen weitergeführt werden? Vor ein oder zwei Jahren erschien nach der Veröffentlichung eines bedeutenden Buches eine sorgfältig durchgearbeitete und vorsichtige Kritik über mehrere einzelne Stellen dieses Buches. Der Verfasser antwortete nicht mit einer sachlichen Widerlegung der Kritik, sondern mit einem heftigen Angriff auf ein Buch, das der Kritiker selbst einige Jahre vorher geschrieben hatte. Duell mit blanker Waffe und Kampf bis zum letzten! Diese Methode der Auseinandersetzung ist bestimmt verkehrt. Nicht nur an und für sich, sondern auch aus einem wichtigen Grunde der Staatsraison. Der Einfluß, den die Wirtschaftswissenschaftler unseres Landes — ihrer eigenen Meinung nach — haben sollten, fehlt ihnen nicht zuletzt deshalb, weil in der Öffentlichkeit die Meinung vorherrscht, daß sie über alle grundsätzlichen Fragen hoffnungslos geteilter Meinung seien. Auseinandersetzungen, die nach Art der Kilkenny-Katzen geführt werden, tragen nicht dazu bei, diese Ansicht zu zerstreuen. Und doch ist sie weitgehend nur ein Vorurteil. Unter ernsthaften Gelehrten ist der Bereich gemeinsamer Überzeugungen in grundlegenden Fragen bedeutend größer als der Bereich der Streitfragen. Volkswirte, die praktische Fragen verschieden beurteilen, stehen sich gewöhnlich im Wesen ihres Denkens viel näher, als jeder von ihnen den ungelehrten Parteigängern ihrer Auffassung nahesteht. Es liegt nicht im öffentlichen Interesse, wenn die schlechten Manieren der wissenschaftlichen Kontroverse diese Tatsache verdunkeln.

Und zwar aus folgendem Grunde: Gesteht es dem Volkswirt zu, daß die Wahrheit sich auch in seiner Wissenschaft der gründlichen Forschungsarbeit gelegentlich offenbart. Wenn nun aber die letztliche Rechtfertigung seiner Arbeit in den Erfolgen der Wirtschaft liegen soll, in einer praktischen Förderung des menschlichen Wohlergehens, dann ist es nicht genug, die Wahrheit nur

zu finden. Aus der Studierstube muß sie auf den Markt getragen werden. Wir können nicht erhoffen, daß dies schnell geschehen wird. Zwar ahmt der Mann der Praxis nicht nur die Irrtümer seiner Vorfahren nach, wie man unfreundlicher Weise von ihm gesagt hat. Aber sein geistiges Betriebsvermögen besteht notwendig in der Hauptsache aus dem, was er in der Jugend gelernt hat, bevor die praktische Tätigkeit ihn ganz in Anspruch nahm. In einem komplizierten modernen Gemeinwesen muß die Zeitspanne zwischen der Idee und ihrer Wirkung groß sein. Aber indem der Volkswirt auf Umwegen nach besten Kräften ein ungewisses Ziel sucht, glaubt oder hofft er doch wenigstens, daß die Zeitspanne nicht endlos sein wird —, daß die Menschheit sich seine Errungenschaften schließlich, und sei es erst in der nächsten Generation, zu Nutzen machen wird. Das ist sein Glaubensbekenntnis. Und dessen Gewähr wird um so stärker sein, wenn man die Meinungsverschiedenheiten, die unter den Gelehrten einer fortschreitenden Wissenschaft unvermeidlich sind, nicht im Zuge einer falschen Begeisterung größer erscheinen läßt, als sie wirklich sind.

Wirtschaftlichkeit und Verschwendung.

Ich werde heute einen Gegenstand besprechen, der in seinem Wesen völlig eindeutig ist, über den es aber besonders viel Verwirrung und Mißverständnisse gegeben hat. Diese Mißverständnisse haben verheerende Folgen auf die Staatspolitik gehabt. Wir haben hier ein vortreffliches Beispiel für die Notwendigkeit einer allgemein verständlichen Darlegung von sehr einfachen Wahrheiten, über die es unter ernsthaften Forschern wenig oder gar keinen Streit gibt. Es wäre ein leichtes, diese Vorlesung durch Herausstellung weiterer Beispiele von der wirtschaftlichen Unfähigkeit vieler Männer des öffentlichen Lebens und der Presse bissig zu gestalten. Ich sehe davon ab, zum Teil, weil das Einsammeln dieser Perlen ermüdend sein würde, aber auch, weil eine direkte und positive Aussprache wahrscheinlich wirksamer zur Klärung von latenten Verworrenheiten beiträgt, mögen sie nun in Ihren Köpfen oder in meinem eigenen vorhanden sein.

Wir wollen zuerst über die einem Lande zur Verfügung stehenden Produktivkräfte sprechen. Sie bestehen nach der klassischen Auffassung in seinem Boden, seinem Kapital und seiner Arbeit. Von diesen drei Faktoren oder, genauer gesagt, Gruppen von Faktoren enthält oder beherrscht ein Land jeweils bestimmte Mengen, die bei wirtschaftlicher Ausnutzung in jedem Jahr — nach angemessener Berücksichtigung einer Wertminderung — ein bestimmtes Realeinkommen hervorbringen. Dieses Realeinkommen besteht aus zwei Teilen, aus den Gütern und Diensten des laufenden Verbrauches und aus dem reinen Kapitalzuwachs. Wir können auf diese Weise den vorhandenen Vorrat an Produktivkräften in drei Teile zerlegen: ein Teil wird überhaupt nicht ausgenutzt; ein zweiter Teil wird zur Herstellung von Gütern und Diensten für

den laufenden Verbrauch verwandt; und ein dritter Teil wird **nur** zur Vermehrung des Kapitalvorrates eingesetzt. Für den **Augenblick** genügt diese sehr verallgemeinernde Darstellung der **Vorgänge**. Die Tatsache, daß die Produktivkräfte verschieden **lang**, manchmal mehr und manchmal weniger Stunden am Tage **beschäftigt** sein können, dürfen wir dabei außer acht lassen. **Wir** nehmen an, daß sie eine gegebene Anzahl von Stunden pro **Tag** beschäftigt sind, und setzen den Fall, daß an einem gegebenen Tag ein bestimmter Teil der Produktivkräfte entweder für diese Anzahl von Stunden beschäftigt oder überhaupt nicht beschäftigt ist. Auch die Tatsache, daß die einzelnen Gruppen der Produktivkräfte — Boden, Arbeit und Kapital — an den einzelnen Tätigkeiten in jeweils verschiedenem Verhältnis beteiligt sind, **braucht** uns nicht zu stören, da wir uns mit dem Vorrat der Produktivkräfte als einem einheitlichen Ganzen beschäftigen wollen.

Zunächst eine einleitende Bemerkung. Ich sagte, daß das **Realeinkommen** jeder Periode sich aus den für den laufenden Verbrauch produzierten Gütern und der Vermehrung des Kapitalvorrates **in** der betreffenden Periode zusammensetzt. Wenn die Vorräte **an** Verbrauchsgütern immer auf dem gleichen Stande gehalten würden, so wäre die Menge der laufend verbrauchten Güter ebenso **groß** wie die Verbrauchsgüterproduktion, und die Vermehrung des Kapitalvorrates wäre dann mit dem Reinertrag der Anlagegüter¹⁾ **identisch**. Aber es kann vorkommen und es kommt bei gewissen Gelegenheiten vor, daß Verbrauchsgütervorräte gestapelt werden und bei anderen Gelegenheiten, daß sie verringert werden. **Im** ersten Fall bestehen die auf den Markt gelangenden Verbrauchsgüter nur aus einem Teil der gesamten Verbrauchsgüterproduktion,

1) Die Bezeichnung „Rein . . .“ ist notwendig, weil einige neue Anlagegüter nur eine Wertminderung ersetzen und Kapitalvorrat nicht vermehren. Eine Aussprache über diese Schwierigkeit schien in diesem Vortrag nicht angebracht. Es möge jedoch bei einer Berechnung der Kostendeckung beachtet werden, daß der Teil der neuen Anlagegüter, der nur zum **Ausgleich** einer eingetretenen Wertminderung dient, mit dem für Verbrauchsgüter aufgewendeten Gelde mitbezahlt ist.

während gleichzeitig der Zuwachs des Kapitalvorrates größer ist als der Reinertrag der Anlagegüter. Im zweiten Falle gilt das Gegenteil. Wenn der Stand der Verbrauchsgütervorräte verändert wird, so können natürlich die Produktivkräfte statt für die Herstellung von Verbrauchsgütern für eine Vermehrung des Kapitalvorrates eingesetzt werden und umgekehrt, ohne daß eine einzige der Kräfteinheiten ihre Tätigkeit im geringsten verändern müßte. Aber dies nur am Rande. Für unseren gegenwärtigen Zweck können wir die Veränderungen in den Verbrauchsgütervorräten außer acht lassen. Wir wollen unterstellen, sie seien unveränderlich. Auch wollen wir annehmen, daß die Menge der im Wirtschaftsprozess befindlichen Güter — das arbeitende Kapital — konstant sei. Dann können wir die umlaufenden Verbrauchsgüter mit der Verbrauchsgüterproduktion gleichsetzen und die Vermehrungen des Kapitalvorrates mit dem Reinertrag der Anlagegüter. Dadurch wird das, was ich zu sagen habe, in keiner Weise beeinträchtigt. Hingegen wird mir die Deutlichkeit der Darstellung wesentlich erleichtert.

Es gibt also — bezüglich der Hauptverwendungen der Produktivkräfte — drei Möglichkeiten einer Veränderung der Lage. Erstens: Produktivkräfte, die bis dahin zur Herstellung von Verbrauchsgütern dienten, werden zur Herstellung von Anlagegütern eingesetzt — oder umgekehrt; zweitens: Produktivkräfte, die zur Herstellung von Verbrauchsgütern verwandt wurden, werden außer Betrieb gesetzt — oder umgekehrt; drittens: Produktivkräfte, die der Erzeugung von Anlagegütern dienten, werden außer Betrieb gesetzt — oder umgekehrt. Bei der ersten Art der Veränderung bleibt die Größe des Realeinkommens unverändert, nur seine Zusammensetzung ändert sich. Bei der zweiten Art ändert sich der Umfang des aus Verbrauchsgütern bestehenden Teiles des Realeinkommens, nicht aber der Teil, der aus den Anlagegütern besteht. Im dritten Falle tritt die Größenveränderung in dem Teil des Realeinkommens ein, der aus den Anlagegütern besteht, während die Menge der Verbrauchsgüter die gleiche bleibt.

Ich habe bisher die Verwendungsmöglichkeiten der arbeitenden Produktivkräfte nur in zwei große Gruppen geteilt: die Herstellung

von Verbrauchsgütern und die Herstellung von Anlagegütern. Beide Gruppen habe ich sozusagen von außen her und unter Außerachtlassung der Tatsache betrachtet, daß jede der beiden eine große Anzahl von Untergruppen enthält. Ich muß also noch etwas hinzufügen. Eine Zunahme oder Abnahme jener Menge von Produktivkräften, die der Herstellung irgendeiner besonderen Art von Verbrauchsgut gewidmet sind, kann — im ganzen oder in Teilen — dadurch erzielt werden, daß man diese Kräfte von dem einen Verbrauchsartikel auf einen anderen hinlenkt oder umgekehrt. Dasselbe gilt bezüglich einer Zu- oder Abnahme der Menge von Produktivkräften, die zur Herstellung eines besonderen Anlagegutes bestimmt sind. Das widerspricht selbstverständlich nicht dem, was ich über die Veränderungen jener Menge der Produktivkräfte sagte, die der Herstellung von Vorräten an Verbrauchs- oder Anlagegütern gewidmet werden. Es ist eine Erweiterung dessen, keine Berichtigung.

Wir sind jetzt in der Lage, von einer Beschreibung der Tatsachen zu einer Betrachtung der Ursachen überzugehen. In einem einheitlich gesteuerten Gemeinwesen, in dem eine zentrale Leitung den Befehl über alle Produktivkräfte hatte und durch direkte Anordnung bestimmte, wie diese angewandt werden sollten, waren, in erster Linie jedenfalls, die Anordnungen der Leitung schlechthin die Ursache von allem, was geschah. Aber außerhalb Rußlands werden die Produktivkräfte nicht in dieser direkten Weise gelenkt. Dies geschieht vielmehr als Folge eines Zusammenwirkens von untereinander unabhängigen Plänen, die durch den Geldbedarf der vielen Privatpersonen und Behörden entstehen. Während die Vorgänge der letzten Stufe selbst einfach und einleuchtend sind, bieten die zu diesen hinführenden Kausalreihen gewisse Schwierigkeiten. Aus populären Erklärungsversuchen entstand Verwirrung, und der Nebel der Mißverständnisse verhüllte dann nicht allein die Kausalreihen, sondern selbst die einfachen Grundtatsachen.

Zur Einführung diene ein konstruierter Fall: Wir nehmen an, es gibt eine bestimmte, feststehende Menge von Produktivkräften, die als Ganzes ständig in Betrieb bleiben soll, gleichgültig,

welcher Geldpreis dafür geboten wird. Ihr Auftragsbestand ist, um den Fachausdruck zu gebrauchen, völlig unelastisch. Bestimmt wird unter diesen Umständen niemand die Gesamtmenge des Kapitals und der Arbeitskraft verändern können, die in der Wirtschaft tätig sind, ganz gleich, wie er sein Geldeinkommen anlegt; obgleich er vielleicht die Höhe des Geldertrages beeinflussen kann. Der einzige Weg einer Auswahl in der Verwendung der feststehenden Menge Produktivkräfte liegt dann noch in dem Verhältnis, in dem man sie auf die verschiedenen Betätigungsarten verteilt. Sie wird in dem Verhältnis zur Herstellung von Verbrauchsgütern bzw. Anlagegütern verwendet werden, in dem die Gemeinschaft ihr Geld für diese zwei Gütergruppen ausgibt. Wenn die Gemeinschaft sich in einem Jahr dafür entscheidet, einen größeren Teil ihres Geldeinkommens als bisher für Anlagegüter auszugeben, so wird der Anteil der Produktivkräfte, welcher der Herstellung dieser Güter dient, entsprechend vergrößert werden. Es ist unwesentlich, wieviel die Leute absolut von ihrem Geldeinkommen für Verbrauchs- und Anlagegüter zusammen ausgeben wollen. Sie können sich z. B. dafür entscheiden, die Hälfte ihres Geldeinkommens in den Strumpf zu stecken und davon gar nichts ausgeben. In dem von mir angenommenen Fall macht das nichts aus. Es kommt hier nur auf das Verhältnis an, in dem der Teil des Geldeinkommens, den sie ausgeben, auf Verbrauchsgüter oder auf Anlagegüter verwandt wird.

Unter solchen Bedingungen kann man noch sinnvollerweise behaupten, daß Produktivkräfte verschwendet würden. Wenn man vom Außenhandel, der uns hier nicht zu beschäftigen braucht, absieht, kann das dreierlei bedeuten. Einmal kann eine technische Verschwendung gemeint sein in dem Sinne, daß Produktivkräfte in einigen oder allen Verwendungszweigen in unsachgemäßer Weise angeordnet sind und bei besserer Anordnung einen größeren Ertrag abwerfen könnten. Zweitens kann gemeint sein, daß es vorteilhafter gewesen wäre, die Produktivkräfte zur Herstellung einer anderen Güterart als der tatsächlich gewählten zu verwenden. Ein Kritiker kann z. B. der Ansicht sein, daß zu viel von unserer

Produktivkraft auf die Hervorbringung von Gütern für den unmittelbaren Verbrauch und zu wenig zur Erhöhung des Kapitalbestandes verwendet wird; oder daß zu viel davon der Herstellung von materiellen Dingen dient und zu wenig der Erziehungsarbeit oder der Forschung gewidmet ist; oder umgekehrt, daß ein zu großer Teil der Produktivkraft für Erziehungszwecke bereitgestellt wird und dafür zu wenig für die Unterhaltung der Armee, der Flotte und der Luftstreitkräfte. Drittens kann gemeint sein, daß zu viele Produktivkräfte zur Befriedigung der Bedürfnisse nur einer Gruppe der Bevölkerung beansprucht werden, während zu wenig für die Befriedigung der Bedürfnisse anderer Bevölkerungsteile arbeiten, daß die Reichen schwelgen, während die Armen hungern, mit einem Wort: daß Produktivkräfte verschwendet werden, weil ihr Ertrag falsch verteilt wird. In dem von mir angenommenen Fall kann man einzig und allein unter diesen drei Gesichtspunkten gegen eine Gemeinschaft den Vorwurf erheben, daß sie ihre Produktivkraft verschwende.

Sobald jedoch jene Annahme aufgegeben wird und man zuläßt, daß die Produktivkräfte der Gemeinschaft nicht unter allen Umständen immer beschäftigt sein müssen, dann ist noch eine ganz andere Art von Verschwendung möglich: sie besteht nicht darin, daß die Gemeinschaft es fehlerhafterweise unterläßt, einen Teil ihrer Produktivkräfte auf die beste Art auszunutzen, sondern darin, daß sie einige von ihnen überhaupt arbeiten läßt. Wenn man davon ausgeht, daß, auf lange Sicht gesehen, im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf durch eintretende Veränderungen immer wieder ein Ausgleich hergestellt wird, so ist dieser Fall begrifflich ausgeschlossen. Bei Betrachtung der in langen Phasen auftretenden Entwicklungstendenzen durften die volkswirtschaftlichen Autoren diesen Punkt mit Recht außer acht lassen. Doch hat diese ihre Praxis jener populären Betrachtungsweise Vorschub geleistet, die dieser Art der Verschwendung (die für jeden, der nach den Tatsachen blickt, offensichtlich ist) auch bei der Untersuchung von Problemen der kürzeren Wirtschaftsphasen außer acht läßt. Kraft dieser Betrachtungsweise haben Praktiker gelegentlich eine Politik

durchgesetzt, die vielleicht dann annehmbar wäre, wenn es diese Art der Verschwendung nicht gäbe, deren Hauptwirkung aber unter gewissen Voraussetzungen gerade darin besteht, diese Verschwendung hervorzurufen.

Das Wesen des hier drohenden Trugschlusses läßt sich leicht beschreiben. Nehmen Sie an, daß der Staat oder eine Behörde einen inländischen Kredit — den schwierigeren Fall ausländischer Anleihen wollen wir ausschließen — aufgenommen und diesen zum Bau von Häusern, Eisenbahnen, Straßenbahnen usw. verwendet hat. Wenn sich nun herausstellt, daß die Anlagen nicht genügend abwerfen, um die Anleihezinsen zu zahlen, so pflegt man zu sagen, der größte Teil dieses Geldes sei unwiederbringlich verloren; seine Anlage in diesen Unternehmungen sei reine Verschwendung gewesen. Was ist dazu zu sagen? Wir müssen hier eine Unterscheidung machen. Geld kann als solches nicht verloren oder verschwendet werden. Wenn das behauptet wird, kann nur gemeint sein, daß die durch Vermittlung des Geldes in den betreffenden Unternehmungen verwendeten Produktivkräfte verschwendet worden seien. Ist die Tatsache, daß sich nachträglich herausstellt, daß der Ertrag dieser Anlagen den Zins nicht aufbringt, etwa hierfür ein Beweis? Die Antwort ist ganz einfach. Wenn die Umstände so liegen, daß die Produktivkräfte, falls sie nicht für öffentliche Arbeiten verbraucht worden wären, anderweitig Verwendung gefunden hätten — sei es zur Herstellung anderer zinstragender Anlagegüter oder zur Herstellung von Gütern für den unmittelbaren Verbrauch —, dann ist die Tatsache, daß sie in den öffentlichen Anlagen den erwarteten Ertrag nicht ergeben, ein Beweis dafür, daß sie an dieser Stelle verschwendet worden sind. Dann wäre es wirklich wirtschaftlich gewesen, wenn man auf diese Anlage verzichtet hätte — Wirtschaftlichkeit als das Gegenteil von Verschwendung verstanden. Wenn es aber zur Wahl stände, diese Produktivkräfte entweder bei öffentlichen Arbeiten oder überhaupt nicht zu verwenden, dann wäre die Lage gänzlich anders. Die Tatsache, daß sie nicht den erwarteten Ertrag ergeben — der auch die Zinsen für die Anleihen, mit denen sie finanziert wurden, decken

könnte —, ist dann kein Beweis für eine Verschwendung im allgemeinen, sozialen Sinne. Solange sie überhaupt einen Ertrag geben, ist die Gemeinschaft besser daran, als wenn diese Produktivkräfte völlig brach lägen. Abgesehen von gewissen unwichtigen Einschränkungen können wir diejenigen Anlagen, die keinen normalen Ertrag abwerfen, nur dann als Fehlinvestitionen verdammen, wenn wir annehmen, daß alle Produktivkräfte in jedem Fall voll beschäftigt sein würden. Falls aber einige Produktivkräfte sonst unbeschäftigt geblieben wären, können wir jene Anlagen nur dann verurteilen, wenn sie verlustbringend sind.

Die Schwierigkeit für die Praxis besteht darin, daß ein und dieselbe Politik manchmal Verschwendung bewirkt, indem Produktivkräfte unausgenutzt bleiben, und manchmal nicht. Während des Weltkrieges war es so, daß das, was gemeinhin „sparsames Wirtschaften“ genannt wurde, keine Verschwendung in diesem Sinne erzeugte. Während des großen Preissturzes aber waren die Bedingungen ganz andere, und das sog. sparsame Wirtschaften erzeugte Verschwendung. Da der Weltkrieg vor der Krisenzeit kam und da damals die Einschränkungen für den Staat von großem Nutzen gewesen waren, wurde nun beim Auftreten der Krise das gleiche Heilmittel gegen eine gänzlich anders geartete Krankheit angewendet. Der Grundirrtum der Diagnose lag darin, daß man nicht erkannt hatte, daß der Patient während dieser zweiten Krankheit einer Art von Kraftvergeudung ausgesetzt war, gegen die er im ersten Falle der Natur der Sache nach immun war.

Bei der Entwicklung dieser These wollen wir uns zunächst fragen, was, vom Standpunkt des wirtschaftlich Handelnden gesehen, der Begriff „Wirtschaftlichkeit“, „wirtschaften“ oder „wirtschaftlich handeln“, genau genommen, heißt. Wir werden sofort feststellen, daß es nach dem Sprachgebrauch zwei verschiedene Bedeutungen dieser Begriffe gibt, je nachdem, ob der Wirtschaftende eine Privatperson oder eine Behörde ist. Wir wollen mit der Privatperson beginnen. Man sagt von ihr dann, daß sie wirtschaftlich handelt, wenn sie pro Woche oder Jahr weniger Geld für Verbrauchsgüter ausgibt, als sie bisher gewohnt war. Dagegen sagt

man das gewöhnlich nicht, wenn sie weniger Geld als bisher zum Ankauf von Anlagegütern verwendet. Im allgemeinen wird eine Privatperson also dann wirtschaftlich handeln, 1. wenn ihr verfügbares Netto-Einkommen kleiner wird; oder 2. wenn sie bei gleichgebliebenem Einkommen mehr Geld als bisher für neue Anlagegüter ausgibt; oder 3. wenn sie Grundstücke erwirbt; oder 4. wenn sie ihren Bestand an Bargeld oder Bankdepositen vergrößert. Sodann wird allgemein von einem Einzelnen gesagt, daß er spart, wenn er nicht sein gesamtes verfügbares Netto-Einkommen für Verbrauchsgüter ausgibt; d. h. wenn er einen Teil davon für irgendeine der drei letzten Verwendungsmöglichkeiten, die ich genannt habe, benutzt. Wenn also sein verfügbares Netto-Einkommen gleichbleibt, dann bedeutet Wirtschaften und Sparen dasselbe. Wenn es sich aber verringert, kann er „wirtschaften“, ohne zu sparen; wenn es sich erhöht, kann er sparen, ohne wirtschaftlich zu handeln. Von einer Behörde dagegen sagt der Sprachgebrauch dann, daß sie „wirtschaftet“, wenn ihre gesamten Geldausgaben, sowohl für Verbrauchsgüter wie für Anlagegüter, geringer sind als bisher, und zwar unabhängig davon, ob ihre Ausgaben durch Anleihen, Staats- oder Gemeindesteuern finanziert worden sind. So hat, einfach ausgedrückt, das Wirtschaften im obigen Sinne bei einer Behörde immer eine Verminderung des im Ausgaben-Etat verfügbaren Geldes zur Folge, das sie durch Steuern oder Anleihen an sich zieht. Wenn sowohl Privatpersonen als auch Behörden zu wirtschaften gezwungen sind, so sollten also Behörden in dieser Lage weniger Geld von den Privatpersonen erheben, sei es durch Zwang oder Anleihen; und Privatpersonen sollten in derselben Lage weniger Geld zum Ankauf von Verbrauchsgütern ausgeben. Wir werden nun die Folgen, die diese Sparpolitik in verschiedenen Lagen zeitigt, zu untersuchen haben.

Es ist verständlich, daß eine derartige Politik nicht von so umfassender Wirkung sein kann wie die Politik einer Regierung, die durch direkte Planung handelt. Solch eine Regierung mißbilligt nicht nur gewisse Handlungsweisen durch ablehnende Haltung oder durch Propaganda, sondern sie setzt ihre eigene Wirt-

schaftspolitik unbedingt durch. Ein Propagandafeldzug zugunsten des oben beschriebenen vernünftigen Wirtschaftens hat nur eine negative, aber keine positive Seite, die dieser entgegengesetzt werden könnte. Die Behörden sollen, ob für Einkommens- oder Anlagezwecke, weniger Geld vom Einzelnen erheben; der Einzelne soll weniger Geld für den Verbrauch ausgeben. Bevor man nun aber nicht weiß, was der Einzelne mit dem Geld, das er durch seine persönliche Einschränkung und durch die der Behörden mehr zur Verfügung hat, anfangen wird, ist es offenbar unmöglich, die Wirkung dieser Politik vorauszusagen. Wenn eine örtliche Behörde bisher in ihrem Dienst arbeitende Produktivkräfte im Werte von 1000 Pfund außer Betrieb setzt und die Gemeindesteuern entsprechend herabsetzt, werden dann die Steuerzahler diese freigewordenen 1000 Pfund zur Beschäftigung dieser oder gleichwertiger anderer Produktivkräfte verwenden? Wenn eine Gemeindebehörde beschließt, eine Anleihe von 1000 Pfund zur Errichtung eines Gebäudes nicht aufzunehmen, hat das zur Folge, daß irgendein anderer eine Anleihe in Höhe von 1000 Pfund erheben und damit Produktivkräfte beschäftigen wird? Wenn ein Privatmann für Verbrauchsgüter 1000 Pfund weniger ausgibt, wird er dann selbst oder durch die Vermittlung eines Dritten 1000 Pfund mehr für Anlagegüter verwenden, als er sonst getan hätte? Werden alle diese Fragen bejaht, dann ist im ganzen genau so viel Geld zur Beschäftigung produktiver Kräfte verwendet worden, wie wenn kein Propagandafeldzug zugunsten von Sparmaßnahmen stattgefunden hätte; und darum wird — vorausgesetzt, daß die Unterhaltungskosten der Produktivkräfte gleichgeblieben sind — dieselbe Menge von ihnen beschäftigt werden. Sie werden nur aus einer Verwendungsart in eine andere umgelenkt. Ist die neue Verwendung weniger vorteilhaft als die alte, so hat eine Verschwendung stattgefunden; ist sie vorteilhafter, so ist ein Gewinn erzielt worden. Jedenfalls entsteht keine Verschwendung in dem anderen und eigentlichen Sinne, von dem ich sprach: es werden nicht einfach Produktivkräfte brachgelegt. Wenn jedoch das Geld, das durch die Sparmaßnahmen frei wird, nicht zur Beschäftigung

von Produktivkräften verwendet wird — für den Augenblick lasse ich die Möglichkeit, daß die Vergütungen geringer werden können, außer Betracht —, dann ist die gesamte Menge der beschäftigten Produktivkräfte entsprechend verringert, und es entsteht Verschwendung im eigentlichen Sinn. Nun aber lassen Sparmaßnahmen an und für sich den Menschen freie Wahl bezüglich der Verwendung des gesparten Geldes. Was sie damit beginnen, hängt von den Betätigungsmöglichkeiten ab, die die gegebene Lage ihnen bietet. Solange wir diese Gegebenheiten nicht kennen, ist es uns also auch nicht möglich, vorherzusagen, ob eine Sparmaßnahme die beiden Arten der Verschwendung von Produktivkräften, die ich eben unterschied, hervorrufen oder hemmen wird.

Wir wollen zunächst die Lage während des Weltkrieges betrachten. Die Regierung war darauf bedacht, jeden Pfennig, den die Allgemeinheit ersparen konnte, durch Anleihen an sich zu ziehen. Sie beschäftigte mit diesem Gelde Produktivkräfte zur Herstellung von Kriegsmaterial. Der Sparsamkeitsfeldzug brachte hier daher keinerlei Gefahr für eine Verschwendung durch das Brachliegen von Produktivkräften mit sich. In der Tat gab es nicht nur gar keine Vergeudung, sondern eine große Menge an Produktivkraft, die bis dahin untätig war, wurde jetzt erst ausgenutzt. Müßige Menschen wurden betriebsam; viele verschoben ihren Ruhestand; viele begannen in ungewöhnlich frühem Alter zu arbeiten; man arbeitete länger und in mehreren Schichten.

Im Zuge der Sparmaßnahmen bemühte man sich gleichzeitig, zu verhindern, daß Produktivkräfte für weniger wichtige Zwecke verwandt wurden, während sie für dringendere benötigt wurden, und so wurden viele Hilfsquellen vollständig auf den Kriegsbedarf umgestellt. So war die Sparsamkeitspropaganda während des Krieges, zusammen mit den gleichzeitigen Maßnahmen zur Beschränkung der Privatpersonen in der Verwendung ihres Geldes für private Anlagen — z. B. zur Verschönerung ihrer Häuser — genau dem Zweck angepaßt, den die Regierung im Auge hatte. Sie wollte den größtmöglichen Anteil der Produktivkräfte des Landes in den Dienst des Krieges stellen. Trotz der Irrtümer,

ja sogar Sinnwidrigkeiten, die bei einer Improvisation dieses Ausmaßes unterlaufen mußten, führte der eingeschlagene Weg erfolgreich zum Ziele.

Wir wollen uns nun der Lage während der großen Krise zuwenden. Wenn damals eine Gemeindeverwaltung mit Rücksicht auf irgendeine Propaganda oder eine Regierungsanordnung von der Erhebung einer Anleihe zum Zweck des Wohnungsbaues oder der Errichtung eines Schwimmbades Abstand nahm, dann nahm damals wahrscheinlich kein anderer infolgedessen eine entsprechende Anleihe für einen anderen Zweck auf. Wenn damals ein Privatmann, der sich für einen Patrioten hielt, seinen Gärtner oder seinen Chauffeur entließ oder weniger Krawatten kaufte, so bestand wenig Aussicht dafür, daß er deswegen selbst oder durch Dritte entsprechend mehr Anlagegüter kaufte. Unter diesen Umständen führten Sparmaßnahmen, und zwar notwendigerweise, zu einer Verschwendung in dem Sinne, daß vorhandene Produktivkräfte nicht ausgenutzt wurden; es sei denn, daß die Geldbeträge, mit deren Eingang Arbeiter und Unternehmer rechneten, sich entsprechend dem verringerten Geldbedarf verkleinerten.

Gegen diese Überlegung wird zuweilen eingewendet, daß Privatpersonen, wenn ihnen infolge eigener oder behördlicher Maßnahmen mehr Geld als gewöhnlich zur Verfügung steht und sie es nicht für Verbrauchs- oder Anlagegüter ausgeben, dazu neigen werden, dies Geld selbst oder indirekt über einen anderen, von dem sie etwa ein Grundstück kaufen, den Banken zur Verfügung zu stellen, die es dann in Erfüllung ihrer Aufgabe an Dritte ausleihen. Diese bestechende, aber falsche Beweisführung ist ein für allemal durch Mr. Robertsons Werk zu Fall gebracht worden. Die Menge des in den Banken eingelagerten Geldes — die Höhe der Bankdepositen — bleibt dieselbe, gleichgültig, ob der Eigentümer eines bestimmten Guthabens dieses unbenutzt läßt oder ob er es durch den Ankauf eines Arbeitsproduktes auf einen anderen überträgt. Der Gesamtaufwand für den Ankauf von Arbeitsleistungen der Produktivkräfte verringert sich nicht deshalb, weil die Höhe der Bankeinlagen sich geändert hat, sondern weil die Geschwindigkeit,

mit der sie in Einkommen umgesetzt wird, sich verlangsamt hat. Dieser Verlangsamungsprozeß ist, wenn jeder sein Teil dazu beiträgt, keinerlei automatischer Berichtigung durch die Banktätigkeit unterworfen. Aus diesem Grunde ist während der Depression das Verhältnis des gesamten Geldeinkommens zu den gesamten Bankeinlagen viel kleiner als in einem Abschnitt der Geschäftsbelebung. Das ist für den gesunden Menschenverstand leicht begreiflich. Denn wäre jene populäre Theorie richtig, wonach die Verkleinerung der Geldausgaben einer Person eine entsprechende Vergrößerung der Geldausgaben einer anderen Person zur Folge hat, dann würden die Schwankungsprozesse, die jeder aus Erfahrung kennt, a priori unmöglich sein. Die eindeutige Schlußfolgerung, die besagt, daß in einer Periode der Depression Sparmaßnahmen die Produktivkräfte von der Beschäftigung ausschließen und sie damit verschwenden, kann durch diese Art rein-theoretischer Populärwissenschaft nicht widerlegt werden.

Manchmal trifft man noch auf eine andere Entgegnung — auf eine teilweise, nicht gänzliche Verteidigung der Sparmaßnahmen während der Depression. Die Anhänger dieser Lehre unterscheiden streng zwischen Sparmaßnahmen der Privatpersonen und denen der Behörden. Die erstere Art halten sie für verfehlt, während sie die zweite Art mit Nachdruck verteidigen. Gibt es wirkliche Gründe für eine solche Unterscheidung? Nun, man kann tatsächlich mit Recht argumentieren, daß die Verwendung der Einkommen in einer Zeit, in der bei Verminderung der Privateinkommen die Ausgaben der Gemeinden aus den Steuermitteln gleichbleiben, zwischen dem Ankauf von privaten Gütern, wie etwa Kleidung und Schuhen, und dem Ankauf öffentlicher Güter, wie Straßenreinigung usw., ungerecht verteilt werde; denn der Rückgang der Einkommen wirkt sich in diesem Falle nur auf den Ankauf privater Güter aus, während auf den ersten Blick eine gleichmäßige Verteilung des Rückganges auf beide Gruppen vernünftiger scheint. Wenn wir sicher wären, daß das Geld, das durch Sparmaßnahmen der Gemeinden frei würde, tatsächlich von den Steuerzahlern für Privateinkäufe verwendet würde, dann wäre dieses Argument

durchschlagend. Aber das haben die Befürworter einer sparsamen Wirtschaftsführung der Gemeinden gar nicht im Sinne. Sie wollen vor allem die durch Anleihen hereingekommenen städtischen Geldmittel, die in Kapitalobjekten, wie Häusern, Straßen, Schwimmbädern, Museen usw., angelegt werden, herabgesetzt wissen. Um diesen Punkt der behördlichen Wirtschaftspolitik geht der Streit in der Hauptsache.

Hier ist nun erst ein Anlaß von Mißverständnissen aus dem Wege zu räumen. Einige von denen, die während der großen Krise besonders laut für eine Beschränkung der gemeindlichen Wirtschaftstätigkeit eintraten, gehören zu jener durch Professor CANNAN berühmt gewordenen Gruppe, die, wenn ein Privatmann zum Häuserbau Geld borgt, dies als „Kapitalaufnahme“ rühmt, wenn aber eine Stadtverwaltung genau das gleiche tut, das als „Schuldenmachen“ verurteilt. In den Händen des Privatunternehmers sehen sie nur die Häuser — also Aktiva; in denen der Stadtverwaltung dagegen nur die Verpflichtung aus der Anleihe — also Passiva. Bewußt oder unbewußt machen sich die Anhänger dieser Lehre die Tatsache zunutze, daß das Wort „Sparmaßnahmen“ gerade in der Luft liegt, um damit eine allgemeine und immer vorhandene politische Strömung zu unterstützen, die in keiner Weise etwas mit den besonderen Umständen der Krise zu tun hat. Das ist der Grund der Verwirrung. Es handelt sich hier nun aber nicht um Verdienst oder Fehlerhaftigkeit der wirtschaftlichen Betätigung einer Stadtverwaltung. Uns interessiert nur die Behauptung, eine Stadtverwaltung müsse ihren Kapitalaufwand in Krisenzeiten einschränken, um dadurch die Krise zu bekämpfen, nicht aber jene Argumentationen, die sich gegen den Kapitalverbrauch der Behörden als solchen richten.

Auf den ersten Blick scheint es einleuchtend, daß für eine Einschränkung der städtischen Unternehmertätigkeit als Heilmittel gegen Krisen noch weniger spricht, als für eine Einschränkung des Verbrauchs der Einzelpersonen. Denn während letzteres durch erhöhte Ausgaben der Einzelpersonen für Anlagegüter allenfalls ausgeglichen werden kann, ist es sehr unwahrscheinlich, daß diese

Art wirtschaftlicher Selbstbeschränkung der Behörden während einer Krise überhaupt ausgeglichen werden kann. Irgend etwas müssen aber die Verteidiger dieser Politik im Sinne haben, und wir müssen herausbekommen, was es ist. Ich vermute folgendes. Wenn wir nur vom Standpunkt jenes Teiles der Gemeinde ausgehen, der nicht aus den Kapitalgebern und Unternehmern besteht, die durch den Bau der Häuser und Schwimmbäder von der Stadtverwaltung beschäftigt werden würden, dann könnten wir ins Feld führen, daß diese Häuser und Schwimmbäder weniger wert sein würden als das Geld, das ihren Herstellern dafür bezahlt wird. Mit anderen Worten: der vortreffliche Teil der Bürgerschaft, der in jedem Fall sein Einkommen bezieht, muß Lasten zum Nutzen jenes weniger vortrefflichen Teiles übernehmen, der ohne die Verschwendungssucht der Stadtverwaltung arbeitslos sein würde. Wenn es nun wahr wäre, daß die Fortführung städtischer Unternehmertätigkeit während der Depression diese Wirkung hat, so müßte das insofern zugunsten eines eingeschränkten städtischen Ausgaben-Etats sprechen. Denn wenn ein Plutokrat der Ansicht ist, daß es für ihn wichtiger ist, zehn Gänge zum Mittagessen zu haben, als daß die Stadt ein Schwimmbad besitzt, ist er mit dialektischen Mitteln nicht zu widerlegen. Für den gegenwärtigen Zweck brauchen wir ihn auch nicht zu widerlegen. Wenn wir annehmen, und wir müssen das hier tun, daß der städtische Betrieb in normalen Zeiten seine Kosten ungefähr deckt, dann ist der Grund für seine Aufrechterhaltung in Zeiten der Depression, sogar vom Standpunkt meines gedachten Plutokraten aus, überwältigend gegeben. Wenn in der Konjunktur der Stand dieser Kapitalanlagen vermindert wird, finden die Arbeiter, die dadurch arbeitslos werden, sehr wahrscheinlich anderswo Beschäftigung. Es würde sich keine Vermehrung der Arbeitslosigkeit ergeben. Bei Nachlassen der Konjunktur dagegen würden diese Arbeiter oder eine entsprechende Anzahl anderer Arbeiter mit ziemlicher Sicherheit arbeitslos werden. Sie müßten dann nach den englischen Gesetzen Arbeitslosenunterstützung erhalten. Der übrige Teil der Bürgerschaft — mein erdachter Plutokrat — spart dann nicht ihre Löhne

ein, sondern nur die Lohnsumme abzüglich der Unterstützung. Unter den von mir angenommenen Bedingungen ist es offenbar sehr unwahrscheinlich, daß diese Ersparnis den Wert der Dinge ausgleicht, die die freigesetzten Arbeiter hergestellt haben würden, wenn der Umfang der städtischen Unternehmertätigkeit nicht verkleinert worden wäre. Deshalb liegt also, kurz gesagt, aller Grund vor, die städtischen Kapitalinvestitionen sowohl in Zeiten der Krise wie in Zeiten des Aufschwunges auszudehnen und nicht einzuschränken. In Zeiten des Aufschwunges sind ihre Betriebskosten gedeckt, wenn das Produkt des dort beschäftigten Arbeiters gerade noch seinen Lohn wert ist. In Zeiten der Depression rentieren sie sich schon dann, wenn das Produkt des dort beschäftigten Arbeiters seinen Lohn weniger der Arbeitslosenunterstützung, also ungefähr zwei Drittel seines Lohnes, wert ist. Einige Volkswirtschaftler wollen hier als weiteren Posten auf der Aktivseite die zusätzlichen Steuern verbuchen, die der Staat von denjenigen einzieht, deren Einkommen sich durch die Unternehmertätigkeit der öffentlichen Hand vermehrt hat. Von dem begrenzten Standpunkt des Budgets aus ist das richtig. Aber von unserem weiteren Standpunkt aus ist dieser Aktivposten nur ein Übertrag und daher nicht von Bedeutung. Aber das ist ganz unwichtig. Unsere Beweisführung ist ohnedem hieb- und stichfest.

Aber wenn sie das ist, wenn das, was ich gesagt habe, stimmt — und ich muß Sie warnen, es auf Treu und Glauben hinzunehmen, weil nicht alle meine Thesen von allen Volkswirtschaftlern anerkannt werden würden —, wie kam es dann zu den Sparmaßnahmen der letzten Jahre? Ich will versuchsweise eine Erklärung geben: Die Staatsmänner, die sich der großen Krise gegenübergestellt sahen, waren im Vergleich zu ihren Vorgängern im Weltkrieg insofern benachteiligt, als es damals kein einziges, einfaches und deutliches Ziel gab, auf das man hätte hinstreben können. So schwer es auch praktisch war, die Industrie zur Unterstützung der bewaffneten Macht einzuspannen, so war diese Aufgabe doch wenigstens bestimmt und klar umrissen. Aber die Krise glich einem Drachen mit vielen Köpfen, die abgehauen werden mußten. Sie

glich einem übelriechenden, schleichenden Krankheitsstoff, von dem kein Teil verwundbarer schien als ein anderer. Was sollten die Staatsmänner tun? Wenn es sich nur um die Krise gehandelt hätte, so kann ich mir nicht vorstellen, daß selbst das größte Original unter ihnen darauf gekommen wäre, die Krise durch Sparmaßnahmen und Propaganda zugunsten geringerer Ausgaben und Anlagen bekämpfen zu wollen, bestand doch das Hauptsymptom der Krise darin, daß die Leute zu wenig ausgaben und investierten. Aber nicht nur schlechthin die Krise befiel damals das Land. Es handelte sich gleichzeitig um eine Krise des Pfundes, eine Krise, die ihrerseits zum Teil aus dem Mißtrauen herrührte, das durch die faktische Unausgeglichenheit unseres Staatshaushaltes verursacht war. Man glaubte — und wahrscheinlich mit Recht —, daß zur Behebung der Krise des Pfundes das Budget gefestigt werden müßte. Das passende Mittel hierzu sah man in Sparmaßnahmen im Sinne einer Ausgabenverminderung bei der Zentralregierung. Das war die Tür, durch welche das Wort Sparen in das Gemüt unserer Herrscher eindrang. Es blieb nicht nur Lösungswort für eine Ausgabenbeschränkung bei der Zentralregierung, sondern der Gedanke wurde bald auf örtliche Behörden und weiterhin auf Privatpersonen übertragen; bei letzteren für Verbrauchs-, manchmal auch für Anlagegüter. Tatsächlich erhoben sich einige Stimmen des Protestes gegen diese Politik. Es wurde dargelegt, daß zwar angesichts der Währungslage Anlaß vorliege, zu einer Beschränkung des Einkaufs im Auslande aufzufordern; daß jedoch für eine Propaganda zur Einschränkung des Verbrauchs an inländischen Waren nicht der mindeste Grund gegeben sei. Dies jedoch galt als eine akademische Spitzfindigkeit ohne Bedeutung für den Praktiker. Und so führte man umfangreiche Sparmaßnahmen nach dem Vorbild der Wirtschaftspolitik während des Weltkrieges durch. Sie wurden auch dann nicht aufgelockert, als nach der Aufgabe des Goldstandards ihr eigentlicher Anlaß, selbst im Hinblick auf die Auslandskäufe, größtenteils entfallen war. Eine bemerkenswerte Lage und keine ehrenvolle! Eine Politik, die durch die Verwirrung der beiden Bedeutungen des Wortes

Wirtschaftlichkeit entstanden war. Unser nationales Unterrichtswesen ist für den elementarsten Stoff des wirtschaftlichen Wissens noch unzureichend.

Es bleibt ein Weiteres zu sagen. Ich habe stillschweigend angenommen, daß Sparmaßnahmen vor allem auf eine Herabsetzung der Ausgaben gerichtet sind, während die Höhe der für die Tätigkeit der Produktivkräfte aufgewendeten Unterhaltungskosten die gleiche bleibt. Die letzten Sparmaßnahmen waren dieser Art. Es ist richtig, daß die Zentralregierung ausnahmsweise auch die Gehälter der Beamten und Volksschullehrer herabgesetzt hat. Da aber die Anzahl dieser Personen, unabhängig von ihrer jeweiligen Bezahlung, ziemlich feststeht, war die Rückwirkung dieses Teiles des Regierungsprogrammes wesentlich anders als die der übrigen Punkte dieses Programmes. Man kann sich Sparmaßnahmen gänzlich anderer Art vorstellen, solche, die der Krise dadurch entgegenzuwirken suchen, daß durch eine Herabsetzung der für Arbeit und Kapital nachgefragten Sätze mehr Menschen beschäftigt werden können. Wäre diese Politik praktisch durchführbar, so würde sie meiner Ansicht nach innerhalb gewisser Grenzen ein wirkliches Gegenmittel gegen Krisenerscheinungen bilden. Sie würde zwar die durch das Brachliegen von Produktivkräften eingetretene Verschwendung nicht beseitigen, aber sie doch wirksam verringern können. Ich muß aber hinzufügen, daß Autoren, deren Ansichten über den Gegenstand Beachtung verdienen, gegenteiliger Meinung sind. Ich möchte also meine hier vorgebrachte eigene Ansicht nicht als etwas Unwiderlegbares hingestellt haben. Auf jeden Fall gehört diese Streitfrage nicht zum Thema dieser Vorlesung.

III.

Die Handels- und Zahlungsbilanz.

Über die Verbringung von Gütern aus einem Teil eines Landes in einen anderen pflegen keine Statistiken geführt zu werden. Aber seit langem sind — mit unterschiedlicher Vollständigkeit — Statistiken für den zwischenstaatlichen Güterverkehr aufgestellt worden. Das geschah teils in Verbindung mit der Erhebung von Abgaben, teils weil man diese Zahlen bemerkenswert fand. Überdies läßt sich die Führung der Statistiken, jedenfalls seit eine Art Regierungskontrolle an den Grenzen ausgeübt wird, leicht als Nebenaufgabe in die Verwaltungsmaschinerie einbauen. In gleicher Weise laufende Informationen über die innerstaatlichen Güterbewegungen zu erhalten, würde kostspielig und sehr störend sein. Daß der überwiegende Teil der vorliegenden Handelsstatistiken nur den internationalen Handel betrifft, ist daher ganz natürlich. Aber das hat nichtsdestoweniger gewisse unglückliche Auswirkungen gehabt. Um Ihnen einen Hintergrund für das Hauptthema dieser Vorlesung zu geben, will ich erst hierüber etwas sagen.

Die erste und auffallendste der mißlichen Auswirkungen ist diese: Da wir Statistiken über den Außenhandel unseres Landes nicht aber Statistiken über den viel größeren Innenhandel haben, neigen Politiker und populäre Schriftsteller dazu, die Außenhandelszahlen als Maßstab für unser wirtschaftliches Wohlergehen zu benutzen. Hieraus ergaben sich dann krause Fehlschlüsse. So kann dann ein beliebiges Land, dessen Außenhandel vor kurzem noch sehr gering war, sich plötzlich einer viel stärkeren Handelsbelebung erfreuen als England. Die Insel Utopia, die im vorigen Jahr eine Banane ausführte, führte in diesem Jahr drei aus. Ihr Handel ist um 200 Prozent gestiegen, während unserer — degeneriert wie wir sind — nur um, sagen wir, 5 Prozent gestiegen ist. Dagegen

wurde oft die Tatsache übersehen, daß England in dem Maß, wie es reicher wurde, weniger Mittel für den Ankauf von Nahrungsmitteln und Rohstoffen — welche ja den Außenhandel größtenteils ausmachen — zu verwenden hatte und einen um so größeren Teil seiner Mittel für einheimische Güter verbrauchen mußte. Wenn auf Grund dieser Entwicklung die Zunahme unseres Außenhandels nachgelassen hatte, so wurde dies als ein sicherer Beweis unseres nationalen Niedergangs betrachtet. Ja, sogar die für jeden Volkswirtschaftler selbstverständliche Tatsache, daß der Handel eines Landes wachsen kann entweder weil es aufblühend ist und Ausfuhren ersparen kann oder weil es — z. B. durch eine schlechte Ernte — in Not ist und daher gewisser Einfuhren dringend bedarf, wird selten anerkannt. Kurz, die Bedeutung des Außenhandels und seiner Veränderungen, wie sie in den Statistiken zum Ausdruck kommt, ist weithin mißverstanden und sehr falsch gedeutet worden. Die allgemeine Unklarheit nicht nur der populären Anschauungen über diesen Gegenstand erhellt aus folgender merkwürdigen Tatsache: In meiner Studentenzeit war die allgemein maßgebende Zahl — sie wurde, wenn ich mich recht erinnere, regelmäßig im „Statistical Abstract of the United Kingdom“¹⁾ veröffentlicht — die Summe des Wertes unserer Einfuhr und unserer Ausfuhr zusammengerechnet. Ich gestehe, daß ich niemals fähig war zu begreifen, welche nützliche Erkenntnis man aus dieser Zahl gewinnen sollte!

Aber diese Summe — Einfuhr plus Ausfuhr — hat in den Erörterungen über den Außenhandel nicht die Hauptrolle gespielt. Das tat vielmehr die Wertdifferenz zwischen beiden — Einfuhr weniger Ausfuhr —. Dies ist die roheste Form des Begriffes Außenhandelsbilanz — einfach der Überschuß des Geldwertes der erfaßten Einfuhrgüter über denjenigen der Ausfuhrgüter. Man könnte erwarten, daß a priori der einfache Mann, wenn er diese Zahl zum erstenmal sieht, wünscht, sie möge so groß als nur möglich sein. Denn schließlich ist Ausfuhr das, was aus dem Lande herausgeht, Einfuhr das, was hineinkommt. Je größer der Überschuß der Eingänge über die Ausgänge, um so reicher müßte ihm das Land

1) Statistischer Abriß des vereinigten Königreichs.

scheinen. Aber tatsächlich sieht der einfache Mann die Sache anders an. Für ihn ist der statistisch festgestellte Überschub der Einfuhr über die Ausfuhr niemals eine willkommene Sache; es ist immer etwas Beklagenswertes, nämlich im allereinfachsten Verstande dieses Ausdrucks eine „passive“ Handelsbilanz; und gerade das Wort „passiv“ bedeutet ihm „etwas Schädliches“.

Wie ist diese Einstellung zu erklären? Es mag daher kommen, daß diese Dinge hauptsächlich Kaufleute interessierten, und, da Kaufleute gewohnt sind, große Verkäufe als Hauptursachen für ihren Erfolg anzusehen, ihre Ansichten sich dann auf die Allgemeinheit übertragen haben. Denn für die breite Öffentlichkeit sind Ausfuhren ein Maßstab für eigene Verkäufe, Einfuhren dagegen ein Maßstab für Verkäufe der Konkurrenten, die man am liebsten selbst tätigen würde. Ihnen geht es also wirtschaftlich um so besser, je größer die Ausfuhr und je kleiner die Einfuhr ist. Aber ich habe den Verdacht, daß noch etwas anderes der wahre Ursprung dessen, was Prof. Cannan die Liebe zur Ausfuhr und den Haß gegen die Einfuhr genannt hat, ist. Es ist die dunkle Ahnung, daß das Zahlenmaterial etwas verschweigt, nämlich, daß bei einem Einfuhrüberschub etwas herausbezahlt werden muß, um den Überschub zu decken; denn, immerhin, ist es prima facie unwahrscheinlich, daß der nichtsnutzige Ausländer uns Waren umsonst schicken wird.

Wenn der Denker, dessen Denkvorgang ich jetzt nachspüre, diese Tatsache erfaßt hat, so wird er sich natürlich etwas argwöhnisch fragen, was dieses „Etwas“ ist. Es kommt ihm der Gedanke, daß es nur eines sein kann, nämlich Gold. Vor ungefähr 30 Jahren schlug dieser Geistesblitz mit lautem Krach in das Gehirn eines Premierministers von Neu-Seeland ein, eines Mr. Seddon unsterblichen Angedenkens. Er tat der Welt kund, daß nicht nur theoretisch, sondern als harte Tatsache der Praxis für jedes £ des jährlichen Überschusses der britischen Einfuhr über die britische Ausfuhr ein „goldener Sovereign“ ins Ausland gesandt werde. Wenn irgend jemand von Ihnen bei der populären Presse Geld verdienen möchte, dann möge er einen Aufsatz mit Bildern schreiben,

in dem er das Kubikvolumen und das Tonnengewicht des Goldes ausrechnet, das so auf heimtückische Weise in den letzten 100 Jahren aus britischen Goldminen herausgezogen wurde und uns verlorengegangen ist. Ich zweifle nicht, daß es in Fleet Street¹⁾ verschiedene Märkte gibt, an denen man einen Artikel dieser Art für eine nette, runde Summe anbringen könnte.

Aber tiefe Gedanken wie diese bleiben natürlich nicht lange unangefochten. Es gab immer ein paar statistisch begabte Leute, die, sobald eine Zahl genannt wird, herauszufinden versuchen, wie die Zahl zustande gekommen ist. In unserem Fall fragen sie sogleich, ob immer alle eingeführten und ausgeführten Güter statistisch erfaßt werden. Dabei stellen sich einige merkwürdige Tatsachen heraus. Bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erscheinen Schiffe, die im Inlande gebaut und ins Ausland verkauft wurden, nicht unter unserer Ausfuhr; nach diesem Datum tun sie es. Während des Krieges fielen Waren, die für Rechnung der Regierung eingeführt wurden, größtenteils nicht unter die Einfuhrstatistik; in einigen Fällen kamen sie aber doch hinein. Im Juli 1917 ergibt sich aus den Ziffern eine plötzliche und ungeheure Zunahme unserer Öleinfuhr. Die Erklärung dafür ist die, daß man von diesem Monate an aus irgendeinem geheimnisvollen Grunde die Regierungseinfuhr, die bis dahin ausgeschlossen war, in die Statistik aufnahm. Eine weitere Schwierigkeit ist dadurch gegeben, daß in einigen Ländern — z. B. den Vereinigten Staaten — die Einfuhrgüter am Verladeplatz bewertet werden, andere Länder — z. B. unser eigenes — bewerten sie am Ausladeplatz und rechnen so die Transportkosten mit hinein. Würden sich alle Länder unserer Berechnungsmethode anschließen, so müßte, wenn sich das internationale Geschäft nur aus der Ein- und Ausfuhr von Waren zusammensetzte, infolgedessen die Ziffer der gesamten Welteinfuhr notwendigerweise größer sein als die der Weltausfuhr, ein Ergebnis, das auf den ersten Blick paradox erscheint.

Aber das nur nebenbei. Unser statistisch begabter Frager wird alsbald Fragen ausgraben, die quantitativ sehr viel wichtiger

1) Die Straße, in der die Redaktionen der großen Zeitungen ihren Sitz haben.

sind. Die in den Handelsberichten wiedergegebenen Ein- und Ausfuhrstatistiken beziehen sich nur auf Ein- und Ausfuhr körperlicher Güter. Die immateriellen Dienste sind darin nicht berücksichtigt. Diese stellen aber einen sehr großen Wert dar: und zwar spielen sie für unser Land überwiegend auf der Exportseite eine Rolle. Die Dienste, welche Ausländern durch britische Schiffe, britische Banken und Kommissionshäuser geleistet werden, stehen natürlich in engem Zusammenhang mit dem britischen Baumwollwarenexport, aber ihr Wert wird in den Exportzahlen nicht mitgerechnet. Sie sind tatsächlich statistisch nicht erfaßte Exporte. Wenn sie in Rechnung gestellt werden, schließt sich ein erheblicher Teil der Lücke zwischen dem Wert der registrierten Einfuhr und dem der registrierten Ausfuhr. Wir könnten diese Dinge „unsichtbare Ausfuhr“ nennen. Sie müssen natürlich bei einer Beurteilung der Ein- und Ausfuhr berücksichtigt werden. Es liegen hierfür Schätzungen des Handelsamts vor. Im Jahre 1932 betrug der Überschuß der Wareneinfuhr (einschließlich Silber in Münzen und Barren) £ 287 Mill. Wenn der Wert unserer dem Ausland verkauften Schiffahrts- und Kommissionsdienste unserer Wareneinfuhr hinzugerechnet wird, so vermindert sich diese Ziffer um £ 95 Mill., nämlich auf £ 192 Mill. In jenem Jahre gab es nach der Schätzung des Handelsministeriums auch noch verschiedene Posten im Gesamtbetrage von £ 15 Mill., die eigentlich zu den Exporten gerechnet werden müßten, so daß die Bilanz schließlich nur mit einer Summe von £ 177 Mill. passiv ist, was bedeuten will, daß wir für £ 177 Mill. mehr Waren und Dienste vom Auslande erhielten, als wir selbst an das Ausland leisteten.

Nun kann eine Vielheit von Personen, die ein Land ausmachen, in jedem Jahre Ansprüche an Ausländer oder Verpflichtungen ihnen gegenüber haben, die nichts mit der Handelstätigkeit dieses Jahres zu tun haben. Privatpersonen, die in früheren Jahren im Ausland Anlagen gemacht haben, haben Ansprüche auf Zinsen: und die Regierung mag im Zusammenhang mit früheren Anleihen oder laufenden Reparationszahlungen berechtigt sein, Zahlungen entgegenzunehmen oder nach Vertrag zu leisten. Soweit der-

artige Ansprüche und Verpflichtungen bestehen und erfüllt werden, müssen sie offenbar entweder der Einfuhr- oder der Ausfuhrseite der Rechnung hinzugerechnet werden. Für das Jahr 1932 schätzte das Handelsamt das Einkommen britischer Staatsbürger aus Investitionen in überseeischen Ländern auf £ 145 Mill.; dagegen standen Zahlungen der britischen Regierung an das Ausland in Höhe von £ 24 Mill. Die Differenz dieser beiden Zahlen, nämlich £ 121 Mill., würde noch von dem oben errechneten Betrage des Einfuhrüberschusses abgezogen werden müssen. Auf diese Weise verbleibt auf der Einnahmeseite ein Passivsaldo von £ 177 Mill. weniger £ 121 Mill. gleich £ 56 Mill.

Was will das nun genau genommen besagen? Wie ist es möglich, daß eine passive Bilanz oder daß überhaupt irgendein Überschuß auf einer der beiden Seiten entsteht? Wenn alle Posten von Bedeutung auf beiden Seiten zusammengezählt werden, müssen sich dann nicht nach der Natur der Dinge notwendigerweise beide Seiten genau aufheben? Die Antwort darauf ist die, daß die von mir angeführte Berechnung des Handelsamts — da ja Silber in Münzen und Barren darin einbegriffen sind — eben eine Einkommensberechnung ist. Transaktionen, die im Zusammenhang mit der Ausleihe oder mit Rückzahlung von Kapital sowie der Bewegung des Goldes stehen, sind nicht darin enthalten. Nun muß für eine Personenmehrheit ebenso wie für ein Einzelindividuum das, was sie als Einkommen erhält und was sie für Einkommenszwecke ausgibt, nur dann identisch sein, wenn sie nichts außer dem Einkommen erhält und alles für Einkommenszwecke ausgibt. Offenbar muß sie, wenn sie Kapital ausleiht oder frühere Kapitalanleihen zurückzahlt oder Gold importiert, auf dem Einkommenkonto mehr ins Ausland ausführen, als sie einführt; die Zahlungsbilanz ist dann aktiv. Wenn jene Personenmehrheit aber Kapital entleiht oder zurückgezahlt erhält oder Gold exportiert, muß sie zahlungsmäßig mehr vom Ausland einführen, als sie ausführt; die Einnahmeseite ist passiv. Somit bedeutet eine passive Einnahmeseite in Höhe von £ 56 Mill. für das Jahr 1932, daß wir in diesem Jahr von unserem Kapitalguthaben im Ausland Geld zurück

gezogen haben oder neue Kapitalschulden im Ausland eingegangen sind oder Gold in dieser Höhe abgegeben haben. Das ist — vorausgesetzt, daß die Schätzungen des Handelsamtes richtig sind — alles, was die Statistik besagt. Es gibt darin gar nichts Geheimnisvolles, es handelt sich um einfache Arithmetik.

Immerhin ergibt sich eine auffallende Tatsache, wenn man die Zahlen der letzten ein, zwei Jahre mit den entsprechenden Zahlen früherer Jahre vergleicht. Bis zum Jahre 1929 zeigte die Einnahmeseite unseres Außenhandels stets einen erheblichen Aktivsaldo, woraus hervorgeht, daß wir damals — da die reinen Goldimporte nicht so sehr groß waren — unsere Kapitalguthaben im Ausland jährlich um einen erheblichen Betrag vergrößerten. 1930 war die Bilanz noch aktiv, wenn auch nur in geringem Umfang; 1931 wurde sie stark passiv — mit einem Minus von £ 104 Mill.; 1932 betrug das Minus £ 56 Mill., 1933 hatte sie sich auf £ 4 Mill. erholt, immerhin noch weit entfernt von der hohen aktiven Bilanz, die wir gewohnt waren. Es ist vielleicht nicht überraschend, daß diese schroffe Wechsel in unserer geschäftlichen Lage gegenüber dem Ausland eine Quelle von Verwirrung und einige Beunruhigung wurde. Inwieweit lagen hierfür wirklich Gründe vor?

Man könnte, von allgemeinen Überlegungen ausgehend, erwarten, daß es zu jeder Zeit einige Personen oder Personenmehrheiten gibt, die vorwiegend Kapital ausleihen, und andere, die es vorwiegend borgen. Immerhin mag es leicht vorkommen, daß die gleiche Person oder Personenmehrheit, die in einem Jahre vorwiegend Entleiher ist, in einem anderen vorwiegend Geldgeber oder Investor ist. Wenn wir uns die nationalen Personenmehrheiten im einzelnen ansehen, so finden wir, daß in der Regel junge und unentwickelte Länder typischerweise Geld aus dem Auslande leihen und seit langem bestehende Länder typischerweise Geldgeber für andere Länder sind. Gelegentlich kann es natürlich auch vorkommen, daß die Rollen vertauscht werden. Es ist unmöglich, ganz allgemein zu sagen, daß es gut oder schlecht sei, Geldnehmer zu sein. Wenn wir andeuten wollen, daß es zu begrüßen ist, pflegen wir — wie ich schon in meiner letzten Vorlesung erwähnte —

zu sagen, daß unser Freund „Kapital aufnimmt“, wenn wir zum Ausdruck bringen wollen, daß es ein schlechtes Zeichen ist, so sagen wir, daß unser Gegner „Schulden macht“. Tatsächlich hängt es natürlich aber ganz von den Umständen ab, ob die Kapitalaufnahme eine günstige oder ungünstige Maßnahme ist. Es gibt keinerlei Rechtfertigung a priori für das Vorurteil, daß es schlecht sei, Schulden einzugehen, d. h. Kapital zu borgen.

Dies ist ein wichtiger Punkt, der eines Eingehens bedarf. Wenn ein Individuum in irgendeinem Jahr oder einer Reihe von Jahren von seinem Kapital Abhebungen macht und diese Gelder zu Einkommenszwecken verwendet, dann vermindert er in dieser Höhe den Grundstock seines Kapitals. Wir könnten also geradezu sagen, daß er von seinem Kapital lebe. Unter bestimmten Umständen mag es klug für ihn sein, so zu handeln — z. B. wenn er einer Notlage zu begegnen hat, von der er Grund hat anzunehmen, daß sie bald vorübergehen wird. Aber sicher bedeutet es, daß er nachher weniger Kapital zur Verfügung hat. Wenn also ein Mann wirklich von seinem Kapital lebt, so ist prima facie Anlaß gegeben, seinen Zukunftsaussichten zu mißtrauen; das gleiche gilt für jene Personenmehrheiten, welche eine Nation bilden. Aber — und darauf kommt es an! — die bloße Tatsache, daß eine Nation Kapital vom Auslande hereinnimmt, seine Guthaben im Ausland verkleinert oder seine Kapitalverpflichtungen dem Auslande gegenüber erhöht, ist keineswegs ein Beweis dafür, daß sie ihren Kapitalgesamtbestand vermindert oder daß sie von ihrem Kapital lebt. Wenn ein junges Land kräftig vom Auslande borgt, so geschieht das meistens mit dem Zweck, daß die Einwohner Eisenbahnen bauen und überhaupt die wirtschaftliche Erschließung des Landes betreiben können. Der Sache nach borgen sie also Eisenbahnmaterial von Ausländern und verwenden es in ihrem eigenen Lande. Die Kapitalschuld gegenüber dem Auslande wird aufgewogen durch ein Kapitalguthaben im Inland. Es wird nicht vom Kapital gelebt. Im Gegenteil; gewöhnlich ist der Wert des Kapitalaktivums, das mit Hilfe der ausländischen Anleihe im Inland geschaffen wird, erheblich größer als der Wert der Anleihe.

Und das ist nicht alles. Angenommen, ein altes Land zieht Kapital vom Ausland zurück, und selbst weiter angenommen, daß die Eigentümer des Kapitals dann von diesem leben, daß sie amerikanische Effekten verkaufen und mit dem Erlös französischen Sekt zum unmittelbaren Verbrauch anschaffen, so ist selbst das noch kein Beweis dafür, daß das Land als Ganzes von seinem Kapital lebt. Andere seiner Bürger können sehr wohl zur gleichen Zeit im Inlande Kapitalvermögen schaffen, das jenes Vermögen, das früher im Auslande vorhanden war und nun durch die Champagnertrinker zerstört ist, mehr als aufwiegt. In populär-wissenschaftlichen Erörterungen wird dieser Punkt gewöhnlich übersehen. Wenn es, wie während der letzten beiden Jahre, vorkam, daß sich die britischen Kapitalguthaben im Ausland vermindert hatten, so wurde dies als Beweis dafür hingestellt, daß sich der Gesamtbestand des britischen Kapitals vermindert habe; dabei vergaß man ganz die erheblichen Neuanlagen, die zur gleichen Zeit im Inlande gemacht wurden. Wie Professor Cannan in beredtester Sprache dargelegt hat: — unser Land lebt nirgends und in keiner Weise von seinem Kapital, d. h. in deutlicheren Worten: es verringert nicht den Gesamtbestand seines Vermögens.

Die jährliche Zunahme unseres Gesamtvermögens ist allerdings in den letzten ein bis zwei Jahren — bei schätzungsweiser Berücksichtigung der Veränderung des Geldwertes — wahrscheinlich geringer gewesen als kurze Zeit zuvor. Jedermann weiß, daß die ganze Welt eine sehr ernsthafte Krise durchgemacht hat. Aber selbst während dieser ganz anormal schlechten Zeiten ist unser Gesamtvermögen größer und nicht kleiner geworden. Selbst in dem schlechtesten der Krisenjahre, 1931, für welches man einen Passivsaldo auf der Einkommenseite von £ 110 Mill. errechnete — wobei ein durch Goldexporte entstandener Gegenposten von £ 35 Mill. zu berücksichtigen ist —, wurde die gleichzeitige Zunahme der Kapitalinvestition im Inlande von Mr. COLIN CLARK auf £ 185 Mill. geschätzt; dabei gab es keinerlei Anzeichen dafür, daß etwa andere Posten des inländischen Kapitals erheblich in ihrem Wert gefallen wären. Unter diesem Gesichtspunkt ist es

also nicht allzu tragisch zu nehmen, wenn sich in unserer Zahlungsbilanz ein Passivsaldo ergibt und wenn das auch einen Rückgang unserer im Ausland unterhaltenen Kapitalien bedeutet.

Werden wir also behaupten, daß an dem ganzen beunruhigenden Gerede nichts gewesen wäre? Daß der Entschuldigungsgrund, der viele bedeutende Leute dazu geführt hat, in eine völlige Verkehrung unserer gesamten Finanzpolitik einzuwilligen — nur ein Entschuldigungsgrund — sozusagen nur eine Schaumschlägerei — gewesen sei? Die Antwort ist ein klares Nein! Es ist ganz richtig, daß in politischen Parteiprogrammen und in der Presse eine hoffnungslose Verwirrung herrschte. Die passive Handelsbilanz, die im Sinne eines Einfuhrüberschusses an Waren immer bestanden hat und die natürlich als solche bedeutungslos ist, wurde mit der passiven Bilanz auf der Einkommenseite verwechselt, von der ich sprach und die, wie ich sagte, jüngeren Datums ist. Zu dieser Verwirrung gesellte sich dann jene wunderliche Theorie, nach der jedes Pfund eingeführter Güter notwendigerweise den britischen Arbeitern Beschäftigungsmöglichkeiten im Werte von einem Pfund entziehe. Um nochmals einen Ausspruch von Professor CANNAN zu gebrauchen, der Augiasstall riecht sehr übel. Aber nichtsdestoweniger war außer und trotz alledem das unerwartete Vorkommen einer passiven Zahlungsbilanz wahrlich eine ernste Angelegenheit.

Und zwar aus zwei Gründen. Ganz abgesehen von den Schwierigkeiten der Umstellung auf die neue Lage, einmal deshalb ernst, weil es ein Anzeichen, nicht ein Grund, von schweren Verlusten war. So war das Passivwerden der Zahlungsbilanz teilweise darauf zurückzuführen, daß Leute, die uns im Ausland Zinsen schulden, jüngst sehr viel weniger als sonst gezahlt haben. — Durch Nichterfüllung von Verpflichtungen aus festverzinslichen Obligationen und durch mangelnden Ertrag in Anlagen mit wechselndem Gewinn. Man hat geschätzt, daß wir 1932 auf diese Weise £ 110 Mill. weniger erhalten haben als 1925. Infolgedessen sind wir gezwungen, entweder weniger einzuführen oder weniger Geld im Auslande anzulegen, was eine Verminderung unserer Kapitalguthaben unter dessen uns zur Verfügung stehenden Bestand bedeutet. Die passive

Tendenz unserer Zahlungsbilanz war ein Anzeichen dieser Vorgänge; und die sind wahre Mißgeschicke, so offenkundig in der Tat, daß ich darüber kein Wort mehr verlieren werde.

Der zweite Grund, weswegen die passive Tendenz der Zahlungsbilanz eine so ernste Sache war, ist verwickelter. Es war ernst, weil unter der Goldwährung der Vorgang der Anpassung an jene Veränderungen, die auf unsere Bilanz verschlechternd wirkten, Schwierigkeiten von der Geldseite mit sich brachte. Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß diese Schwierigkeiten nicht aus diesem oder jenem Stand der Zahlungsbilanz eines Landes entstehen, sondern bei dem Übergang aus dem einen Zustand in den anderen. Monetäre Schwierigkeiten ergeben sich nicht, wenn ein Land im Zusammenhang mit Anleihen aus dem Ausland in der Regel eine einigermaßen stabile Zahlungsbilanz hat.

Offenbar kann die bloße Tatsache einer passiven Zahlungsbilanz, für sich genommen, noch keine monetären Katastrophen zur Folge haben. Denn es war, wie ich sagte, für neue Länder immer die Regel, eine passive Bilanz zu haben; und trotzdem hat deren Geldsystem meist normal funktioniert. Die Geldschwierigkeiten, die um das Jahr 1931 herum unzweifelhaft zusammen mit der passiven Zahlungsbilanz auftraten, waren nicht aus dieser passiven Bilanz selbst entstanden, sondern aus Umstellungsmaßnahmen, die mit Rücksicht auf die ständig noch zunehmende Passivität der Bilanz notwendig wurden.

Lassen Sie mich Ihnen diesen Fall ausführlich schildern. Aus verschiedenen Gründen, die ich hier nicht auseinandersetzen will, erfuhr die Industrie der ganzen Welt im Jahre 1929 eine heftige Schrumpfung; diese Schrumpfung war von einem erheblichen Fallen der Goldpreise begleitet. Mitte 1929 stand der Index der Großhandelspreise für die Vereinigten Staaten auf 98. Ende 1930 war er auf 81 und im Juni 1931 auf $73\frac{1}{2}$ gefallen. Während eines Zeitraums von zwei Jahren war der Index im Mittel um nicht weniger als 2% monatlich gefallen. Diese ungeheure Preisbewegung, die ihren Anfang außerhalb Englands genommen hatte, mußte Rückwirkungen auf unser Land haben. Die Nachfrage des Aus-

landes nach englischen Ausfuhrsgütern fiel notwendigerweise sehr, während umgekehrt unsere Nachfrage nach Einfuhrsgütern angeregt wurde. Zur gleichen Zeit verminderten sich auch, wie ich schon sagte, die Zinszahlungen der Ausländer auf unsere ausländischen Guthaben sehr. So entstand eine ungewöhnlich große Lücke zwischen dem Wertbestand unserer Einfuhr und dem unserer Ausfuhr. Diese Lücke wurde teilweise durch eine Verminderung unserer ausländischen Kapitalanlagen ausgefüllt. Sie konnte jedoch nur durch Anwendung besonderer Hilfsmaßnahmen des Staates und der Zentralbank ganz ausgefüllt werden. Starke Goldabzüge des Auslandes traten in der Folge auf. In dem Maße, wie das Gold tatsächlich abfloß und die Staatsbank zur Verminderung dieses Abfließens einschritt, stiegen die Geldsätze, fielen die Preise, vergrößerte sich die Ausfuhr und schrumpfte die Einfuhr. Dies ist an sich der Mechanismus, durch den man normalerweise Passivitätstendenzen der Zahlungsbilanz ausgleicht. In einer völlig reibungslosen Welt würde dagegen gar nichts einzuwenden sein. Die Löhne würden sich von selbst der Preisbewegung anpassen; und wenn uns auch die im Ausland herrschende Depression durch eine entsprechende Verminderung der Nachfrage nach unserer Ausfuhr in gewissem Umfange schädigen würde, so würde doch die monetäre Lage ganz in Ordnung sein. Preise und Löhne würden sich in angemessener Weise angleichen und gleichzeitig langsam sinken. In Gold ausgedrückt würde alles weniger wert sein, aber das wäre hauptsächlich nur ein Buchungsvorgang. Die Welt ist gegenwärtig leider nicht ganz reibungslos. Die Maschinerie der Umstellungsvorgänge ist nicht gut geölt. Besonders dann arbeitet sie nicht sanft, wenn die Veränderungen, denen man sich angleichen muß, einen rapiden Abstieg bedeuten. Denn Abwärtsbewegungen der Lohnsätze und anderer Kosten stoßen auf starken Widerstand. Das erschüttert den Anpassungsmechanismus, und so entsteht eine schwere industrielle Depression. In der Zeit der großen Krise waren der schwere Preissturz in Verbindung mit der Tatsache, daß die Geldkosten nicht entsprechend fielen, die Hauptursache der katastrophalen Arbeitslosigkeit. Während der

beiden Jahre von Juni 1929 bis Juni 1931, als, wie ich sagte, die amerikanischen Großhandelspreise um 2% monatlich fielen, stieg hierzulande die Zahl der versicherten Arbeitslosen von etwas unter einer Million auf etwas über zwei.

Wenn wir uns nun überhaupt gegen die üblen Folgen der Ursachen für die schlechter werdende Zahlungsbilanz verteidigen wollten, so mußte man entweder anstreben, daß die Geldkosten mit den Preisen heruntergingen, oder die Abwärtsbewegung der Preise zum Stillstand kam. Das erste dieser Heilmittel war praktisch kaum durchzuführen. Man hat kürzlich viel über die Starrheit des Lohnsystems unter den modernen Bedingungen gesagt. Es wurde, meiner Meinung nach zu Recht, behauptet, daß durch den Starrsinn der Gewerkschaften, die nicht zulassen wollten, daß mit Rücksicht auf das starke Fallen der Preise auch die Löhne gesenkt wurden, die Arbeitslosigkeit einen erheblich größeren Umfang angenommen hatte, als nötig gewesen wäre. Doch angesichts der außerordentlichen Schnelligkeit des Preisfalles konnte vernünftigerweise von keinerlei Kostensenkungsmaßnahmen, selbst den durchgreifendsten nicht, erwartet werden, daß sie das Kostenniveau den Ereignissen anpassen würden. Ich sagte bereits, daß bis Juni 1931 der Index der amerikanischen Großhandelspreise innerhalb von 2 Jahren um ungefähr 25% gefallen war. Bei uns fiel die Indexzahl für Großhandelspreise nach dem Handelsamt von 82 auf 62, also annähernd 25%. Um besser zu begreifen, welch ungeheuerlicher Sturz dies war, vergleiche man ihn mit dem großen Preisfall von 1874 bis 1896. In diesem Zeitraum von 22 Jahren fiel das Preisniveau ungefähr um 40%. Das heißt, es fiel in einem Jahr weniger, als während der Krise des Jahres 1929 in einem Monat. Sich hiergegen durch Kostensenkung schützen zu wollen, wäre über die Kräfte jedes beliebigen Landes hinausgegangen, selbst über die der Vereinigten Staaten, in denen doch alle Maßnahmen so sehr viel durchgreifender sind als bei uns.

Da blieb also die zweite Art der Verteidigung übrig. Konnte das weitere Fallen der Preise aufgehalten werden? In den Zeiten des internationalen Goldstandards hätte das ein Land unter Auf-

rechterhaltung seines eigenen Goldstandards nur dann erreichen können, wenn entweder eine internationale Regelung die Bewertung des Goldes für die ganze Welt festgesetzt hätte, oder es in jenem Lande gelungen wäre, seinen eigenen Goldpreis gegenüber den Weltpreisen zu erhöhen. Die erste dieser Möglichkeiten will ich nicht erörtern. Es liegt offenbar außerhalb der Macht irgendeines Landes, in dieser Richtung für sich allein vorzugehen. Vor allem um die zweite Möglichkeit kreisten daher die Erörterungen der Wirtschaftler, bevor wir von der Goldwährung abgingen. Die Hauptschwierigkeit bestand darin, daß niemand in irgendeinem Stadium der Krise vorhersehen konnte, welche Richtung die Weltgoldpreise in Zukunft nehmen würden. Die Lage, der man sich gegenüber sah, war also undurchsichtig. Je nachdem, ob man erwartete, daß die Goldpreise in Kürze wieder steigen würden, oder daß sie auf ihrem damaligen Niveau stehen bleiben würden, oder daß sie noch weiter fallen würden, neigte man dieser oder jener Politik zu. So war es natürlich, daß über die anzuwendenden Maßnahmen erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestanden. Einige maßgebende Personen glaubten, am ungefährlichsten werde es sein, überhaupt nichts zu unternehmen, denn jeder Versuch, das Fallen der Preise aufzuhalten, würde nur die Starrheit der Kostensätze verstärken, so daß dadurch im Endergebnis die Kluft zwischen Preisen und Kosten eher erweitert als verkleinert werden würde. Andere riefen nach positivem Eingreifen und befürworteten die Anwendung bald der einen, bald gleichzeitige Anwendung beider der folgenden Abwehrmaßnahmen:

Die erste war: freie Goldabgabe der Bank von England, ausgeglichen durch Ankäufe in gleicher Höhe auf dem Anleihemarkt, so daß trotz des Goldabflusses der Kredit im Inland nicht eingeschränkt würde. In den Jahren 1926 bis 1929 wurde diese Methode von der Bank von England tatsächlich in größerem Umfang angewandt. Als eine Verteidigungsmaßnahme gegen Schwankungen infolge ausländischen Druckes mag sie natürlich wirksam sein. Sie gibt ein Polster, das die Erschütterungen durch nur kurze Zeit anhaltende Veränderungen der Lage absorbiert. Aber

gegenüber einer anhaltenden Passivitätstendenz vermag sie nichts auszurichten. Wenn die Goldwährung aufrechterhalten werden soll, kann man angesichts eines anhaltenden Fallens der Weltpreise nicht verhindern, daß das Preisniveau auch im Inland fällt. Überdies wird der Überschuß der Einfuhr und im Zusammenhang damit das Abfließen des Goldes, selbst wenn die sinkenden Welt handelspreise sich stabilisieren, weiter anhalten, wenn das normale Korrektiv einer zu großen Einfuhr, der Goldstandard, zwar herrscht, aber nicht angewendet wird.

Die zweite Waffe, zu der man greifen wollte, ist für unser gegenwärtiges Vorhaben bedeutsamer. Es wurde behauptet, daß durch Erhebung von Einfuhrzoll — und noch mehr durch Einfuhrzölle, in Verbindung mit Ausfuhrprämien — die passive Zahlungsbilanz soweit verbessert werden könnte, daß die Neigung zum Goldabzug sich verringere und die inländischen Preise — und zwar nicht nur die Preise der mit Zoll belasteten Importwaren, sondern alle Preise — im Verhältnis zu den Weltpreisen steigen würden.

Betrachten wir in diesem Zusammenhang den Fall der Erhebung eines allgemeinen Einfuhrzolls bei gleichzeitiger Gewährung einer allgemeinen Ausfuhrprämie von, sagen wir, 10%, wie dies von Mr. Keynes vorgeschlagen wurde. Der in diesem Plan vorgesehene Einfuhrzoll würde zur Wirkung haben, die Handelspreise zu verbessern und gleichzeitig den Umfang des Handels zu verringern. Die Exportprämie würde in diesen Beziehungen genau die gegenteiligen Wirkungen ausüben. Abgesehen von der Tatsache, daß einige Einfuhrgüter nicht als Bezahlung für Ausfuhrgüter hereinkommen, würde der Plan als Ganzes mit Bezug auf Handelspreise und Umfang des Handels von neutraler Wirkung sein. Beide würden gar nicht davon berührt werden. Aber obwohl die beiden Teile des Planes in dieser Beziehung in entgegengesetzten Richtungen wirken, haben sie für die monetäre Lage gleichartige Folgen! Der Einfuhrzoll bewirkt, indem er die Einfuhr drosselt und die Ausfuhr unberührt läßt, daß Gold ins Land gezogen wird und die erwähnte Lücke sich auf diese Weise verkleinert.

Die Ausfuhrprämie hat, indem sie die Ausfuhr vergrößert und die Einfuhr unberührt läßt, ebenfalls zur Folge, daß Gold ins Land gezogen wird. So übt dieser Plan, ohne die eigentlichen Bedingungen des Handelsverkehrs zu verändern, in dem Lande, das ihn, um sich gegen die Welthandelspreise zu schützen, durchführt, in doppelter Weise einen Druck auf das Steigen der Inlandspreise aus.

Ich befasse mich hier nicht damit, die Verdienste dieses Planes als eines praktischen politischen Vorschlages zu erörtern. Ein mir bekannter hervorragender Mann des öffentlichen Lebens wünschte, daß jener Plan angenommen und so lange durchgeführt werde, bis das Preisniveau von 1929 wiederhergestellt sei; dann sollte er außer Kraft gesetzt werden. Er spaltete seine eigene Person in origineller Weise in eine wirtschaftliche und eine politische Hälfte. Wenn er mit der Stimme des Wirtschaftlers sprach, so war es, wie er behauptete, seine Pflicht, zu vergessen, daß die Politiker dies Programm sicher nicht in der Praxis durchführen würden. Für meinen vorliegenden Zweck will ich jetzt seinem Beispiel folgen und Ihre Aufmerksamkeit ausschließlich auf die wirtschaftliche Seite des Planes lenken. Dabei ist vor allem folgendes zu bemerken. Der Plan war sicherlich geeignet, das englische Preisniveau über dem Weltpreisniveau zu halten, ohne daß man den Goldstandard hätte aufgeben müssen. Wenn also das Weltpreisniveau feststehend wäre, aber, von unserem Standpunkt aus, etwas zu niedrig stand, so hätte der Plan dies endgültig in Ordnung bringen können — bis auf eine Schwierigkeit. Diese besteht darin, daß es, wenn unser Preisniveau sich absolut erhöht, zu höheren Lohnforderungen kommen würde, und soweit diese bewilligt würden, wäre dann die Beseitigung der Gleichgewichtsstörung zwischen Geldpreisen und Geldkosten — das letzte Ziel des Planes — nicht erreicht worden. Doch kann man hiergegen mit Recht einwenden, daß diese Wirkung sich bei einer anormal großen Arbeitslosigkeit nicht fühlbar machen würde. Falls also die Weltpreise „zu niedrig“, aber nicht noch fallend gewesen wären, würde jener Plan seinen Zweck erfüllt haben. Wenn aber die Weltpreise nicht nur zu tief, sondern noch weiter im Fallen begriffen wären, dann

könnte der Plan zwar die inländischen Preise im Verhältnis zu den Auslandspreisen in die Höhe treiben, aber er könnte sie keinesfalls im absoluten Sinne steigern. Soweit das ausländische Preisniveau weiter fallen würde, müßte auch unser Preisniveau, nach einer momentanen Gegenbewegung, weiter fallen. Um das zu verhindern, bedürftten wir nicht eines feststehenden Einfuhrzolles und einer feststehenden Ausfuhrprämie, sondern eines Satzes, der sich laufend in dem Maße erhöhte, wie die Weltpreise fallen würden — eine Regelung, die ungeheure praktische Schwierigkeiten hätte. Dieser Plan des Einfuhrzolles und der Ausfuhrprämie hatte daher sehr viel mehr Anziehungskraft für Leute, die annahmen, daß das Welt-Preisniveau seinen tiefsten Stand erreicht hätte und zum Stillstand gekommen wäre, als für diejenigen, die einen weiter fortschreitenden Preisfall voraussahen.

Ich habe über diesen Vorschlag, fallende Preise durch Eingreifen in die Gestaltung der Zahlungsbilanz aufzuhalten, deshalb so ausführlich gesprochen, weil er ein gewisses akademisches Interesse hat. Aber beileibe nicht allein dies! Nicht nur in England, sondern in einem großen Teil der Welt bemühten sich die Regierungen, bevor wir vom Goldstandard abgingen, durch Verbesserung der Zahlungsbilanz gleichzeitig ihr Preisniveau zu behaupten und an dem Goldstandard festzuhalten. Dies ist der Hauptgrund der vielen hohen Zölle, Kontingentierungen, Währungskontrollen und ähnlichen Beschränkungen, die in den letzten drei Jahren so sehr ins Kraut geschossen sind. Die gewöhnlichen schutzzöllnerischen Motive sind dabei natürlich auch mit am Werk gewesen, aber der Hauptbeweggrund war, wie Mr. Hawtrey gut gesagt hat, der Wunsch, die Währung ganz oder möglichst in der Nähe der Goldparität zu halten, und zwar angesichts einer Goldsituation, welche diese Anstrengung ohne jede Einschränkung der Einfuhr unerträglich machen würde — unerträglich wegen des Druckes, der auf die Preise ausgeübt werden würde. Die Tragödie hierbei war die, daß diese Politik, obwohl sie für ein einzelnes Land ihren Zweck erreichen könnte, für die Welt als Ganzes unmöglich dienlich sein kann. Kein Land kann seine

Zahlungsbilanz in dem hier verstandenen Sinne anders verbessern, als auf Kosten der Zahlungsbilanz anderer Länder. Wenn jeder für sich versucht, die Einfuhr im Verhältnis zur Ausfuhr zu steigern, muß dies allen zusammen mißlingen. Das erstrebte Ziel wird nicht erreicht, aber als Nebenwirkung der Anstrengung schrumpft der Umfang des Welthandels, sowohl der Einfuhr wie der Ausfuhr, enorm zusammen, und der Umfang der Arbeitslosigkeit steigt entsprechend.

Nach diesem kurzen und niederdrückenden Ausblick auf die übrige Welt wollen wir zu den Ereignissen im Inlande zurückkehren. Im Sommer 1931 folgte dem wirtschaftlichen Verfall ein finanzieller Zusammenbruch. Von Österreich fiel der Schlag über Deutschland auf London. Im September gab das Parlament den Goldstandard auf, indem es die Ausfuhr von Gold — ausgenommen mit besonderer Erlaubnis — gesetzlich verbot und den Gold-einlösungszwang für die Noten des Schatzamtes und der Bank von England aufhob. Mit einem Hieb war damit das Band zerschnitten, das unser Preisniveau an das Weltpreisniveau des Goldes band. Eine passive Zahlungsbilanz vermochte nicht länger mehr unsere Währungsreserven ins Ausland abzuziehen und auf diese Weise hohe Diskontsätze und niedrige Preise hervorzurufen. Die ganze Lage war verwandelt. Über die Natur dieser Verwandlung hat allerdings eine schlimme Verwirrung geherrscht. Einige Autoren schrieben, als ob sich in einem Lande ohne Goldstandard jede Art von Verpflichtungen gegenüber dem Auslande immer automatisch durch Bewegungen des Wechselkurses regeln lasse. Das stimmt nicht. Wenn die Auslandsverpflichtung auf ausländische Währung lautet, kann es für das Schuldnerland absolut unmöglich sein, diese zu bezahlen, mag der Wechselkurs der eigenen Währung steigen oder fallen und mag das betreffende Land noch so viel exportieren. Richtig ist allerdings, daß England in der Lage, in der es sich 1931 befand, die passive Tendenz der Zahlungsbilanz einfach durch Senken des Wechselkurses beseitigen konnte, während dies unter dem Goldstandard nicht ohne gleichzeitiges Fallen der Preise möglich gewesen wäre. Lassen Sie es mich noch anders ausdrücken: Solange der Goldstandard in Kraft war, hatte ein fallendes

Preisniveau im Ausland ein Fallen des hiesigen Preisniveaus notwendig zur Folge, es sei denn, daß man zu Gegenmaßnahmen schritt. Der Grund dafür ist der, daß sich der zwischen dem englischen und ausländischen Geld bestehende Wechselkurs nur innerhalb der engen Grenzen der Goldpunkte bewegen konnte. Anders bei Durchbrechung des Goldstandards; dann kann der Wechselkurs von diesen Grenzen unbehindert fluktuieren. Jede Differenz zwischen den englischen Preisen und denen des Auslandes ist alsdann bei entsprechender Anpassung des Wechselkurses erträglich. Ein Fallen der ausländischen Goldpreise zieht dann nicht notwendig ein Fallen der englischen Preise nach sich; denn diese können dann bei entsprechender Herabsetzung des Goldwertes des englischen Geldes konstant bleiben. Wenn man daher das inländische Preisniveau vom Weltpreisniveau vollständig unabhängig machen wollte, so bedürfte man dazu nicht mehr eines Einfuhrzollens oder ähnlicher Mittel. Dasselbe Ziel könnte ohne all dies erreicht werden. Allerdings nicht, wenn die ausländischen Goldpreise weiter fallen würden — dann vielmehr nur auf Kosten weiter fallender Wechselkurse. Jeder, der diese Kurse unter Kontrolle halten möchte, hat daher Grund, für Zölle einzutreten. Aber jenes alte Argument, daß diese notwendig seien, um unser Preisniveau aufrechtzuhalten — das allgemeine Preisniveau, nicht nur das der verzollten Güter —, wäre dann hinfällig. Gleichzeitig würden Maßnahmen, wie z. B. die öffentliche Arbeitsbeschaffung, die man zu diesem Zweck anwenden würde, von Erfolg sein, was unter dem Goldstandard angesichts fallender Welthandelspreise kaum möglich gewesen wäre. Die Regierung hat in dieser Lage, um eine Erhöhung unseres Preisniveaus zu fördern, mit den besten Absichten zweierlei getan. Einerseits erhob sie einen Einfuhrzoll, der nunmehr zwecklos ist. Andererseits empfahl sie, von einer Vergrößerung der Ausgaben für die öffentliche Arbeitsbeschaffung weit entfernt, den örtlichen Behörden Sparmaßnahmen, die unvermeidlich ein weiteres Absinken der Preise verursachen mußten.

IV.

Inflation, Deflation und Reflation.

Die Schriftsteller, die den Begriff Inflation verwenden, geben dafür selten eine genaue Definition. Im allgemeinen verstehen sie darunter „ein zu schnelles Ansteigen in der Menge des Umlaufs- oder Bankgeldes“, „einen Überfluß an Umlaufsgeld“, „einen Überfluß an Bankgeld“ usw. Aber alle Begriffsbestimmungen dieser Art nehmen stillschweigend Bezug auf eine angenommene Geldlage, die kein „zu schnelles Ansteigen“ oder „keinen Überfluß“ zeigt; solange sie nun diese angenommene Lage nicht genau beschrieben haben, bleiben sie unklar. Deshalb muß man untersuchen, wie eine von Inflation gänzlich freie Geldlage aussehen oder, um die Frage konkreter zu stellen, welche Kriterien erfüllt sein müßten, um uns davon zu überzeugen, daß eine Inflation vorliegt oder nicht.

Eine mögliche Verwendung des Begriffes wäre in der direkten Bezugnahme auf Preise gegeben. Unter Zugrundelegung der Theorie, die behauptet, daß es immer möglich ist, durch genügende Verminderung des Umlaufs- und Bankgeldes eine Preissteigerung und ebenso durch genügende Ausweitung einen Preisfall zu verhindern, könnten wir sagen, daß die Umlaufs- und Bankgelder inflationiert sind, wenn die allgemeinen Preise steigen, daß sie sich dagegen in Deflation befinden, wenn die allgemeinen Preise — gemessen auf Grund irgendeines Übereinkommens — sinken. Aber wenn eine solche Anwendung der Begriffe auch gewisse Vorzüge haben würde, so bedeutet sie doch eine wesentliche Abweichung von der üblichen Auffassung. Denn fast jeder, der von Inflation redet, denkt unklar an irgendeinen „Fehler auf der Geldseite“. Jedoch sind einige Veränderungen der allgemeinen Preisverhält-

nisse augenscheinlich durch „Fehler auf der Wareseite“ bedingt, und es wäre doch paradox zu sagen, das Geld sei „inflationiert“, wenn es lediglich nicht imstande war, eine Veränderung zu verhindern oder aufzuheben, die von einem anderen Punkte ausging. Darum muß Inflation etwas anderes bedeuten als nur das Versagen gegenüber einer Preissteigerung von der Geldseite her — z. B. im Falle eines ungeheuren Mangels an Waren. Wenn das nicht so wäre, müßten wir manchmal selbst dann sagen, es herrsche eine Inflation, wenn die tatsächliche Geldmenge im schnellen Abnehmen begriffen wäre.

Wenn wir uns an den Sprachgebrauch halten wollen, dann dürfen wir den Begriff Inflation nicht in diesem Sinne verwenden. Es ist eine unerläßliche Bedingung für das Bestehen einer Inflation, daß die Geldmenge — Bank- oder Umlaufgeld oder beides — ausgedehnt wird. Deshalb ist aber Inflation nicht, wie man gewöhnlich meint, ein anderer Name für Ausdehnung. In der aufsteigenden Bewegung eines normalen Konjunkturverlaufs, ja sogar im Aufschwung der Beschäftigung während der Feriensaison, wird die für die Öffentlichkeit verfügbare Geldmenge immer ausgedehnt. Das bezeichnen wir aber nicht als Inflation. Alle Inflationen sind, kurz gesagt, Ausweitungen, aber nicht alle Ausweitungen sind Inflationen; gerade wie der Umfang eines Mannes sich ausdehnt, sowohl indem er heranwächst wie auch wenn er ein Faß Bier trinkt; aufgebläht ist er aber nur im zweiten Fall. Welche Ausweitungen sind also Aufblähungen, Inflationen? In einem modernen Gemeinwesen, in dem die Bankiers, falls sie keinen Beschränkungen unterworfen sind, in Übereinstimmung mit anerkannten Regeln und Gebräuchen handeln, könnten wir vielleicht zwischen solchen Ausdehnungen unterscheiden, die durch offene Einmischung der Regierung in den Bank- und Geldapparat verursacht werden, und solchen, bei denen das nicht der Fall ist. Wenn sich das Bankgeld unter dem direkten Einfluß eines plötzlich ansteigenden Geschäftsvertrauens vermehrt und dabei alle die üblichen gesetzlichen Sicherheitsmaßnahmen für den Bankverkehr und die Notenausgabe aufrechterhalten werden, so gibt es keine

Inflation, wie groß die auftretende Ausdehnung auch sein mag. Eine Inflation liegt nur insoweit vor, als die Ausdehnung durch ein konkretes Eingreifen der Regierung in die Ordnung des Geld- und Bankwesens größeren Umfang annimmt, als es sonst der Fall gewesen wäre. Diese Begriffsbestimmung stimmt mit den üblichen Vorstellungen einigermaßen überein, doch birgt sie zwei ernsthafte Schwierigkeiten.

Die erste davon ist die, daß der Begriff „Eingreifen der Regierung in die Ordnung des Geld- und Bankwesens“ mehrdeutig ist. Zweifellos sind bestimmte Handlungen der Regierung keine Einmischung in diesem Sinne. Das gilt für Anleihen der Regierung bei den Banken, falls dieses Entleihen auf dem gewöhnlichen Geschäftswege vor sich geht und falls es nicht von irgendwelchen, ausdrücklich oder stillschweigend gegebenen politischen Zusicherungen begleitet ist. Andere Regierungshandlungen dagegen sind zweifellos derartige Einmischungen. Hierunter fällt die Ausgabe von 1-Pfund-Sterling- und 10-Schilling-Schatzanweisungen während des Krieges. Aber zwischen diesen beiden Extremen liegt ein weites, unklares Gebiet. Die Regierung borgt z. B. bei den Banken oder nimmt ihre Hilfe anderweitig in Anspruch, um ihre Finanzpolitik durchzuführen. Wenn die Banken diesen Wünschen nachkommen, so schafft allein diese Tatsache ein stillschweigendes Übereinkommen, wonach die Regierung ihrerseits den Banken durch weitere Ausgabe von Schatzwechseln oder auf andere Weise zu Hilfe kommen wird, wenn diese sich infolge ihrer Zuvorkommenheit selbst Schwierigkeiten gegenübersehen sollten. Andererseits hat im Kriege die Regierung die Bank von England indirekt vor einem Goldabzug gerettet, indem sie die bei uns vorhandenen amerikanischen Effekten anforderte und sie zur Stützung der Währung benutzte; dadurch verschaffte ihr die Regierung geradezu die Möglichkeit, eine viel größere Anzahl von Depositen zu halten, als sie es sonst gekonnt hätte. Das war natürlich ein weitgehendes Eingreifen in die privaten Besitzverhältnisse. War es aber eine Einmischung in die Ordnung des Geld- und Bankwesens? Und lag eine solche Einmischung vor, als die Regierung es durch eine

Propaganda unternahm, das Publikum davon zu überzeugen, daß es „unpatriotisch“ sei, von der Bank von England die Erfüllung der Einlöschungspflicht zu verlangen? Es ist ganz unmöglich, diese Fragen nach starren Grundsätzen zu lösen.

Die zweite Schwierigkeit ergibt sich daraus, daß das Bankrecht in manchen Ländern viel elastischer ist als in anderen. Zum Beispiel konnte die Bank von England vor 1928 in dem Vereinigten Königreich Noten auf fiduziarischer Grundlage über einen bestimmten Betrag hinaus nur ausgeben, wenn der Bank Charter Act außer Kraft gesetzt wurde. Die Außerkraftsetzung dieses Gesetzes war jedoch eine klare Gesetzeswidrigkeit. Im Vorkriegs-Belgien gab es ein ganz ähnliches Bankgesetz wie in dem Vereinigten Königreich, es enthielt jedoch eine Klausel, durch die der Finanzminister ermächtigt wurde, das Gesetz unter bestimmten Voraussetzungen außer Kraft zu setzen. Diese Regelung wurde dann durch den Currency-Act von 1928 auch in England eingeführt. Wenn der Minister die Klausel anwendet, so handelt er nicht gesetzwidrig, obgleich man vielleicht sagen kann, daß hier eine Einmischung der Regierung in das Geld- und Bankwesen vorliegt. Im Vorkriegs-Deutschland wiederum war eine Erweiterung der Notenausgabe über die normalen Grenzen hinaus ohne Mitwirkung der vollziehenden Gewalt unter der Bedingung möglich, daß eine bestimmte festgesetzte Steuer für die Sonderausgabe gezahlt wurde. Man kann in diesem Falle unmöglich von einer Einmischung der Regierung sprechen. Dies soll genügen, um Ihnen die Schwierigkeit deutlich zu machen. Wenn man die Begriffsbestimmung der Inflation darauf abstellt, ob die zu irgendeiner Zeit bestehende Lage des Bankwesens und der Währung durch Einmischung der Regierung in diese Gebiete zustande gekommen ist oder nicht, so ergibt sich, daß bei genau der gleichen Lage der Dinge in einem Lande Inflation herrschen kann, in einem anderen aber nicht. Ja, daß sogar in ein und demselben Land heute eine „Inflation“ bestehen kann, die durch eine Gesetzesänderung von morgen keine solche mehr ist. Augenscheinlich läßt eine Definition, die derartigen Veränderungen unterworfen ist, viel zu wünschen übrig.

Wenn man all dies bedenkt, scheint der einzig befriedigende Weg zu einer Begriffsbestimmung der Inflation der zu sein, ein Verzeichnis der verschiedenen Arten von Handlungen anzulegen, die für die Zwecke der Begriffsbestimmungen als Einmischung der Regierung in das Geld- und Bankwesen betrachtet werden sollen, und deren Folgen dann Inflation zu nennen. Auf diese Weise könnten wir dem Wort eine präzise Bedeutung geben. Ich bezweifle aber, ob sich das lohnen würde. Jedenfalls werde ich es nicht versuchen, sondern werde eingeständenermaßen eine gewisse Unklarheit über diesen grundlegenden Begriff bestehen lassen.

Obgleich die genauen Grenzen des Begriffes Inflation nicht festgelegt sind, so ist doch innerhalb jener Grenzen zwischen zwei Arten der Inflation ein klarer Unterschied aufweisbar. Wenn wir uns die Inflation einmal als eine Krankheit der Währung vorstellen wollen, so können wir zwei deutlich verschiedene Arten des Krankheitsverlaufs unterscheiden. Entscheidend ist immer die Frage: wird das Publikum unruhig werden; wird es dem Staatsgeld eines Tages mißtrauen und versuchen, es gegen wertbeständigere Dinge einzutauschen; oder wird es das Steigen der Preise für eine vorübergehende Erscheinung halten, der alsbald eine Gesundung folgen wird? In dem ersten Stadium der großen deutschen Inflation verhielt sich die Öffentlichkeit wie in dem letzteren Fall. Es trat keine Flucht vor der Mark ein. Im Gegenteil, viele Spekulanten kauften sie für den Fall eines Wiederansteigens. Die Umlaufgeschwindigkeit verringerte sich: der Preisanstieg blieb verhältnismäßig hinter dem Ansteigen der Geldmenge zurück. Aber in den späteren Abschnitten der Inflation — bei den ungeheuren, zur Finanzierung des passiven Widerstandes an der Ruhr dienenden Budgetentnahmen — verkehrte sich diese Einstellung ins Gegenteil. Die Leute fürchteten einen Zusammenbruch; sie wollten die Mark um keinen Preis behalten. Die Umlaufgeschwindigkeit stieg ungeheuer. Die Preise stiegen verhältnismäßig schneller als die Geldmenge. Die Erkrankung steigerte sich in sich selbst, sie überstürzte sich. Eine Inflation im Galopptempo hatte eingesetzt, eine Krankheit der Währung mit tödlichem Ausgang. Aber nicht jede Inflation

muß ins Galopptempo übergehen. In Frankreich war es z. B. anders. Der Franken verlor vier Fünftel seines Goldwertes, es entstand jedoch keine Panik. Ob eine Katastrophe eintritt oder nicht, hängt teilweise von der Haltung und sogar von den Gesten der Politiker ab. Poincarés Persönlichkeit war für den Franken ein Stützpfiler. Noch mehr hängt es aber natürlich von den jeweils besonderen Umständen ab. Die Mark wurde durch die unerträglichen Geldentzüge zur Finanzierung des Ruhrwiderstandes zu Fall gebracht durch die offenbare Unmöglichkeit, inmitten einer feindseligen Welt der Reparationsverwicklungen Herr zu werden. Die im August 1931 von Mitgliedern der britischen Regierung häufig ausgesprochenen Voraussagen: wenn Großbritannien vom Goldstandard abginge, werde das Pfund Sterling unweigerlich genau wie die Mark in die Tiefe stürzen, und die Preise würden zu einer unvorstellbaren Höhe ansteigen, jene Vorhersagen waren, wie später die Tatsachen bewiesen haben, ohne jede Berechtigung.

So viel über die Bedeutung des Wortes Inflation. Wie steht es mit der Deflation? Ist sie einfach das Gegenteil von Inflation? Ungefähr können wir das sagen. Gemeinhin ist mit dem Wort sicherlich nicht jede Zusammenziehung der Geldmenge, noch weniger jedes Fallen des Preisniveaus gemeint. Eine Zusammenziehung, die die absteigende Bewegung eines gewöhnlichen Konjunkturverlaufs begleitet, ist keine Deflation. Dagegen liegt eine Deflation vor, wenn die Verminderung aus einem bewußten politischen Eingreifen herrührt, das außerhalb des normalen Verlaufes liegt. Man mag zwar in diesem Fall das politische Eingreifen gelegentlich der Initiative der Zentralbank eher zuschreiben können als derjenigen der Regierung, was bei einer Inflation kaum denkbar ist. Aber dieser Unterschied ist praktisch unwesentlich. Zentralbank und Regierung sind sich hierüber wohl immer einig. Sicherlich war es in neuerer Zeit bei uns so. Insoweit die Bank von England vor 1925 einen hohen Diskontsatz aufrechthielt, um das Pfund Sterling in Parität mit dem Dollar zu bringen, war die darauf beruhende Verminderung der Geldmenge Deflation; als sie nach Aufgabe des Goldstandards im Jahre 1931 den Diskontsatz zur

Stützung des Währungskurses auf 6% hielt, handelte es sich auch um eine Deflation. Einige Volkswirte möchten vielleicht noch hinzufügen, daß auch insofern eine Deflation vorlag, als die Regierung in den letzten zwei Jahren örtliche Behörden verhinderte, Geld zu borgen und auszugeben, weil man das für das Pfund Sterling von Vorteil hielt. Ich finde es aber besser, diesen Ausdruck auf handelspolitische Maßnahmen zu beschränken, welche in direkter Weise auf die monetäre Lage Einwirkung nehmen und ihn nicht für jene Umwege anzuwenden.

Nachdem ich nun vielerlei über die Bedeutung dieser beiden Worte gesagt habe, wollen wir uns zunächst fragen, ob irgendeine allgemeine Feststellung über die Art und Weise des Auftretens jener beiden Vorgänge möglich ist. Für die Inflation fällt die Antwort nicht schwer. In allen wichtigen Fällen war des Übels Wurzel die gleiche: starke Belastung des Regierungsbudgets; die Unmöglichkeit, durch Steuern oder gewöhnliche Anleihen genügend Einnahmen für die Staatsausgaben sicherzustellen und immer neue Kreditschöpfung durch die Zentralbank zugunsten des Staates¹⁾. Das Ausgeben dieses neuen Kredits weitet die Bilanzen der anderen Banken aus und veranlaßt sie zu vermehrter Ausleihetätigkeit. Meistens wurde dadurch die Bereitstellung von zusätzlichen Umlaufmitteln notwendig, damit die Banken die ihnen vorgelegten Schuldrückforderungen zum Inkasso nehmen konnten. Das bedeutete, daß immer mehr nicht einlösbare Banknoten gedruckt werden mußten. Der ursprüngliche Anlaß war in jedem Falle nicht, wie manchmal ungenau behauptet wird, das unausgeglichene Budget als solches, sondern ein unausgeglichenes Budget in einer Situation, in der Defizite nicht durch ordentliche öffentliche Anleihen gedeckt

1) Mr. Hawtrey hat aufgezeigt, daß Budgetdefizite durch kurzfristige Schatzwechsel, die an die Banken verkauft werden, ohne Hervorufung einer Inflation finanziert werden können, vorausgesetzt, daß andere Bankanleihen so weit eingeschränkt werden, daß keine neue Kreditschöpfung durch die Zentralbank nötig wird (Trade Depression and the way out, p. 138). In diesem Falle würde die Öffentlichkeit tatsächlich der Regierung keine neuen Anleihen geben, sondern sich damit abfinden, daß an ihrer Stelle die Banken der Regierung Anleihen geben.

werden konnten oder tatsächlich nicht gedeckt wurden und deshalb durch neue Geldschöpfung ausgeglichen werden mußten. Dieser Punkt ist sehr wichtig. Wenn in einem Lande die Regierung das Vertrauen der Öffentlichkeit hat, können mäßige Defizite im Budget einander durch längere Zeiträume hindurch folgen, ohne daß eine Inflation einsetzt. Sie sind zwar immer Anzeichen einer Gefahr, können aber harmlos bleiben, wenn die allgemeine Lage nicht besonders angespannt ist.

Wie Deflationen — in dem von mir angewendeten Sinne des Begriffs — entstehen, läßt sich ebenfalls leicht erklären. Nie kann einer Regierung gegen ihren Willen eine Deflation so aufgezwungen werden wie eine Inflation bei Budgetschwierigkeiten. Niemals wird eine Regierung oder Zentralbank bei stabilen Verhältnissen eine Deflation um ihrer selbst willen ins Werk setzen. Ich bezweifle, ob eine Deflation überhaupt jemals lediglich zur Beseitigung einer Preissteigerung inszeniert werden wird: denn die Besitzer festverzinslicher Werte, die hiervon Nutzen haben würden, sind nicht zahlreich genug vertreten. Deflationen sind immer mit dem Wunsch begründet worden, eine früher bestehende Parität zwischen der eigenen Landeswährung und dem Wert des Goldes oder — was manchmal dasselbe bedeutet — den Währungen anderer Länder wiederherzustellen. So haben wir nach den napoleonischen Kriegen und nach der Aufhebung der Metallgeldzahlungen darum gekämpft, den Sterling wieder auf seine alte Goldparität zu bringen. Genau so war es 1925. Franzosen und Italiener wollten sich nach dem Kriege einige Jahre lang in derselben Richtung bemühen; doch kamen sie durch ihre schwierigere Lage nie dazu, die Durchführung des Projektes ernsthaft zu versuchen. Es gibt für eine Regierung oder Zentralbank nur diesen einen Beweggrund, eine Deflation absichtlich in Gang zu setzen. Die deflationistische Aktivität der britischen Regierung mit ihren Sparsamkeitsmaßnahmen nach dem September 1931 war sicherlich nicht absichtlich. Es war nicht beabsichtigt, die Geldmenge zu verkleinern und die Preise zu senken. Was geschah, war eher die Folge eines unglücklichen Zusammentreffens von Mißverständnissen.

Meine Ausführungen über Inflation und Deflation waren nur einleitender Art. Mein Hauptinteresse gilt einer dritten Sache, der Reflation. Ein Reflationist ist ein Mensch, der ein wesentlich gesunkenes Preisniveau durch geldliche Maßnahmen ganz oder annähernd wieder auf seinen vorherigen Stand gehoben wissen will. Die Reflation ist also ein besonderer Fall der Inflation, eine Inflation, die bei bestimmten besonderen Gelegenheiten, mit einem besonderen Zweck und unter vorherbestimmter Begrenzung unternommen wird. Für Inflation und Deflation habe ich Ihnen kaum mehr als eine Begriffsbestimmung gegeben. Für den begrenzteren und neueren Begriff der Reflation will ich mir ein weiteres Ziel stecken: ich werde versuchen, ihn vom sozialpolitischen Standpunkt zu betrachten.

Man beginnt am besten mit einer ausführlichen Darlegung der schlimmsten Übelstände, mit denen die schweren Abstürze des allgemeinen Preisniveaus verknüpft sind. Es gibt deren vier. Erstens sind diese Preisfälle häufig nicht von einer entsprechenden Senkung der Löhne begleitet, weil die Geldlöhne nicht ohne weiteres veränderlich sind; das bedeutet, daß die Produktionskosten im Verhältnis zu den Verkaufspreisen steigen und, falls nicht vorher ein großer Mangel an Arbeitskräften bestand, führt dies zu erheblicher Arbeitslosigkeit. Zweitens müssen private Schuldner mit festen Zinsverpflichtungen sowohl für Zinsen als für Kapital viel größere Realverpflichtungen tragen, als sie bei Aufnahme der Schulden in Rechnung gestellt hatten — z. B. sind Landwirte dann vor allem in der Verwendung ihrer Produkte eingeengt. Soweit es sich um Inlandsschulden handelt, findet die verschlechterte Lage der Schuldner zweifellos einen arithmetischen Ausgleich in einer entsprechend verbesserten Lage der Gläubiger, aber das besagt nicht, daß kein Schaden entstanden wäre. Nicht nur werden rechtmäßige Erwartungen weitgehend zerstört; es kann auch sehr gut vorkommen, daß ernsthafte Störungen des Wirtschaftslebens durch Hypothekenkündigungen und Konkurse stattfinden. Drittens: wenn die Regierung oder die Bürger eines Landes für Reparationen oder Zins- und Amortisationszahlungen auf An-

leihen Zahlungen an das Ausland leisten müssen, so wird sich die reale Last des an das Ausland zu bewirkenden Transfers erhöhen, soweit diese Zahlungen in dem wertgesteigerten Gelde ausgeführt werden müssen. Dies ist, vom nationalen Standpunkt gesehen, schlimmer als die Vergrößerung des realen Wertes der Inlandsschulden. Viertens lauten die Verpflichtungen der Regierung an die Besitzer von Krieganleihen und an Pensionsberechtigte auf die nationale Währung und können meistens nicht sofort konvertiert werden. Zur Erhöhung ihrer Einnahmen ist die Regierung daher gezwungen, einen viel größeren Teil vom Einkommen ihrer Bürger an Steuern einzufordern als bisher. Die technische Aufgabe der Finanzierung des Staatshaushalts wird also weiter erschwert.

Dies sind, wie ich sagte, die schlimmsten Übelstände, die mit starken Senkungen des allgemeinen Preisniveaus verknüpft sind. Nach ihrer Beschreibung ergibt sich jedoch, daß nicht jede Senkung des allgemeinen Preisniveaus diese Übel mit sich bringt: z. B. tun dies solche Senkungen des Preisniveaus nicht, die durch Verbesserungen der industriellen und landwirtschaftlichen Technik entstehen, denn hier können die Geldlöhne aufrechterhalten werden, ohne daß eine Störung des Gleichgewichts zwischen Verkaufspreisen und Produktionskosten eintritt; diese Preisstürze bedeuten daher keine Gefahr für den Bestand der Beschäftigung. Obgleich zweifellos die reale Last der privaten und Regierungsschulden, soweit sie Geldschulden in inländischer Währung sind, entsprechend dem Preisfall ansteigt, vergrößert sich doch auch das Realeinkommen der Schuldner entsprechend, so daß sie sich nicht schlechter als vorher stehen. Ebenso wie diese allgemeinen Preissenkungen, die dem Fortschreiten der Technik zu verdanken sind, sind auch diejenigen offensichtlich harmloser Natur, die nur ein zeitweilig überhöhtes Preisniveau wieder auf den normalen Stand bringen. Natürlich sind „normaler Stand“ und „überhöht“ vage Ausdrücke, aber ihre Bedeutung ist leicht zu erklären: das wesentliche Merkmal jeder Preissituation ist nicht die absolute Höhe der Preise, sondern die Beziehung zwischen den Preisen und den in Geld ausgedrückten

Kosten, roh gesagt: zwischen Preisen und Geldlöhnen. Denn hiervon hängt der Stand der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit ab. Wir können hierfür eine Art Standardrelation aufstellen, an der wir die Preissenkungen messen. In einer Welt mit absolut beweglichem Arbeitseinsatz würden nach diesem Standardverhältnis einerseits keine Arbeitslosigkeit, andererseits keine unbesetzten Arbeitsstellen vorhanden sein. Aber tatsächlich ist die Beweglichkeit des Arbeitseinsatzes nur unvollkommen, Arbeitslosigkeit oder unbesetzte Arbeitsstellen oder beides zusammen gibt es in geringem Umfang zu jeder Zeit, und zwar als Folge relativer Schwankungen zwischen den einzelnen Industrien und Orten. Das Standardverhältnis zwischen Preisen und Geldlöhnen muß also im Hinblick darauf so konstruiert werden, daß es keine Arbeitslosen und keine unbesetzten Stellen gibt, außer denjenigen, die auf diese relativen Schwankungen zurückzuführen sind. Das bedeutet, daß die Zahl der Arbeitslosen und die der freien Arbeitsplätze nach dem Standardverhältnis einander gleich sind. Wenn die Anzahl der Arbeitslosen größer oder kleiner wird als die der unbesetzten Stellen, dann entspricht das tatsächliche Verhältnis nicht mehr dem Standardverhältnis. Ist die Zahl der Arbeitslosen größer, dann sind die Preise im Verhältnis zu den Geldlöhnen zu niedrig; ist die Zahl der unbesetzten Stellen größer, dann sind die Preise zu hoch. Wenn sie in diesem Sinne zu hoch sind — d. h. in der Nähe des Konjunkturmehrpunkts —, kann eine Preissenkung in gewissem Umfang stattfinden, ohne daß ernsthafte Nachteile daraus entstehen. Ich folgere somit, daß durch den technischen Fortschritt veranlaßte Preissenkungen und solche, die nur die Auswüchse des Konjunkturaufschwungs beseitigen sollen, prima facie keinen Anlaß zu einer Reflation geben.

Ja, selbst ein starker Preisfall, der weder auf den technischen Fortschritt noch auf das Abbröckeln überhöhter Konjunkturpreise zurückgeht, gibt nicht ohne weiteres Anlaß zur Reflation. Die Preissenkung müßte dafür tatsächlich ernsthaften Schaden angerichtet haben. Und dann wäre es offenbar gut gewesen, sie möglichst von vornherein zu verhindern. Aber es ist zweierlei, einen

Ungeschickten am Herunterfallen von einer Mauer zu verhindern und ihm wieder hinaufzuhelfen, nachdem er bereits heruntergefallen ist; ehe man sich entscheidet, das letztere zu versuchen, muß man vor allem wissen, wie lange er auf dem Boden gelegen hat; in unserem Fall also, wie bald nach einem Preiszusammenbruch eine Reflation stattfinden kann. Anlaß zu einer reflationistischen Aktion ist — wenn überhaupt ein Anlaß vorliegt — vor allem dann gegeben, wenn das tatsächliche Verhältnis zwischen Preisen und Kosten mit dem von mir als Standardverhältnis bezeichneten nicht übereinstimmt; anders ausgedrückt, wenn Geldlöhne, Geldschulden und Regierungsverpflichtungen der Preisbewegung nicht angepaßt worden sind. Offenbar wäre kein Anlaß für eine Reflation gegeben, wenn alle diese Faktoren aufeinander abgestimmt wären. Jener Anlaß schwindet also mit der Zeit von selbst: je länger man ein niedriges Preisniveau andauern läßt, desto wahrscheinlicher wird ein allmählicher Ausgleich. Unter dem Druck der Arbeitslosigkeit wird der Geldlohn langsam heruntergedrückt; die Schuldner werden ihren Verbindlichkeiten nicht nachkommen oder werden mit ihren Gläubigern einen Vergleich schließen; die Regierungen werden, soweit möglich, ihre Anleihen auf einen niedrigen Zinsfuß konvertieren und ihre Zahlungen an Arbeitslose, Pensionäre usw. senken. Der Vorgang wird bitter und schmerzhaft sein, aber nach und nach wird er in Gang kommen. Eine Reflation ist um so weniger angebracht, je mehr dieser Ausgleich sich schon von selbst durchgesetzt hat. In dieser Hinsicht ähnelt die Reflation sehr einer Kapitalabgabe zur Tilgung der Kriegsschulden. Unmittelbar nach dem Kriege konnte man eine Menge zugunsten dieses Planes vorbringen, aber im Laufe der Zeit verminderte sich seine Brauchbarkeit schnell. Genau so ist es mit der Reflation. Wenn Bestrebungen, eine Reflation in Gang zu bringen, dreißig Jahre ohne Erfolg gewesen wären, und wenn die Politiker nach Ablauf dieser Zeit etwa die zugunsten einer solchen Maßnahme sprechenden Argumente verstehen gelernt hätten, so wären jene Argumente doch inzwischen durch die Tatsachen überholt worden. Der Mißstand, den man beseitigen wollte, wäre dann

gar nicht mehr vorhanden gewesen. Der Patient wäre inzwischen entweder genesen oder gestorben. Die Reflation hat also als Medizin nur dann heilkräftige Wirkungen, wenn sie sofort angewandt wird. Geschieht dies nicht, dann wird die Behebung der Schwierigkeiten mit großen Schmerzen und Leiden verbunden sein. Der Zweck der Medizin ist es, diese unnötig zu machen. Darum ist es ganz sinnlos, wenn man es erst dazu kommen läßt und dann mit der Reflation weiterhelfen will. Es gibt sicher selbst dann noch irgend jemanden, der die Preise heraufsetzen möchte. Aber wofür dieser dann eintritt, das ist dann keine Reflation mehr. Denn eine Reflation ist nur dann richtig angewandt, wenn sie sofort angewandt wird, sonst macht sie der Zeitablauf mehr als überflüssig.

Ich glaube, es ist nun ziemlich klar geworden, daß die Fälle, in denen sich die Anwendung der Reflation nach einem schweren Preissturz ohne weiteres empfiehlt, recht begrenzt sind. Der Preissturz darf nicht die Folge technischer Fortschritte sein; er darf nicht einfach ein Ausgleich für konjunkturbedingte Preisüberhöhungen sein; und er muß erst vor kurzem erfolgt sein, so daß es noch nicht möglich war, ihn anderswie aufzufangen. Nur unter diesen Bedingungen ist eine Reflation prima facie wünschenswert. Unter welchen Bedingungen rechtfertigt nun ein prima facie gegebener Anlaß mit Sicherheit die Reflation? Diese Frage zu diskutieren, ist meiner Ansicht nach nicht möglich, bevor man eine Unterscheidung aufgestellt hat, die in der theoretischen Analyse durchaus klar, in der Praxis aber unscharf ist. Man kann sich die Preise als um einen Mittelpunkt kreisend vorstellen, der seinerseits auch beweglich ist. Wenn niedrige Preise hier einfach Störungen in der kreisförmigen Bewegung sind, werden sie, wollen wir annehmen, bald, sozusagen aus eigenem Antrieb, mehr oder weniger auf ihren vorigen Stand zurückkehren. Wenn aber der Mittelpunkt selbst von seinem Platz hinabgezwungen wurde, z. B. durch eine Verminderung der Goldvorräte oder der Staatsbanknoten, auf denen die Währung des Landes beruht, so besteht für ihn diese Aussicht nicht. Diese beiden Situationen bieten also gänzlich verschiedene Probleme.

Betrachten wir zuerst die von mir umschreibenderweise kreisförmig genannte Bewegung. Nehmen wir an, daß ein Preisfall erfolgte, weil von den Industriellen bis dahin erwartete Aussichten der Kapitalinvestition hinfällig wurden. Das kann z. B. vorkommen, wenn sich die anfänglichen Aussichten irgendeiner wichtigen Anlageform — etwa der Ausbau eines Eisenbahnnetzes — als ungünstig herausstellen, oder wenn das sogenannte Geschäftsvertrauen ohne klar ersichtliche Veränderung der objektiven Grundlage schwindet. In einer Welt, in der es gar keine Störungen gäbe, würden die durch geringere Kapitalanlagen freiwerdenden Produktivkräfte nicht ohne Beschäftigung bleiben, sondern zur Herstellung von Verbrauchsgütern verwandt werden. Die Bauern würden nach Fertigstellung der Scheunenbauten wieder weiter die Felder bestellen. Aber in der modernen Industriewelt ist das anders, teils weil die Arbeiter nicht ohne weiteres von einer Industrie zur anderen wechseln können, besonders aber, weil Verringerungen der zu Anlagezwecken bestimmten Geldmenge nicht automatisch eine entsprechende Vergrößerung des zum Erwerb von Verbrauchsgütern verwendeten Geldquantums verursachen. Infolgedessen verringert sich die Gesamtmenge des aufgewendeten Geldes, nicht nur der für neue Anlagegüter verwendete Betrag. Das bedeutet, daß dann ohne eine jener Verringerung entsprechende Senkung des Preisdurchschnitts nicht genügend Geld ausgegeben werden kann, um den früheren Produktionsumfang aufrechtzuerhalten, und daß ohne eine entsprechende Senkung der Geldlöhne nicht genügend Geld zur Aufrechterhaltung des früheren Beschäftigungsstandes zur Verfügung steht. Das legt mir ein Paradoxon nahe. Gewöhnlich meint man, daß in Abschwungszeiten Arbeitslosigkeit herrscht, weil die Preise gefallen sind. Wäre es nicht richtiger zu sagen, daß sie deshalb herrscht, weil die Preise nicht genug gefallen sind? Daß sie noch mehr fallen müßten, damit die alte Produktionsmenge wieder abgesetzt werden könnte? Das ist freilich nur die halbe Wahrheit, weil die Preise ja mit den Geldlöhnen eng zusammenhängen. Wenn sowohl Preise als auch Geldlöhne entsprechend der verringerten Gesamtmenge des auszubehenden Geldes fielen, könnte die volle

Beschäftigung aufrechterhalten werden. Bekanntlich sind aber die Geldlöhne nur schwer herabzusetzen. Da sie nicht fallen, begrenzen sie den Preissturz. Eine genaue Darlegung der Vorgänge würde etwa folgendermaßen aussehen. Aus einer Verringerung der Anlagetätigkeit ergibt sich eine Verringerung der gesamten Geldausgaben. Dadurch wurden weniger Güter gekauft und weniger Arbeiter beschäftigt. Das wäre nicht geschehen, wenn die nun erfolgenden Preis- und Lohnsenkungen groß genug gewesen wären. Aber die Geldlöhne fielen nicht genügend und folglich auch nicht die Geldpreise. Das Grundübel ist nicht der Preisfall an und für sich, sondern die Herabsetzung der gesamten Ausgaben ohne den Ausgleich einer genügenden Preis- und Lohnsenkung. Der Preisfall ist jedoch, obwohl selbst nicht das Grundübel, ein vortrefflicher Index der Geschehnisse, weil im allgemeinen ein starker Preisfall darauf hinweist, daß eine erhebliche Herabsetzung der gesamten Ausgaben stattgefunden hat — eine Herabsetzung, die sicherlich nicht völlig kompensiert worden ist. In dieser Lage der Dinge sind die Preissenkungen zufälligen Schwankungen ausgesetzt. Wenn man etwas gegen sie unternehmen will, muß man daher versuchen, den Umfang der Schwankungen möglichst zu verringern, nicht aber eine Änderung des Preisniveaus auf lange Sicht anstreben. Die Arbeitsaufträge der Behörden sollten in Depressionszeiten der Privatindustrie die Lücken füllen; die Zentralbank sollte darauf achten, den Diskontsatz bei den ersten Anzeichen der Hausse wesentlich zu erhöhen, um ihn dann bei drohender Baisse frühzeitig wesentlich senken zu können. Das sind bekannte Forderungen. Man würde diese Maßnahmen aber im gebräuchlichen Sinne nicht als Reflation bezeichnen können.

Etwas wesentlich Verschiedenes ist jedoch jene andere Art des Preissturzes, bei der das Zentrum, um das der Kreislauf der Preise sich dreht, selbst aus seiner Lage gebracht ist. Hier handelt es sich nicht um Schwankungen, die sich bei normalem Verlauf wahrscheinlich von selbst berichtigen werden. Der Mittelpunkt des Preissystems hat sich gesenkt und dadurch die schlimmen Folgen hervorgerufen, die ich an einer früheren Stelle dieser Vorlesung

beschrieben habe. Man kann jene Folgen entweder durch Wiederherstellung des Preisniveaus beseitigen, oder andernfalls durch Angleichung der Geldlohnsätze und anderer vertraglichen Geldverpflichtungen an das neue und niedrigere Niveau. Sollte der Staat durch eine drastische Maßnahme, wie die Abwertung des Dollar durch Präsident Roosevelt, planmäßig das Preisniveau wieder aufzurichten? Das Problem der Reflation stellt sich hier in seiner ganzen Schwere und Bedeutung.

Ich will zunächst die beiden Hauptgründe darlegen, welche gegen eine Reflation sprechen. Man sagt erstens: die Reflation sei gut und richtig, wenn man genau wüßte, daß man nach Aufhebung der Preissenkung, gegen die die Reflation gerichtet wurde, den Prozeß aufhalten und eine Stabilisierung sicherstellen könne. Es besteht aber die große Gefahr, daß sich dies als unmöglich erweist, daß man nicht Herr der Reflation bleibt und daß der Patient durch eine übereilte Anwendung von Morphinum zur Linderung seiner zeitweiligen Schmerzen dem Gifte unheilbar verfällt. Dieser Einwand hat eine wirtschaftliche und eine politische Seite. Seine wirtschaftliche Seite läßt sich, glaube ich, durch meine früheren Ausführungen über die Unterscheidung zwischen einer gewöhnlichen und einer galoppierenden Inflation widerlegen. Wenn es in Frankreich möglich war, den Franken um vier Fünftel seines Wertes herabzusetzen ohne damit einen Währungszusammenbruch herbeizuführen, warum sollten die Vereinigten Staaten dann nicht den Dollar um die Hälfte entwerten können? Anders sieht die politische Seite des Einwandes aus. Wenn jemand behauptet, der Senat der Vereinigten Staaten oder das Britische Parlament oder irgendeine andere politische Körperschaft würde, nachdem sie erst einmal das Gift der Reflation gekostet hätte, alle Selbstbeherrschung verlieren und auf einer endlosen Serie weiterer Geldverschlechterungen bestehen, so kann man von wissenschaftlicher Seite darauf nichts sagen. Das ist eine Frage für „jenes hinterlistige und verschlagene Tier“ — diese Schmähung stammt nicht von mir, sondern von Adam Smith —, „das man gewöhnlich einen Staatsmann oder Politiker nennt.“

Wenden wir uns dem zweiten Argument zu. Wenn eine Reflation in der Weise möglich wäre, daß man den Geldbesitz eines jeden Einzelnen in dem gewünschten Verhältnis direkt vermehrte, so wäre sie ebenfalls gut und richtig. Das ist aber praktisch nicht durchführbar. Das zusätzliche Geld kann nur durch die Banken in Umlauf gebracht werden, und zwar indem diese durch ein niedriges Zinsangebot die Geschäftsleute bewegen, es zu borgen und in ihren Geschäften anzulegen; mit anderen Worten, indem die Banken eine Zwangsabgabe von der Kaufkraft der Öffentlichkeit erwirken und diese an Personen aushändigen, die damit die Herstellung von Kapitalgütern finanzieren. Diese praktisch einzig mögliche Anwendungsart der Reflation bewirkt eine teilweise Verschiebung der Produktivkräfte des Landes von der Verbrauchsgüterproduktion zur Produktion von Anlagegütern. Solange die Geldschöpfung anhält, kann dieser gesteigerte Anteil der Anlagegüterproduktion aufrechterhalten werden. Wenn der beabsichtigte Preisstand jedoch erreicht ist, muß die Schaffung neuen Geldes aufhören. Auf jeden Fall könnte sie nicht unbegrenzt fortgeführt werden, ohne daß die Gefahr einer galoppierenden Inflation entsteht. Sobald aber die Schaffung des zusätzlichen Geldes aufhört, gibt es keine erzwungenen Kaufkraftabgaben mehr, welche die Geschäftsleute investieren. Wenn darum die Öffentlichkeit nicht inzwischen ihre Haltung gegenüber neuen Kapitalanlagen geändert hat und jetzt bereit ist, ohne irgendwelchen Druck denselben Anteil ihres Einkommens anzulegen wie in der Zeit, als man sie dazu zwang, dann muß der Anteil der Produktivkräfte, die jährlich Anlagezwecken zugeführt wurden, wieder auf den ursprünglichen Stand zurückfallen. Da weiterhin während der Zeit der Zwangsmaßnahmen die Kapitalvorräte angewachsen sind, haben sich die Aussichten weiterer Investitionen verringert. Daher wird der Anteil, der Investitionszwecken zugeführt wurde, nicht nur auf den bisherigen, sondern unter den bisherigen Stand fallen. Es ist darum nicht möglich, durch eine Reflation einfach den allgemeinen Preisstand hochzutreiben. Hierbei entstehen vielmehr als unvermeidliche Nebenwirkung Schwankungserscheinungen in der Verteilung der

Produktivkräfte auf die Anlage- bzw. Verbrauchsgüterindustrie. Da Störungen eine völlige Anpassung an diese Schwankungen verhindern, muß sich daraus ein Nachteil, vielleicht sogar ein wesentlicher Nachteil ergeben.

Dieser Einwand trifft jedoch nicht den Kern der Frage. Die Tatsache, daß reflationistische Maßnahmen ungünstige Nebenwirkungen haben, würde nur dann entscheidend gegen eine Reflation sprechen, wenn wir die Möglichkeit hätten, erwünschte Anpassung auf dem anderen Wege, nämlich bei den Löhnen und anderen auf Geld lautenden Vertragsverpflichtungen durchzuführen. Aber das liegt nicht in unserer Macht. Jedesmal, wenn eine praktische Entscheidung getroffen werden muß, werden wir einem festen Gefüge von Lohn- und Vertragsverhältnissen gegenüberstehen, das wir keineswegs nach unserm Willen umformen können. Je nach dem Anlaß und nach dem Lande, um die es sich handelt, wird der Grad der Starrheit dieses Gefüges und damit die Schnelligkeit und Schlagkraft, mit welcher die erforderlichen Maßnahmen angewandt werden können, verschieden sein. Deshalb kann man nicht schlechthin behaupten, die Methode der Reflation sei besser oder schlechter als irgendeine andere. In jedem Fall muß man — behindert durch Unklarheiten und mangelnde Kenntnisse — das Für und Wider im einzelnen genau untersuchen und gegeneinander abwägen. Damit sind die Schwierigkeiten aber noch nicht erschöpft. Wenn man in einer Depressionszeit die Reflation anwendet, weil die Struktur der Geldlöhne und Verträge zu starr ist, so bedeutet das in gewissem Ausmaß — wie weit genau, läßt sich nicht sagen — einen Antrieb zur weiteren Festigung dieses Gefüges für künftige Depressionen. So kann eine Reflation, auf lange Sicht gesehen, in gewissem Maße gerade die Situation hervorrufen, deren Härten sie mit unzureichenden Mitteln mildern wollte, ebenso wie eine schematische Wohlfahrtspflege teilweise die Armut schafft, welche sie erleichtern will. Es bleibt also ein weiter Raum für Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung dieses so sehr verwickelten Problems.

Sogar das ist noch nicht alles. Ich habe bisher stillschweigend vorausgesetzt, daß Preisstürze auf Grund abwärts gerichteter Kreis-

laufschwankungen und solche auf Grund eines Zusammenbruchs des Mittelpunktes, um den die Schwankungen kreisen, immer getrennt auftreten. Das ist natürlich nicht ganz richtig. Die beiden Arten des Preissturzes können auch zusammen auftreten, und selbst wenn sie das nicht tun, kann es unmöglich sein, bei Eintritt irgend-einer speziellen Preissenkung, deren Zugehörigkeit zu einer der beiden Arten festzulegen. Unsere Unwissenheit hierüber trägt wesentlich zu den Schwierigkeiten einer praktischen Entscheidung bei. Das ist für Vorsichtige ein Argument gegen die Reflation, — da sie nicht handeln, wenn sie Zweifel haben. Für den Unternehmungslustigen ist es ein Argument dafür —, da er irgendetwas tun muß, wenn er im Zweifel ist. Wem von beiden wir bei einer sich bietenden Gelegenheit folgen werden, hängt von unserm Temperament ab. Es gibt für solche Streitfragen keine sichere rechnerische Lösung, deren objektivem Ergebnis sich unwissende Frager unbedingt unterwerfen müßten.

Wirtschaftliche Betätigung des Staates und das freie Spiel der Kräfte.

In dieser Vorlesung werde ich in ganz allgemeiner Weise über die Haltung der Volkswirtschaftler gegenüber der wirtschaftlichen Betätigung des Staates sprechen; es handelt sich um das große Problem, welcher Art wirtschaftlicher Betätigung die Regierung ausüben „sollte“. Nun hat in der reinen Wirtschaftslehre das Wort „sollte“ keinen Platz. Ihre Aufgabe ist zu studieren, was wahrscheinlich geschehen wird, die Beziehungen zwischen Ursache und Wirkung aufzuspüren und das Spiel der entgegengesetzten Kräfte zu beobachten. Sie ist eine Wissenschaft, die Feststellungen trifft, nicht aber Vorschriften macht. Sie beschäftigt sich, wie die Physiologie, damit, zu entdecken, welche Wirkungen verschiedene Arzneimittel hervorbringen werden, nicht, wie die Medizin, damit vorzuschreiben, welche Arzneimittel eingenommen werden sollten. Sobald ein Wirtschaftswissenschaftler beginnt, Heil- und Vorbeugungsmittel gegen soziale Übelstände zu verschreiben, verläßt er die engen Grenzen seiner Wissenschaft. Er muß sich dann notwendig teilweise auf Urteile stützen, die besagen, das was gut und was schlecht, was besser und was schlechter ist, und somit greift er dann in das Gebiet der Ethik hinüber; oft muß er auch Rückwirkungen in Betracht ziehen, welche die jeweils vorgeschlagenen Heilmittel außerhalb der wirtschaftlichen Sphäre hervorbringen dürften — z. B. in Beziehung auf die Reinerhaltung des politischen Lebens, das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern usf. Zwei Wissenschaftler mögen sich in ihren

wissenschaftlichen Meinungen völlig einig sein und dennoch in ihren Ansichten über diese Gesichtspunkte gänzlich voneinander abweichen. Sie können auf diese Weise z. B. zu verschiedenen Schlußfolgerungen bezüglich der Klugheit einer Politik der Vorzugszölle innerhalb des britischen Reiches oder einer Politik der inneren Stabilisierung der Preise gelangen. Meinungsverschiedenheiten dieser Art sind unter den Wirtschaftswissenschaftlern wahrscheinlich sehr viel häufiger und weitreichender als ihre verschiedenen Lehrmeinungen über Fragen rein wissenschaftlicher Art.

Aber noch aus einem anderen Grunde ergeben sich bei der Entscheidung praktischer Fragen Meinungsverschiedenheiten, deren Ursache außerhalb des eigentlich ökonomischen Gebietes liegt. Ich sagte schon in der ersten Vorlesung, unsere Wissenschaft befindet sich bezüglich wichtigster Fragen erst im Anfangsstadium. Die Wirtschaftslehre versteht bereits mit Erfolg qualitative Analysen aufzustellen, selten jedoch quantitative. Nun kommt es häufig vor, daß ein spezieller Vorschlag eine Reihe verschiedener wirtschaftlicher Auswirkungen bedingt, von denen man einige für gut, andere für schlecht hält. Leute mit ähnlichen Ansichten über gut und schlecht würden wahrscheinlich gleicher Ansicht über Klugheit oder Unklugheit jenes Vorschlages sein, wenn sich das Ausmaß der verschiedenen Auswirkungen genau vorherbestimmen ließe. Wie die Dinge aber liegen, ist dies meist ausgeschlossen, und die vagen Beurteilungen der verschiedenen Wissenschaftler gehen daher fast mit Sicherheit auseinander. Wir möchten hoffen, daß sich hierin schrittweise ein Fortschritt erzielen läßt. Der Weg ist jedoch lang und schwierig. Noch für viele Jahre werden selbst in bezug auf die rein wirtschaftliche Seite praktische Fragen, mehr oder weniger untersuchte begründete Vermutungen das beste sein, was die Wissenschaft hervorbringen kann.

Ich habe das Thema dieser Vorlesung: „Wirtschaftliche Betätigung des Staates und das freie Spiel der Kräfte“ genannt. Es wäre sensationeller gewesen, es: Wirtschaftliche Betätigung des Staates contra freies Spiel der Kräfte zu nennen. Aber ich muß gleich zu Anfang bemerken, daß jede scharfe Antithese dieser

Art unzutreffend und irreführend ist. Kein Verteidiger des sog. freien Spiels der Kräfte wünscht, der Staat möge sich in keiner Weise um das Wirtschaftsleben kümmern. Auch der glühendste Anhänger jener Glaubenslehre, nach der harmonische Wirtschaftsverhältnisse am ehesten entstehen, wenn jeder Einzelne ungehemmt seine Privatinteressen verfolgen kann, gibt zu, daß diese harmonischen Verhältnisse nur dann sich ergeben können, wenn Raub, Gewaltätigkeit und Betrug vom Gesetz unter Strafe gestellt und die Innehaltung geltender Verträge erzwungen wird. Wie Prof. Cannan richtig sagt: „Die Folgen der Betätigung des egoistischen Interesses sind im allgemeinen wohltätiger Natur, nicht wegen irgendeiner natürlichen Übereinstimmung zwischen Egoismus und Allgemeinwohl, sondern weil die menschlichen Institutionen den Egoismus zu nützlicher Betätigung zwingen.“ Das große System solcher Institutionen, das in den westlichen Staaten entwickelt wurde, die Institution der Familie, des Privateigentums (mit Einschränkungen) der Verträge, der Polizei, der Gesetze zum Schutze von Treu und Glauben im Handelsverkehr usw. wird bei Streitigkeiten über Eingriffe des Staates in die Wirtschaft von den streitenden Parteien meist als selbstverständlich hingenommen. Es gibt also entgegen der populären Auffassung strenggenommen keinen scharfen Widerstreit zwischen einem Prinzip der Freiheit des Unternehmers und einem Prinzip staatlicher Einmischung. Daß der Staat in den allerwichtigsten Beziehungen tätig sein muß, wird allgemein zugegeben. Die richtige Fragestellung ist daher nicht, ob der Staat sich überhaupt betätigen solle, sondern nach welchen Grundsätzen, in welchem Grade und auf welchen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens seine Tätigkeit vor sich gehen soll. Es handelt sich nicht um: ja oder nein, sondern um: mehr oder weniger; es ist eine unbestimmte Grenze abzustecken; widerstreitende Vorteile sind für verschiedene Ressorts abzuwägen, wobei die Waage bald nach der einen, bald nach der anderen Seite ausschlägt.

Soviel über den Hintergrund des Problems. Der nächste und zwar überaus wichtige Punkt ist dieser: Entscheidungen über

die Betätigung des Staates bedingen, wie alle Entscheidungen über ein Handeln, zweierlei: die Wahl des zu erstrebenden Zieles und die Wahl des Weges, der zum Ziele führt. Prof. Gregory hat dies sehr gut ausgedrückt. „Wirtschaftsplanung“, schreibt er, „bedeutet etwas mehr als die bloße Beschaffung der Mittel, die einem Ziele dienen; sie erfordert auch kundige Auswahl des Zieles.“ Ist das Ziel gegeben und genau bekannt, so ist die Aufgabe, die zu seiner Erreichung dienlichsten Mittel aufzufinden, mag dies praktisch auch schwer sein, zum mindesten klar umrissen. Im Weltkriege war man sich allgemein darüber einig, daß ungeheure Mengen an Granaten und Geschützen in kürzester Zeit fertiggestellt werden mußten. Dies konnte planmäßig geschehen. Gegenwärtig besteht allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die Anzahl der für die Bedürfnisse der armen Bevölkerung geeigneten Häuser viel zu gering ist. Auch hierfür kann planmäßig gesorgt werden. Aber wenn man in allgemeinen Ausdrücken über „Planwirtschaft“ als Gegensatz zu einer Nicht-Planwirtschaft spricht, dann befinden wir uns auf einem völlig anders gearteten Bereiche von Vorstellungen. Zu welchem Ziel soll die Planung führen? Bezwecken wir die Macht der Nation oder das Glück der einzelnen Bürger? Wollen wir eine nur sich selbst versorgende Gemeinschaft sein oder ein mehr oder weniger spezialisierter Teil des Weltwirtschafts-systems? Wollen wir eine große oder eine kleine Bevölkerung? Ziehen wir einen hochentwickelten Apparat der Gütererzeugung vor oder einen hohen Grad an Geistesschulung, der uns die Güter genießen läßt? Solche Fragen sind alles andere als genau. Sie sind beinahe lächerlich vage und unklar. Praktisch stellt sie niemand. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Antworten der wenigen, die sie tatsächlich stellen, übereinstimmen werden. Bevor aber irgendeine Antwort darauf gegeben und angenommen ist, bauen die Befürworter einer allgemeinen Staats-Planwirtschaft nur an einem Luftschloß.

Da nun Planwirtschaft eine leere Phrase ist, folgt aber noch lange nicht daraus, daß die planende Tätigkeit des Staates als solche keiner Erörterung wert sei. Im Gegenteil, ein praktischer

Staatsmann wird, von der gegebenen Lage ausgehend, immerfort versuchen, einzelne Verbesserungen Schritt für Schritt durch Planung vorzubereiten; nur in Wahlreden wird er vorschlagen, alles einzustampfen, und nach seinem Plan eine neue Welt aufbauen. Bei der heutigen Struktur der Gesellschaft und angesichts der Rolle, die der Staat als Grundlage dieses Gefüges spielt, wird er sich fragen, ob die Regierung nicht mit Vorteil ihre Macht dazu verwenden kann, um hier einem Übel zu steuern, dort etwas Gutes aufzubauen. Die Poesie gibt für diese traurige Lage das Rezept,

„— — — — to shatter it to bits and then
— — — — Remould it neaser to the heart's desire“¹⁾.

Diesen Weg haben einige Nationen beschritten — und dies mit schrecklichen Kosten an menschlichem Elend bezahlt. Aber das ist kein Weg, der zur englischen Tradition paßt: und schließlich interessiert uns die staatliche Betätigung in England in diesem Zusammenhang am meisten.

Hier aber muß eine weitere überaus wichtige Unterscheidung getroffen werden. Das bestehende Wirtschaftssystem bringt zweierlei Übelstände und Verluste mit sich: erstens solche, die dadurch entstehen, daß Privatpersonen selbstgesetzte Ziele verfolgen, ohne dafür befähigt zu sein, zweitens solche, die deshalb auftreten, weil diese selbstgewählten Ziele teilweise nicht mit denen der Allgemeinheit übereinstimmen. Zum Beispiel kann ein Bauer oder Industrieller, der versucht, Güter des allgemeinen Bedarfs zu produzieren und mit normalem Nutzen verkaufen will, den Bedarf falsch einschätzen und daher die falschen Güter produzieren.

Andererseits wäre es denkbar, daß er, ohne sich zu täuschen, eine Monopolstellung ausnutzt, indem er die Produktion einschränkt und so auf Kosten anderer unverhältnismäßig hohe Gewinne erzielt. Das Eingreifen des Staates rechtfertigt sich in beiden Fällen auf ganz verschiedene Weise. Auf die Fälle der ersten

1) „— — — — alles in Stücke zu zerschmettern und dann es mehr nach Herzenswunsch sich neu zu bauen.“

Art bezog sich meist die in den letzten Jahren zugunsten der Planwirtschaft betriebene Propaganda. Die Privatindustrie, sagt man, ist zusammengebrochen; sie war falsch geleitet, schlecht organisiert usw. Der Staat soll daher einschreiten, um das Versagen der Privatunternehmer wieder gutzumachen. Nun will ich hier nicht untersuchen, inwieweit das Versagen der Privatunternehmer in den letzten Jahren seine Ursache darin hatte, daß Staaten und Zentralbanken, die ja nahe Verbündete der Staaten sind, nicht in der Lage waren, die nationalen Währungssysteme erfolgreich zu handhaben, inwieweit in der Tat das Versagen der Privatunternehmen erst eine Folge des Versagens jener öffentlichen Unternehmungen war. Das Problem liegt tiefer. Wenn ein Privatunternehmen versagt, nicht indem es antisozialen Zielen diene, sondern weil seine Leiter Fehler gemacht und die Zukunft falsch beurteilt haben, so kann ein Anlaß zu staatlichem Eingreifen nur dann gegeben sein, wenn man annehmen darf, daß Beamte des Staates oder einer öffentlichen Körperschaft erfolgreicher arbeiten werden. In einem Aufsatz, den ich kürzlich las, betrachtet der Verfasser einen Hund, der seinen Herrn radfahren sieht und ihn einholen möchte. Der Hund, der nicht weiß, wohin sein Herr fährt, läuft jeden Augenblick auf den Fleck zu, an dem sein Herr sich gerade befindet. Er läuft daher meist in Kurven und hat, am Ziele angelangt, eine viel längere Strecke zurückgelegt als eigentlich notwendig gewesen wäre. Hätte der Hund sich hingesetzt und den Weg seines Herrn vorher berechnet, so würde er keine Energie verschwendet haben. Das sollte eine Begründung für staatliche Planung sein. Es ist aber keine Begründung, es sei denn, wir hätten Grund zu der Annahme, daß Beamte besser qualifiziert seien, die Wünsche der Verbraucher vorher zu wissen, als die Leiter von Privatunternehmungen und Aktiengesellschaften. Es ist für einen Beamten, der rückwärts schauend den Verlauf der Nachfragebewegung feststellen kann, leicht, die Fehler derer festzustellen, die diesen ehemals vorzubestimmen suchten. Aber es ist etwas ganz anderes für diesen Beamten, selbst eine solche Vorhersage zu treffen. Die Grundannahme, auf der alle für diese Art der Planung

vorgebrachten Argumente beruhen, ist die, Beamte würden sich hierin besonders geschickt und erfahren zeigen. Diese Annahme ist zum mindesten zweifelhaft.

Bei der anderen Art von Mißerfolg und Verlusten durch Privatunternehmungen liegt der Fall gänzlich anders. Wenn Privatunternehmungen Ziele verfolgen, die nicht mit dem öffentlichen Interesse vereinbar sind, so bedarf es zur Rechtfertigung des staatlichen Einschreitens nicht der Unterstellung, die Behörden seien tüchtiger als Kaufleute. Einzig diejenigen werden hier grundsätzliche Gegner des staatlichen Eingreifens sein, für die privates und öffentliches Interesse niemals unvereinbar wird; ich meine jene, die annehmen, daß das Gebäude des Rechtes und der Verfassung heute so vollendet sei, daß das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte innerhalb ihres Bereiches die Interessen der Gesamtheit stets am besten fördert. Die Lehre von jener unsichtbaren Hand, die aus dem privaten Egoismus soziale Wohltaten ersprießen läßt, ist jedoch von Wissenschaftlern nie in der absoluten und starren Form vertreten worden, in der sie von populären Schriftstellern verstanden wird, — sicherlich wurde sie von Adam Smith nicht vertreten.

Alle stimmen darin überein, daß diese Hand sehr oft zittert und ihr Ziel verfehlt. Diese Tatsache rechtfertigt die staatliche Planung im Prinzip. Darüber bedarf es keinerlei Streites. Aber welche Art der Planung? Um dies festzustellen, müßte ein planender Staatsmann sich zunächst darüber klar werden, wo die größten Disharmonien in der Wirtschaft liegen. Hier ist dann die wissenschaftliche Analyse zuständig; wenn sie auch nicht mit bis ins einzelne gehenden Ratschlägen dienen kann, so vermag sie doch einige umfassende Anregungen zu geben.

Erstens, die Verfolgung von Privatinteressen wird die öffentlichen Interessen im allgemeinen dann nicht fördern, wenn die Hersteller eines Artikels in der Lage sind, ein Monopol zu bilden. Es wird sich für sie rentieren, die Produktion auf einen geringen Umfang einzuschränken und höhere Preise zu fordern, als in ihrem und der Verbraucher gemeinsamen Interesse — d. h. im Interesse

der Gesamtheit, mit Einschluß ihrer selbst, — wünschenswert ist. Ein solcher Mißton im wirtschaftlichen Einklang ist leicht festzustellen. Offenbar bietet er dem Staate einen Anlaß erster Ordnung zum Einschreiten, sei es nun, daß er eine öffentliche Kontrolle jener Verflechtungen einrichtet, durch welche das Monopol zustandekommt, oder daß er solche wirtschaftlichen Funktionen, die sonst wahrscheinlich in die Hand privater Monopolinhaber kommen würden, den Staats- oder Gemeindebehörden direkt überträgt.

Auf diesem Gebiete ist in letzter Zeit ein Vorschlag entwickelt worden, der allmählich mehr und mehr an Bedeutung gewinnt; der Plan Selbstverwaltungskörper und -kommissionen — keine Regierungsbehörden — einzurichten, die im öffentlichen Interesse teils unternehmerische Tätigkeit ausüben, teils Kontrollfunktionen wahrnehmen sollen. In keinem der Fälle, in denen der Staat sich in neuerer Zeit in der Industrie betätigte, hat man das Vorbild der Postverwaltung benutzt. Man fühlte, daß sowohl die tödliche Wirkung des Bürokratismus wie auch das Risiko politisch beeinflusster Maßnahmen am besten durch eine andere Form der Organisation vermieden werden kann. Ein gutes Beispiel aus der Vorkriegszeit ist hierfür die Einrichtung des Londoner Hafenamtes¹⁾. Diese Körperschaft wurde im Jahre 1908 durch Parlamentsbeschluß als juristische Person errichtet. Sie besteht aus 18 gewählten Mitgliedern, welche die Gebührenzahler, Kaimeister und Eigentümer von Flußfahrzeugen repräsentieren und aus 10 ernannten Mitgliedern, von denen die Admiralität und Trinity House je einen, das Handelsamt zwei und der Stadtrat von London²⁾ vier ernennt. Der Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende werden vom Hafenamt selbst ernannt; es ist also eine völlig autonome Körperschaft. Seit dem Kriege ist eine lange Liste von Institutionen entstanden, die nach demselben Schema aufgebaut sind. Captain Macmillan führt sie in seinem Buche „Recon-

1) Port of London Authority.

2) London County Council.

struction“ auf. Es gehören dazu die Forestry Commission (1919), die Electric-Commission (1920), The Central Electricity Board (1927), The British Broadcasting Corporation (1927), The Traffic Commissioners (1931), The Coal Mines Reorganisation Commission (1931), The London Passenger Transport Board (1933) und eine ganze Reihe von Markt-Organisationen (Marketing Boards) für Hopfen, Milch, Schweine und Speck.

Zweitens: Manchmal kommt es vor, daß nur ein Teil des Nutzens oder Schadens, der aus der Betätigung einer Privatperson entsteht, in dem Entgelt zum Ausdruck gelangt, das diese empfängt, so daß diese also dazu neigt, ihre Tätigkeit weniger weit oder weiter auszudehnen, als das Gesamtinteresse erfordern würde. Wenn z. B. jemand im Konkurrenzkampf Geld in einem Unternehmen anlegt, das alkoholische Getränke herstellt und verkauft, so rentiert es sich für ihn, seine Investitionstätigkeit so weit auszudehnen, daß die Kosten für die Versorgung der letzten Verkaufseinheit gerade noch von dem Preise gedeckt werden, den die Verbraucher zu zahlen bereit sind. Aber als mittelbare Folge seiner Tätigkeit ist der Staat gezwungen, mehr Geld für Polizeikräfte aufzuwenden, als sonst notwendig gewesen wäre. Vom sozialen Standpunkt gesehen ist dies ein Teil der Kosten des Unternehmens. Aber da jener Unternehmer die Kosten des Mehraufgebotes an Polizei nicht bezahlen muß, rechnet er sie, von seinem privaten Standpunkt aus, nicht zu den Kosten des Unternehmens. Wenn also die sozialen Kosten seiner Investitionstätigkeit größer sein sollten als die privaten Kosten, so läge es nicht im sozialen Interesse, daß er diese soweit ausdehnt, wie sein egoistisches Interesse ihm an sich nahelegt. Ebenso wenn jemand sich für die Kaninchenzucht interessiert, dann wird er in diesen Tieren bis zu dem Punkte Geld anlegen, wo die Kosten vom Gewinn gedeckt werden, aber er wird (wenn er nicht ein Philanthrop ist) nichts von dem Schaden wissen wollen, den sie im Getreide seiner Nachbarn anrichten, wenn sie einmal in dessen Felder entlaufen. Von seinem und seiner Nachbarn gemeinsamen Standpunkt sollte er daher nicht soviel Geld in den Kaninchen anlegen, wie es sich für ihn persönlich

rentiert. Andererseits gibt es gewisse Arten von Kapitalanlagen, die anderen Leuten unverhältnismäßig mehr Gewinne verschaffen, als sie dem Investierenden selbst abwerfen. Eine Erfindung, die das Rauchen der Fabrikschornsteine verhindert, vermindert die Wäscherechnungen der Fabriknachbarn. Investitionen, die bestimmt sind, um mechanische Verbesserungen oder grundlegende wissenschaftliche Entdeckungen zu fördern, verschaffen der Welt oft Gewinne, die weit über den privaten Gewinn des Geldgebers hinausgehen, selbst dann, wenn die Erfinderrechte zeitweise durch Patente geschützt sind. Es liegt im sozialen Interesse, daß Anlagen dieser Art weiter ausgedehnt werden, als es dem uneingeschränkten Privatinteresse naheliegt. Im Hinblick auf diese beiden Arten von Investitionen liegt also auch offensichtlich ein Anlaß erster Ordnung für staatliches Eingreifen vor, im ersten Falle für einschränkende, im zweiten für fördernde Maßnahmen. Die fiskalischen Waffen der Prämien und Steuern könnten, wenn man der Regierung deren richtige Anwendung zutrauen dürfte, durch Betätigung auf diesem Gebiet Gewinne für die Gesamtheit erzielen.

Drittens gibt es eine besondere Art Disharmonie, die teils daraus entsteht, daß die Fähigkeit der Menschen in die Zukunft zu sehen, so unvollkommen ist, daß sie einem Ereignis, das sich mit absoluter Gewißheit in der Zukunft ereignen wird, nicht dieselbe Bedeutung zumessen, wie einem gleichartigen Ereignis, das in der Gegenwart stattfindet; teils rührt jene Disharmonie auch daher, daß die Dauer des menschlichen Lebens begrenzt ist. Objektiv gesehen, hängt die Bedeutung eines mit Gewißheit stattfindenden Ereignisses nicht davon ab, wann es eintritt und, — vielleicht mit gewissen Einschränkungen — auch nicht davon, wen es trifft.

Folglich läuft jede Vorwegnahme künftiger Gewißheiten, da sie die Entwicklung der Investitionstätigkeit hemmt, dem Interesse der Gemeinschaft zuwider, wenn man diese im weitesten Sinne — als auch künftige Generationen umfassend — begreift. Diese Disharmonie hat besonders für Länder Bedeutung, deren Besitz an

natürlichen Kraftquellen begrenzten Umfangs und erschöpfbar ist; wie z. B. Kohle- und Öllager, Wälder oder die ursprüngliche Fruchtbarkeit jungfräulichen Bodens. Es besteht hier die Gefahr, daß Eigennutz eine Generation dazu bewegt, diese Kraftquellen zur Befriedigung unwichtiger Bedürfnisse zu erschöpfen, so daß zukünftige Generationen nicht einmal in dringenden Bedarfsfällen in der Lage sein werden, darauf zurückzugreifen. Auch dies ist für den Staat ein Anlaß erster Ordnung, um hindernd einzugreifen.

Diese drei Arten von Disharmonie, die ich bisher besprochen habe, könnte man Disharmonien in der Produktion nennen. Es gibt außerdem eine wichtige Disharmonie in der Verteilung. Prima facie verursachen alle großen Ungleichheiten in den Einkommensverhältnissen der Bevölkerung, soziale Verluste; denn der neunte Gang eines Essens beim Plutokraten bedeutet ungeachtet des mittelbaren Vorteils, den er dessen Arzt einträgt, für die Gesamtheit weit weniger Nutzen, als die Milch, die von den Kosten jenes neunten Ganges für das Kind eines armen Mannes hätte gekauft werden können. Die Erreichung einer gleichmäßigeren Verteilung kann ein Ziel der planenden Tätigkeit des Staates sein; auf diesem Gebiete ist natürlich schon viel geschehen. In England und Wales betragen die Kosten der sozialen Aufwendungen für Alterspensionen, Kriegspensionen, Arbeitslosenversicherung, öffentliche Gesundheitspflege, Wohnungsbau und Erziehung im Jahre 1933 insgesamt 483 Mill. £, wovon ungefähr 350 Mill. £ aus Steuern und Abgaben aufgebracht wurden. Man kann annehmen, daß der Hauptteil dieser 350 Mill. £ aus dem Vermögen wohlhabender Personen stammt, daß diese also die weniger Wohlhabenden unterstützen. Dieser Art Planung des Staates gelten die guten Wünsche aller human gesinnten Menschen. Aber er muß nichtsdestoweniger auf der Hut sein. Er darf in seinem Eifer, die Verteilung der Einkommen zu verbessern, nicht so weit gehen, daß die Quellen, aus denen er schöpft, versiegen. Dies ist seit jeher ein Problem. Die heutigen Gelehrten der Volkswirtschaft sind sich, glaube ich, darüber einig, daß man, ohne die Produktion zu beeinträchtigen,

dem Reichtum zum Wohl der Armen mehr Steuern auferlegen kann, als ihre Vorgänger annahmen.

Die Disharmonie der Einkommensverteilung, von der ich eben sprach, ist vielerlei Art. Einen besonderen Fall stellen manchmal die zwischen Arbeitgebern und nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern bestehenden Lohnverträge dar. Hier sind die Arbeitgeber strategisch sehr im Vorteil. Im allgemeinen haben sie große Reserven, und jeder Arbeitgeber gebietet einer beträchtlichen Anzahl von Leuten. Wenn die Funktionen des Arbeitsmarktes den einzelnen Arbeiter erfassen könnten, wenn jeder Arbeiter jederzeit und ohne Kosten seine Stellung wechseln könnte, so würde das nicht viel ausmachen. Die Lohnsätze würden sich nach der allgemeinen Marktlage richten und somit wäre für besonders profitliche Einzelabmachungen wenig Spielraum gegeben. Aber tatsächlich besteht meistens ein gewisser Schwankungsbereich, innerhalb dessen die Höhe der Löhne durch solche privaten Abmachungen höher oder niedriger sein kann. Innerhalb dieses Bereiches können die Arbeitgeber vermöge ihrer strategischen Überlegenheit über die unorganisierten Arbeiter, die Lohnhöhe unter den tatsächlichen Wert herabdrücken, den die Arbeit der Arbeitnehmer für sie darstellt. Wenn und insoweit sie dies tun, bringen sie damit eine Folge von Aktionen und Reaktionen in Gang, die für die Gesamtheit überaus schädliche Folgen zeitigen. Die Arbeitnehmer, die in der ersten Runde des Lohnkampfes unterlegen sind, werden ebendadurch auch für die zweite Runde geschwächt. Denn infolge ihres niedrigeren Verdienstes verringert sich ihre Kampffähigkeit, so daß, selbst wenn sie jetzt den vollen Wert ihrer Arbeit erhielten, dieser Wert doch geringer sein würde als vordem. Diese Entwicklung steigert sich von selbst weiter und droht daher, eine fortschreitende Verschlechterung der Lebenshaltung und Qualität des von ihr betroffenen Bevölkerungsteiles zu verursachen. Wenn die Arbeitnehmer also nicht imstande sind, sich durch organisierten Widerstand selbst zu schützen, so liegt für den Staat alle Veranlassung vor, zu ihrer Verteidigung einzuschreiten. Daher die staatlichen Arbeitsämter (trade boards).

Außer den Disharmonien der Produktion und der Verteilung gibt es noch eine Anzahl weiterer Unstimmigkeiten, die mit den industriellen Schwankungen zusammenhängen. Das Interesse der Allgemeinheit erfordert, daß die Fabrikanten in schlechten Zeiten in größerem Umfange auf Lager arbeiten und daß die Käufer mehr Waren bestellen, als ihnen ihr persönliches Interesse nahelegt. Ferner — und dies ist sehr viel wichtiger — verlangt das Allgemeininteresse, daß die Banken in guten Zeiten ihr Kreditgeschäft weiter einschränken und in schlechter Zeit weiter ausdehnen, als die Aktionäre der Bank, die auf ihren privaten Verdienst sehen, es wünschen. Es ist der Wissenschaft seit langem bekannt, daß hier ernsthafte Unstimmigkeiten bestehen und daß staatliches Eingreifen im Wege einer geschickt geleiteten, auf Stabilisierung des Preisniveaus gerichteten Währungspolitik viele dieser Unstimmigkeiten beheben könnte. Das ist ein großes Problemgebiet. In meinen früheren Vorlesungen habe ich einige seiner Aspekte erörtert. Ich will daher jetzt nicht mehr darüber sagen, sondern zu dem nächsten Punkt meiner allgemeinen Darlegung übergehen.

Wenn egoistisches Privatinteresse frei handelnd und nur den gewöhnlichen Rechtsformalitäten unterworfen, vom allgemeinen sozialen Gesichtspunkt gesehen, nicht zu den besten Ergebnissen führte, so liegt prima facie, wie ich dargelegt habe, ein Anlaß für staatliches Eingreifen vor. Aber das führt uns nur wenig weiter. Um entscheiden zu können, ob ein Eingreifen des Staates im Einzelfall wünschenswert ist, genügt es nicht allein, daß sich dieses Eingreifen an sich nach Art und Ausmaß soweit vorher bestimmen läßt, daß man von seiner Durchführung eine wirksame Förderung des Allgemeinwohles erwarten darf. Man muß sich auch fragen, inwieweit in dem bestimmten Lande und zu der bestimmten Zeit, um die es sich handelt, die Regierung fähig sein wird, Art und Ausmaß ihres Eingreifens richtig zu wählen, sowie ihre Maßnahmen tatkräftig durchzuführen. Allgemeine vaterländische Begeisterung mag der staatlichen Kontrolle in Kriegszeiten Wege und einen Grad der Wirksamkeit ermöglichen, wie sie in normalen Zeiten

ganz ausgeschlossen wären. Im Krieg wie im Frieden kann eine Gruppe der Bevölkerung mehr auf ein Régime der autoritären Wirtschaftsführung eingestellt sein, während einer anderen eine Régime freien Unternehmertums passender wäre. Zu verschiedenen Zeiten werden verschiedene Formen der industriellen Technik führend sein, welche je nachdem ein größeres oder nur ein geringeres Ausmaß des staatlichen Eingreifens zulassen. Ein zweiter überaus wichtiger Faktor, der bei Entscheidungen über ein staatliches Eingreifen in Betracht gezogen werden muß, ist die Qualität des Apparates, den man zur Durchführung der Maßnahmen einsetzen müßte: die intellektuelle Befähigung des dafür in Frage kommenden Personals, die Schlagkraft der Organisation, welche Anordnungen dieser Stelle zur Ausführung zu bringen hätte, die persönliche Redlichkeit ihrer Mitglieder im Falle von Bestechungs- und Erpressungsversuchen, ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Einfluß einer herrschenden Klasse, dem Druck mächtiger Interessen oder einer irrigen Meinung. Das ist überaus wichtig. Adam Smith glaubte an das freie Spiel der Kräfte, soweit er daran überhaupt glaubte, viel weniger, weil er der Meinung gewesen wäre, alle sich selbst überlassenen Dinge müßten von selbst einen guten Verlauf nehmen, sondern weil er die praktische Erfahrung gemacht hatte, daß die Regierungen seiner Zeit, wenn sie in das Wirtschaftsleben eingriffen, fast mit Sicherheit Unheil anrichteten. Seine Lehrmeinung paßt daher nicht unterschiedslos für alle Zeiten und Länder. Wir wollen uns deshalb im folgenden kurz mit unseren eigenen Regierungsbehörden befassen.

Eins ist wohl von vornherein klar. Unsere heutigen Behörden sind für ein erfolgreiches Arbeiten bei weitem besser ausgerüstet, als die Behörden zur Zeit eines Adam Smith oder später zur Zeit Bentham's. Wie Marshall so richtig bemerkt hat, es haben sich in England im Laufe des letzten Jahrhunderts „Redlichkeit, Einfluß, Uneigennützigkeit und Hilfskräfte der Regierung bedeutend vermehrt. ... das Volk ist jetzt fähig, seine Herrscher zu beherrschen und den Mißbrauch von Macht und Privilegien durch eine Klasse so sehr zu verhindern, wie es nicht möglich war in einer

Zeit, da die Bildungsstätten noch nicht allen zugänglich waren und man noch nicht allgemein weit mehr Energie aufwendete, als für den Lebensunterhalt erforderlich ist.“ Der britische Beamtenkörper besitzt hohe Fähigkeiten und unbestrittenen Verantwortungsgeist; auch sind die Politiker, aus denen sich die Regierung zusammensetzt, für welche die Beamtenschaft tätig ist — mögen wir sonst von ihnen denken was wir wollen —, in unserem Lande niemals persönlich korrupt. Aber diese Politiker sind starkem Druck von Personen ausgesetzt, die die Wahlen beeinflussen können. Parlamentarische Cliques und Wandelhallenpolitik sind in jeder modernen Demokratie mächtige Faktoren; sie spielen ganz gewiß dann eine Rolle, wenn die Regierungspolitik sich mit der Privatwirtschaft befaßt. Somit kann das Eingreifen des Staates, mag es im Interesse der Schwachen noch so notwendig sein, von den Starken sicherlich mit Erfolg herbeigeführt werden. Dies, und nicht irgendein theoretischer Grund zugunsten des freien Spiels der Kräfte ist das Hauptargument gegen den Versuch, durch staatliches Eingreifen die Kräfte des Wirtschaftslebens aus der ihnen an sich innewohnenden Richtung ablenken zu wollen. Dieser Gesichtspunkt ist für alle in Betracht kommenden Arten des staatlichen Eingreifens mehr oder weniger bedeutungsvoll. Die Erfindung der von mir schon erwähnten Public Service Boards und Kommissionen, welche nicht einer unmittelbaren politischen Kontrolle unterliegen, hat die praktischen Möglichkeiten sehr erweitert.

Wir gelangen so auf zwei Wegen zu dem gleichen Schluß. Wenn wir uns fragen, wieweit das freie Spiel der egoistischen Privatinteressen zum allgemeinen Wohle beiträgt, so finden wir, daß es dies häufig überhaupt nicht tut, daß dieser Mangel aber nach Art und Ausmaß sehr vielgestaltig und verschieden ist. Wenn wir die Frage stellen, wie weit die Regierung diese Fehlerhaftigkeiten durch ihr Eingreifen ausgleichen und verhindern kann, so finden wir, daß ihre Eignung hierzu nicht nur nach Ländern und Zeiten variiert, sondern auch je nach Art des Mangels, gegen den ihr Eingreifen sich richtet. Die Moral liegt auf der Hand. Der Prinzipienstreit

der populären Schriftsteller — freies Spiel der Kräfte contra staatliches Eingreifen — ist gar kein Streit. Um Prinzipien dreht es sich weder hier noch dort. Jeder Einzelfall ist vielmehr in seinen wesentlichen Besonderheiten nach allen Richtungen zu prüfen. Hochtrabende Verallgemeinerungen sind auf diesem Gebiete nutzloses Feuerwerk. Sie mögen in politischen Reden am Platze sein, nicht aber im praktischen Leben. Sammlung der Argumente, Abwägen der Wahrscheinlichkeiten, Personenkenntnis — nur mit diesen Mitteln kann man solche praktischen Aufgaben erfolgreich in Angriff nehmen.

VI.

Die Volkswirtschaftslehre der Beschränkungsmaßnahmen.

Im letzten Jahrzehnt hat der Gedanke der Beschränkungen gegenüber der Idee der Freiheit immer breiteren Raum gewonnen. Versuche, unsere Stellung in der Welt, den inneren Wohlstand unseres Landes oder den Vorteil bestimmter Herstellergruppen durch Unterlassungen und beschränkende Eingriffe zu steigern, sind jetzt jedenfalls bei uns viel mehr an der Tagesordnung, als je in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ich will in dieser Vorlesung die Bedeutung dieser heute herrschenden Vorstellungsweise erörtern.

Es wird jedem, der die Lage zu überschauen versucht, sofort auffallen, daß es in der ganzen Natur außer der Welt des Menschen keinerlei Beschränkung in diesem Sinne gibt. Das Leben drängt rücksichtslos zur Ausbreitung, nicht zur Beschränkung. Eine Gattung mißt sich mit der anderen, und auch die Mitglieder der gleichen Gattung bekämpfen einander wetteifernd; Bäume und Pflanzen durch unzählige Samen; die Fische mit Myriaden von Eiern; die Landtiere sind zwar weniger fruchtbar, aber immer noch fruchtbar genug. Die Elefanten und Löwen wissen von Theorie und Praxis der Geburtenbeschränkung ebensowenig, wie Adam in seiner Unschuld. Soweit eine Beschränkung stattfindet — im Sinne von Begrenzung gibt es sie infolge der Auslese natürlich zu allen Zeiten —, ist sie hier lediglich eine sekundäre Auswirkung des Kampfes. Freiwillige und überlegte Beschränkung ist in der Natur völlig unbekannt.

Man könnte diesen Unterschied zwischen dem Menschen und den übrigen Lebewesen vielleicht damit erklären wollen, daß es Beschränkung nur im Zusammenhang mit Austausch gibt, und daß

außer dem Menschen kein anderes Lebewesen Austausch betreibe. Aber beide Voraussetzungen dieser Annahme treffen nicht zu. Denn nicht nur unter Menschen findet ein Austausch statt. Die Bienen tauschen ihre Arbeitsleistungen aus, indem sie Blütenstaub von den männlichen zu den weiblichen Blüten tragen und dafür von den Blüten Honig erhalten. Vom Rhinoceros wurde mir berichtet, daß es auf seinem Rücken kleine Vögel trage, die es bei Gefahr warnen und dafür große Mengen von dem erhalten, was beim Rhinoceros den Flöhen entspricht. Vielleicht sollten wir den Austausch unter Tieren nicht allzu wichtig nehmen, obgleich Sie feststellen können, daß keines der Tiere im Traum je daran denkt, seine Lage durch Verringerung der Austauschdienste zu verbessern. Ein anderer Mangel an Genauigkeit ist bei der obigen Behauptung wichtiger. Es stimmt nicht, daß Beschränkung nur in Verbindung mit Austauschwirtschaft vorkomme. Sie findet auch ohne jeden Zusammenhang damit statt, z. B. bei den Menschen auf dem wichtigen Gebiete der Bevölkerungspolitik.

Nun könnte ein Meister der Beredsamkeit, falls er die Beschränkung nicht liebt, sich selbst und, was weniger wahrscheinlich ist, seine Zuhörer davon überzeugen, daß das Fehlen von Beschränkungen in der Natur für den Menschen eine Art ethische Forderung bedeute, keine Beschränkungen vorzunehmen. Er könnte sagen, sie seien „unnatürlich“ und — einer jener wunderbar logischen Sprünge, die für derlei Reden typisch sind — darum zu verwerfen! Das ist natürlich bares Geschwätz. Elefanten und Löwen halten und besuchen keine Vorlesungen. Dieser Raum hier mit seinem elektrischen Licht und, darf ich so sagen, unbequemen Sitzen ist von ihrem Standpunkt aus höchst unnatürlich. Aber aus was für Gründen immer wir unsere gegenwärtige Beschäftigung auch bedauern mögen, wir brauchen darüber keine Gewissensbisse zu empfinden. Man kann den Streit über Vorzüge oder Nachteile der Beschränkung eben nicht durch Hinweis auf das, was natürlich ist, noch durch irgendeine andere apriorische Betrachtungsweise entscheiden. Es gibt vielerlei Arten der Beschränkung, die einer großen Anzahl verschiedener Zwecke dienen. Der unbequemen

Aufgabe, sie zu unterscheiden und jede Art für sich zu prüfen, kann man sich nicht entziehen. Natürlich gibt es viele Möglichkeiten einer Einteilung. Welche Arten wir erörtern und wie wir sie gruppieren wollen, richtet sich nach unserer Wahl und Bequemlichkeit. Ich wähle zwei Arten aus, die im Bereich der Austauschwirtschaft liegen und eine, die davon abseits liegt. Die beiden ersten Arten sind erstens Beschränkungen, die von selbst oder auf Betreiben des Staates die Erträgnisse einer bestimmten Herstellergruppe treffen, und zweitens solche, die vom Staate für den Handel zwischen Inländern und Ausländern festgesetzt werden. Die dritte Art sind internationale Verträge über Rüstungsbeschränkungen.

Wir können nun zu keinerlei Entscheidung darüber kommen, ob diese verschiedenen Arten von Beschränkung gut oder schlecht, wünschenswert oder verdammenswert sind, bevor wir nicht einen bestimmten Standpunkt eingenommen haben, von dem aus wir sie beurteilen wollen. Welchen Standpunkt sollen wir aber nun einnehmen? Sollen wir von den Wirkungen ausgehen, die die Beschränkungen auf den Bewußtseinszustand aller Lebewesen, insbesondere auf ihre Bedürfnisbefriedigung ausüben? Angenommen und zugegeben, daß es hierüber eine unzweideutige Meinung geben kann — ein zweifelhafter Punkt —, wessen Bedürfnisbefriedigungen sollen dann in Betracht gezogen werden? Wenn es sich um die Frage einer Beschränkung der menschlichen Bevölkerung handelt, so muß man natürlich wissen, ob Löwen und Elefanten, oder Küchenschwaben und Fliegen, oder Bananen und Tulpen damit zufrieden sein sollen. Bananen und Tulpen können wir vielleicht dadurch abtun, daß wir — ohne schlüssigen Beweis — behaupten, daß sie nicht fühlen könnten; so wie Angler, wenn ihnen Grausamkeit vorgeworfen wird, immer behaupten, daß Fische nicht fühlen könnten. Aber schwerlich werden wir unter diesem Motto auch Löwen und Elefanten loswerden. Wie können wir rechtfertigen, daß wir ihre Interessen gänzlich mißachten? — Überhaupt nicht. Aber dennoch werden wir sie sicherlich nicht beachten und die Beschränkungsmaßnahmen allein nach ihrer Wirkung auf die menschlichen Lebewesen beurteilen.

Damit sind wir aber noch nicht am Ende. Welche menschlichen Wesen kommen in Frage? Wenn eine Nation sich darüber entscheiden will, ob der Handelsverkehr mit einem andern Lande eingestellt werden soll oder nicht, muß sich unsere Stellungnahme dann nach der Wirkung dieser Politik auf die ganze Welt oder nur nach ihrer Wirkung auf jene einzelne Nation richten? Wenn wir schlauerweise einen Weg gefunden haben, um den Ausländer zu besteuern — indem wir ihn gegen seinen Willen zwingen, unsern nationalen Reichtum zu erhöhen —, sollen wir dann die Tatsache, daß unser Gewinn für ihn ein Verlust ist, gänzlich außer acht lassen? Wenn es nun angemessen ist, daß die Engländer ihre Politik ohne Rücksicht auf deren Folgen im Auslande treiben, warum sollten die Grenzen dann nicht noch enger gezogen werden? Warum sollten die Dekane von Cambridge ihren Studenten nicht den Ankauf in London hergestellter Bücher verbieten und dann mit dem so verdienten Reichtum ihre Keller mit herrlichen Weinen aus Portugal und Frankreich füllen? Ich habe viele Fragen gestellt und nicht versucht, sie zu beantworten. Das wäre eine Aufgabe für Ethiker, nicht für Volkswirte. Aber nichtsdestoweniger verbleibt es den Volkswirten, sich vor Augen zu halten, daß sie mit der Feststellung der Wirkungen, die eine bestimmte Beschränkungspolitik haben würde, noch nicht entschieden haben, ob diese Politik verfolgt werden sollte oder nicht. Sie haben damit nur einen Teil der Daten geliefert, die für eine solche Entscheidung erheblich sind. Als Wirtschaftswissenschaftler sind sie nicht berufen, auch die übrigen Fragen zu lösen.

Nachdem wir uns also zu einer angemessenen Bescheidenheit gefunden haben, wollen wir von unserm begrenzten Standpunkt aus wiederum die drei Arten von Beschränkungen betrachten, die ich soeben unterschied; und zwar an erster Stelle die Einschränkungen des Produktionsumfanges bestimmter Herstellergruppen. Ein jeder weiß, daß es in der Tauschwirtschaft einer bevorzugten Gruppe oft möglich ist, sich durch Einschränkung des Produktionsumfanges Vorteile zu verschaffen. Diese Beschränkungsmaßnahme erzwingt eine Preissteigerung und sichert jener Gruppe so möglicher-

weise größere Roherträge, bestimmt aber größere Reinerträge, als sie erzielt haben würde, wenn sie nach dem vorhandenen Marktpreis kalkuliert hätten. Das ist die bekannte Geschichte von den Monopolen mit ihren umfangreichen Abrechnungssystemen, den Ringen, Kartellen und Trusts. Im zweiten Kapitel dieser Geschichte konnte man bis vor kurzem immer wieder lesen, daß der Gewinn eines Monopolisten auf Kosten anderer Menschen entsteht. Für alles, was diese anderen Menschen von ihm kaufen, zahlen sie ihm einen Überpreis. Ja, ihr Verlust ist nicht nur ebenso groß wie sein Gewinn. Denn die letztliche Auswirkung einer monopolistischen Politik ist nicht etwa nur eine Übertragung von Vermögenswerten. Die andern Leute tragen nicht nur den monopolistischen Überpreis selbst als Verlust; sie verlieren außerdem alles das, was sie des höheren Preises wegen nicht mehr kaufen können. Dieser Verlust wird nicht einmal durch einen entsprechenden Gewinn des Monopolisten ausgeglichen. Einschränkungsmaßnahmen dieser Art bedeuten also, daß ein kleiner Teil der Gesellschaft auf Kosten eines größeren Teiles Gewinne erzielt, die kleiner sind als der Verlust der Mehrheit. Darum wurden bis vor kurzem Zusammenschlüsse zur Beschränkung des Handelsverkehrs von Regierungsseite nur mit Mißfallen geduldet, und einige Male wurden sie, so z. B. in den Vereinigten Staaten, durch strenge Gesetzgebung beseitigt. Jener bekannte Aphorismus Adam Smiths wirkte immer noch auf die Wirtschaftspolitik der Staaten. „Leute des gleichen Gewerbes“, schrieb er, „kommen nur selten zu Unterhaltung und Zeitvertreib zusammen, aber wenn sie sich unterhalten, so endet das in einer Verschwörung gegen das Gemeinwohl oder in einer Verabredung zur Erhöhung der Preise.“ Heute hat das zweite Kapitel dieser Geschichte einen anderen Inhalt. Die Regierungen aller Länder sehen Beschränkungsmaßnahmen dieser Art nicht mehr mit Mißfallen an, sondern ermutigen und unterstützen sie sogar oft. Wie ist dieser Umschwung zu erklären? Wie lautet das zweite Kapitel jener Geschichte in seiner neuen Fassung?

Ungefähr so: Eine Industrie hat ihre Kapazität in unzumutbarer Weise so sehr vergrößert, daß sie sie nicht länger mit

Nutzen aufrechterhalten kann. Um ein besonders eindringliches Beispiel zu nennen: Für den Kriegsbedarf wurde ein unverhältnismäßig großer Teil der Produktivkräfte auf die Herstellung von Munition umgestellt. Mit der Wiederkehr des Friedens mußte sich diese Industrie wieder auf einen normalen Bedürfnissen entsprechenden Umfang beschränken. In einer derartigen Lage entsteht die Frage, ob es nicht für alle Teile besser ist, die notwendige Verkleinerung in planvoller und geordneter Weise vorzunehmen, als auf dem Wege mörderischer Kämpfe und vieler Bankerotte zu demselben Ziel zu gelangen. Es handelt sich hier nicht um die Streitfrage, ob eine kleinere oder eine größere Produktion erwünscht sei — wie man das Problem bisher fälschlicherweise ansah —, sondern ob man, der veränderten Lage folgend, durch einen blinden, chaotischen und verlustreichen Vorgang von größerer Produktion zu kleinerer übergehen soll oder nach einem vernünftigen Plane. Solch eine planvolle Beschränkung würde die Produzenten nicht auf Kosten anderer bereichern. Andere Leute werden überhaupt nicht geschädigt. Im Gegenteil, sie haben nicht weniger Nutzen davon als die Produzenten, da die Verteilung der Produktivkräfte des Landes den neuen Bedingungen schneller und mit geringeren Substanzverlusten angepaßt wird. Einschränkungsmaßnahmen auf dieser Grundlage sind natürlich etwas ganz anderes als jene Einschränkungen monopolistischer Gruppen, von denen in Lehrbüchern die Rede ist. Was ist nun dazu zu sagen?

Zunächst ist eine Unterscheidung zu treffen. Eine bestimmte Industrie ist dann ungebührlich ausgeweitet, wenn in ihr Produktivkräfte verwendet werden, die nützlicher anderwärts beschäftigt würden. Ich möchte mich in keine Auseinandersetzung darüber einlassen, wie man die zweckmäßigste Verteilung der Produktivkräfte genau abschätzen solle. Jedem wird es ohne weiteres verständlich sein, daß die Leistungsfähigkeit vieler Industrien sich angesichts bedeutender Nachfrageveränderungen als zu groß erweisen kann. Die Lage ist dann so, daß ein Teil der in ihnen beschäftigten Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in anderen Unternehmungen mit größerem Nutzen verwendet werden könnte,

wobei dahingestellt bleiben mag, was man unter größerem Nutzen verstehen kann. In dieser Lage kann man mit Beschränkungsmaßnahmen sowohl die Verwendung der überflüssigen Produktivkräfte in jener Industrie verhindern, wie auch erreichen, daß sie anderswo Verwendung finden; die Beschränkungsmaßnahmen können aber auch derart sein, daß nur die erste dieser beiden Wirkungen eintritt, nicht die zweite. Diese Unterscheidung ist von großer Wichtigkeit. Die erstere Art erscheint geeignet, Produktivkräfte vor dem Vergeudetwerden zu bewahren — sie leitet sie von mangelhafter Ausnutzung zu einer besseren über; die zweite Art verursacht ihre Vergeudung — sie leitet sie von einer ungenügenden zu überhaupt keiner Beschäftigung. Wirtschaftliche Einschränkungsmaßnahmen sind daher gut oder schlecht, je nachdem sie die eine oder die andere dieser Wirkungen zur Folge haben.

Eine vorzügliche Beschreibung von Maßnahmen der ersten Art findet sich in dem Bericht des Sir Josiah Stamp über die Vorgänge, die nach dem Kriege in der Munitionsindustrie stattfanden.

„Lange vor Kriegsende“, schreibt er, „hatten die Munitionsfabrikanten erkannt, daß ihre Industrie eine bei weitem zu große Kapazität aufweisen würde, und daß die im Trust mitwirkenden Einheiten ihre Erzeugnisse unter sehr ungleichartigen Bedingungen auf den Markt bringen würden — weil einige, die im industriellen Gebiet liegen und wirtschaftlich arbeiten, teure moderne Betriebsanlagen und hohe Löhne haben, während andere ebenso billig liefern können, weil sie mit ländlichen Arbeitskräften, in entlegenen landwirtschaftlichen Gebieten, nach alten Methoden und mit Vorrichtungen arbeiten, deren Kapitalkosten schon längst abgeschrieben wurden. Es war klar, daß eine Anzahl der Unternehmungen eingehen mußte; man kam überein, Risiken und Kosten der Produktionsverringerung im Wege einer direkten Fusion zu verteilen, und zwar im wesentlichen nach Maßgabe der Vorkriegsgewinne. Die ersten 6 Jahre dieser Verschmelzung brachten die Schließung der meisten kleineren Fabriken und eine Konzentration und Spezialisierung der Herstellungsverfahren nach der besten und vorteil-

haftesten Art. Es wurden 55% der Betriebe geschlossen, und die meisten davon schließlich für andere Zwecke verkauft¹⁾.

Sehr häufig jedoch wirken beschränkende Maßnahmen ganz anders. Das überschüssige Realkapital einer bestimmten Industrie verursacht zunächst vor allem niedrige Preise, auf diese richtet sich die Aufmerksamkeit der Befürworter von Einschränkungsmaßnahmen — nicht auf die Tatsache der überschüssigen Kapazität. Sie wollen die niedrigen Preise beseitigen, weil diese sie ruinieren und sie außerdem, infolge des geringeren Geldzuflusses, daran hindern, technische Verbesserungen einzuführen. Darum muß man die Preise in die Höhe treiben, sei es, indem man Mindest-Verkaufspreise vorschreibt, oder indirekt, indem man Vorräte vom Markt zurückhält. Das geschieht durch Preis- und Absatzbindungen. Nun beachten Sie, was das zur Folge hat. Die Hersteller sind bevorzugt. Sie erzielen, wie bei einem regelrechten Monopol, wahrscheinlich größere Bruttoerträge, bestimmt größere Nettoerträge. Aber, insoweit sie das tun, werden die überschüssigen Produktivkräfte aus ihrer Industrie nicht entfernt. Es werden nur weniger beschäftigt, es stehen aber genau so viele wie bisher zur Verfügung. Wenn das Erzeugnis dieser Industrie eine sehr unelastische Nachfrage hat, kann es sogar vorkommen, daß dann neue Produktivkräfte hineingezogen werden. Denn die jener Industrie zugeschriebenen Gewinnchancen steigern sich mit dem Steigen der Preise. Normalerweise würden die niedrigen Preise die Produktivkräfte allmählich von dieser Industrie fortreiben. Die Einschränkungsmaßnahmen vom Typ der Munitionsindustrie hatten diese Wirkung. Die Ursache der Krankheit — überschüssige Kapazität — wird auf diese Weise behoben und mit ihm das Krankheitssymptom, der unangemessen niedrige Preis. Aber eine Politik der Beschränkungsmaßnahmen, die nur das Symptom behandelt, Niedrigstpreise festsetzt oder Vorräte vom Markt zurückhält, ist nicht nur ungeeignet, Abhilfe zu schaffen, sondern hindert oft geradezu die Heilung der Krankheit. Diese Art von Maßnahmen sind keine

1) Some Economic Factors in Modern Life, pp. 160/61.

zivilisierte Methode zur Leitung der Produktivkräfte, die ohnehin schließlich ihren Weg nehmen. Oft ist es ein anständiger Weg, sie halbbeschäftigt zurückzuhalten, wenn sie eigentlich schon fortgezogen werden müßten.

Ich gebe jetzt ein erdachtes Beispiel. Stellen Sie sich eine Industrie vor, die eine Ware, deren Nachfrage sehr unelastisch ist, mit viel zu großem Aufwand an Betriebsanlagen und Arbeitskräften herstellt. Wenn diese Industrie ihre Leistungsfähigkeit voll ausnutzt und die gesamte Produktion auf den Markt bringt, wird sie einen sehr niedrigen Preis erhalten. Es verbleibt ihr kein Nutzen. Arbeit und Kapital werden fortziehen. Vernichtet sie jedoch die Hälfte des jährlichen Ertrages absichtlich, so können gute Gewinne erzielt werden, ja, es kann sein, daß keine Betriebsverkleinerung eintritt. Auch ohne Wirtschaftswissenschaftler zu sein, würde man erkennen, daß hier eine große Verschwendung vor sich geht. Die Lehre daraus ist, daß bei überschüssiger Kapazität Einschränkungspläne, die in der Hauptsache Preis und Ertrag berücksichtigen, höchstwahrscheinlich ihren eigentlichen Zweck verfehlen werden. Damit man mit einiger Sicherheit auf Erfolg der Maßnahmen rechnen kann, muß man nicht nur die Symptome ins Auge fassen, sondern — wie es in dem Falle der Munitionsindustrie geschah — auf die tieferen Ursachen zurückgehen.

Dies führt uns zu einem schwierigen Problem. Es ist ganz klar, daß das ideale Heilmittel gegen eine zu große Betriebskapazität in einer Weiterleitung des überflüssigen Realkapitals an andere Industrien, die es brauchen können, zu suchen ist. So könnte man Krankheitsursache und Symptom zugleich beseitigen. Leider kommt es aber häufig vor, daß Kapitalanlagen und in geringerem Maße Arbeitskräfte für bestimmte Industrien spezialisiert und daher unbeweglich sind. Bestimmte Maschinen könnte man zum Beispiel nicht in anderen Industrien verwenden. Am günstigsten ist es dann, die Anlage nach ihrer Abnutzung nicht wieder zu erneuern und die hierfür an sich zur Verfügung stehenden Geldmittel für andere Anlagen zu verwenden. Diese Art der Überleitung von Kapital kann nur langsam vor sich gehen. Für Zeiträume, die dafür zu

kurz sind, kommt unser Idealheilmittel also nicht in Betracht. Dann lautet die entscheidende Frage also nicht, ob man die überflüssige Anlage unserer Industrie in eine andere überführen soll, sondern, ob man es in der gleichen Industrie weiter- oder überhaupt nicht beschäftigen will. Vom Standpunkt der in dieser Industrie interessierten Kapitalisten wäre eine Stilllegung natürlich das beste. Sie würden dann eine gute statt einer schlechten Anlageverzinsung erhalten. Aber — man kommt nicht daran vorbei — diese gute Verzinsung ist ein Monopolgewinn, der durch unverhältnismäßige Verluste anderer Menschen erzielt wird. Es werden genau so wie in den bekannten Fällen der Kaffee- und Weizenverbrennung Produktionsmittel vorsätzlich vergeudet. Falls die Öffentlichkeit ein Interesse daran hat, die Gewinne der betreffenden Kapitalgruppe sicherzustellen, so ist es für sie in jedem dieser Fälle weit billiger, dieser Kapitalgruppe einen entsprechenden Betrag direkt zu schenken, als die Zerstörung nützlicher Dinge zuzulassen. Soviel ich weiß, ist es bei uns im Gesetz verboten, daß jemand absichtlich sein eigenes Haus niederbrennt. Wie dem auch sei, eine solche Handlungsweise würde von uns allen als barbarisch und empörend verurteilt werden. Die vorsätzliche Vergeudung oder Zerstörung von Verbrauchsgütern oder Produktionsmitteln zum Zwecke eines privaten Gewinnes ist nicht weniger barbarisch und für den Volkswirt nicht weniger empörend.

Dies führt mich zu meinem nächsten Punkt. Wenn eine Industrie einen ungebührlich hohen Anteil der öffentlichen Mittel in Anspruch nimmt und wenn Einschränkungmaßnahmen in diesem Falle, wie so oft, antisoziale Auswirkungen haben könnten, so ist dies doch niemals eine absolute Notwendigkeit. Grundsätzlich kann man auch hier — wie bei der Munitionsindustrie — Abhilfe schaffen. Grundlage hierfür ist aber eben, daß diese Industrien einen zu großen Teil der Produktionskräfte verwenden. Es ergibt sich also, daß man die Rechtfertigungsgründe der Einschränkungmaßnahmen, die wir hier erörtert haben, nicht auf alle Fälle anwenden kann; denn wenn einige Industrien einen zu großen Anteil der Produktivkräfte verwenden, so schließt das ein, daß andere

einen zu kleinen Teil beschäftigen. Ich deutete aber schon früher an, daß die Krankheitsursache — überschüssige Kapazität — eine geringere Rolle im gewöhnlichen Denken spielt als ihr Symptom: niedrige Preise und Erträge. Daher werden beschränkende Maßnahmen oft als Allheilmittel angesehen, das nicht nur bestimmten Industrien mit Überproduktion helfen könne, sondern allen Industrien, die in schlechten Zeiten darniederliegen. So entsteht dann eine merkwürdige Verwirrung der Geister — unter anderem in keinem geringeren Kopf als dem des Finanzministers. Dieser Gewaltige hat sehr richtig und klar gesagt, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen ein Steigen des allgemeinen Preisniveaus sehr erwünscht sei. Warum? Weil man die Industrie dadurch, daß man ihr größere Gewinne verschaffe, zur Expansionstätigkeit und somit zur Aufnahme einer großen Anzahl Arbeitsloser veranlassen werde. Auf welche Weise sollte nun das erwünschte Steigen der Preise erreicht werden? Durch eine Einschränkung der Produktion! Wenn diese Versuche erfolgreich sind, „dann“ — das sind des Ministers Worte — „liegt es handgreiflich vor uns, auf diese Art auch eine Steigerung der Großhandelspreise der Welt bewirken zu können.“ Beachten Sie, der Plan geht nicht nur dahin, die Inlandspreise durch Einfuhrbeschränkung vorteilbringend zu erhöhen. Man soll vielmehr in der ganzen Welt die Preise durch Einschränkung der Produktion mit Nutzen erhöhen können. Das dient nach des Ministers eigenen Worten dem Zweck einer Belebung der industriellen Tätigkeit und einer Hebung des Beschäftigungsgrades! Wenn Sie das auf eine kurze Formel bringen, dann lautet die Behauptung des Ministers tatsächlich: „Wenn man die industrielle Tätigkeit ausdehnen will, so ist das richtige Mittel hierzu, sie einzuschränken.“ Der berühmte Oxforder Philosoph Bradley definierte die Metaphysik einmal als „das Auffinden von schlechten Gründen für das, was wir instinktiv glauben“. Sie brauchen nun keine Angst zu haben, daß das nun alles eintreten wird; offenbar war der Minister bei der Beschäftigung mit dieser düsteren Wissenschaft zu lange aufgeblieben.

Die zweite Art von Beschränkungsmaßnahmen, die ich besprechen wollte, sind solche, die eine Regierung dem Handel

zwischen Staatsbürgern und Ausländern auferlegt. Sie zerfallen in zwei Klassen. Die einen sollen nur vorübergehende Schwierigkeiten beheben, die anderen sind auf längere Dauer angelegt. Als unter die erste Art fallend wäre eine wichtige Form von scheinbar vorübergehenden Beschränkungsmaßnahmen zu erörtern, die in Ländern mit Goldstandard vorkommt; nämlich Beschränkungen, die bei gestörtem Gleichgewicht mit dem Zweck auferlegt werden, eine Erschwerung der Währungslage durch ausländische Ereignisse zu verhindern. Da wir keinen Goldstandard mehr haben, muß ich mich entschuldigen, daß ich darüber gesprochen habe¹⁾. Es gibt noch eine Anzahl anderer Arten von scheinbar vorübergehenden Beschränkungsmaßnahmen, für die gute Gründe vorliegen können. Angenommen, wir produzierten für uns selbst die Güter, von denen wir einen relativen Nutzen haben und führten jene aus, die uns relativ weniger Nutzen brächten und es befände sich alles mehr oder weniger im Gleichgewicht. Plötzlich wird eine Güterart, die wir bisher im eigenen Lande herstellten, infolge irgendeines vorübergehenden Ereignisses im Ausland — nehmen Sie z. B. an, Währungsentwertung führte, bis die Anpassung erfolgt ist, zu einer Wechselkursprämie — in ungewöhnlich großen Mengen eingeführt. Wenn nichts dagegen unternommen wird, werden unsere Verbraucher zwar zeitweise den Vorteil der billigeren Preise haben; aber die gesamte Industrie, die unseren Bedarf unter normalen Bedingungen zufriedenstellend liefert, kann dadurch in Unordnung gebracht und erheblich geschädigt werden. Wenn die Zeit der billigen Preise vorüber ist, dürften die Kosten der Wiederherstellung jener Industrie den Nutzen der zeitweisen Billigkeit bei weitem übersteigen. In solch einem Falle kann eine zeitweilige Einfuhrbeschränkung wünschenswert sein. Aus demselben Grunde mag es auch wünschenswert sein, die Neugründung von absatzfähigen Industrien mit staatlicher Hilfe zu unterstützen, wenn diese erst nach geraumer Zeit in der Lage sein dürften, mit den schon bestehenden ausländischen Firmen zu konkurrieren. Das ist das bekannte Argument zur Unterstützung junger Industrien. Kein Volkswirt wird hiergegen

1) Vgl. Kap. III, S. 51 ff.

oder gegen eine ähnliche Argumentation aus grundsätzlichen Motiven vorgehen. Die Frage ist nur in der Praxis immer die: Kann man damit rechnen, daß die Regierung sich die richtigen Industrien als Protektionskinder aussuchen wird und daß sie den Schutz aufhebt, wenn er nicht mehr notwendig ist? Jeder weiß, daß nicht wenige dieser Schützlinge der Regierung sich nicht entwickelt haben, andere hingegen zu grimmigen alten Seebären wurden.

Wir wollen uns nun den Einfuhrbeschränkungen zuwenden, die auf Dauer angelegt sind. Wenn wir sie in Vergleich mit dem Freihandel setzen, so können wir den Gesamtumfang der Produktivkräfte, die Verwendung finden, außer Acht lassen. Es ist wahrscheinlich, daß auf lange Sicht Preise und Löhne sich unter jedem System bald mehr bald weniger gut aufeinander einspielen. Die beiden Systeme werden sich daher nicht bezüglich des Umfanges der Beschäftigung, sondern in der Art ihrer Verwendung unterscheiden, d. h. in dem Verhältnis, in dem Arbeit und Kapital sich auf die verschiedenen Formen der Produktionstätigkeit verteilen. Unter einem Regime beschränkender Maßnahmen wird dieser Vorgang nicht nur durch die freie Entscheidung Einzelner, sondern teilweise durch den Staat bestimmt. Es stellt sich also die Frage, ob und unter welchen Umständen der Staat eine bessere Zuteilung der Produktivkräfte sichern kann, als dies das private Unternehmertum, sich selbst überlassen, vermöchte.

Es können erstens Gründe außerwirtschaftlicher Art dafür sprechen, die Produktion bestimmter Inlandsgüter über das privatwirtschaftlich erreichbare Maß hinaus zu steigern. Sozialpolitische Erwägungen können es erwünscht machen, daß ein größerer Teil der Bevölkerung auf dem Lande lebt, militärische Gründe können dafür sprechen, einen großen Teil der Nahrungsmittel im Inland anzubauen. Aus militärischen Gründen kann es ferner für eine Nation etwa angebracht sein, eine möglichst entwickelte Farbstoffindustrie zu besitzen — um, im Falle eines Kriegsausbruchs, auf die Herstellung von Munition und Giftgasen eingerichtet zu sein —, oder daß sie eine bedeutende Eisen- und Stahlindustrie oder eine große Industrie optischer Instrumente hat. Ein Weg, um eine

starke Inlandsproduktion dieser Güter zu sichern, ist natürlich die Versperrung der Einfuhr. Das Land entschließt sich also, im Frieden wichtige Kriegsgüter mit besonderem Kostenaufwand herzustellen, um im Falle eines Kriegsausbruches keinen Mangel an diesen Gütern zu haben. Augenscheinlich können Beschränkungen dieser Art am Platze sein.

Man kann auch ohne diese abseits liegenden Überlegungen ohne weiteres zeigen, daß das freie Spiel des privaten Eigennutzes im Außenhandel ebensowenig immer die beste Anordnung der Produktivkräfte ergibt wie im Binnenhandel. Das bedeutet also, daß teilweise Beschränkungen des Außenhandels, sowohl dauernde wie auch solche vorübergehender Art, uns unter Umständen von Nutzen sein können. Kein ernsthafter Volkswirt bezweifelt das. Wir bezweifeln nur, daß die gegenwärtig lebenden überzeugten Anhänger dieser Beschränkungsmaßnahmen uns diese auch wirklich einwandfrei auferlegen könnten, und zwar u. a. deshalb, weil viele von ihnen nicht einmal die Grundzüge des Problems verstehen, das sie zu lösen haben. Dies Versagen zeigt sich deutlich in den Argumenten, die sie zur Verteidigung von Maßnahmen vorbringen, welche in ihrem Sinne getroffen wurden.

Erlauben Sie mir, Ihnen ein Beispiel zu geben, das zwar eine Karrikatur ist, aber doch der Wirklichkeit recht nahekommt. Vor 1 oder 2 Monaten schrieb ein Gartenkünstler aus Lyme Regis an die Times: „Es wird Sie interessieren, daß einer meiner Bananestauden ein großes Bananenbündel trägt. Im letzten Jahr hatte ich drei. . . Die Bananen sind sehr klein — ungefähr 2 Zoll groß und werden nicht reif, aber es sind 20 oder 30 Stück.“ Wo könnten Sie nach der Logik der Rednertribüne oder der Presse einen gewichtigeren Anlaß für Beschränkung der Einfuhr finden? Bananen können in England gezogen werden. Die Aufgabe ist allerdings schwierig; aber das bedeutet nur, daß die Bananenkultur einer ungeheuren Menge von Menschen Arbeit geben würde! Die Tatsache, daß in England gezogene Bananen nicht reif werden, könnte auf den ersten Blick nachteilig erscheinen. Aber sie ist es keineswegs. Wenn die Bananen auch nicht reifen, so können sie doch

gegessen werden! Dadurch werden Beschäftigung und Einkommen der Ärzte steigen. Die Ausgabe dieses Einkommens wird wieder neue Beschäftigung verursachen. Die Notare, die die Testamente der Ärzte machen, und die Geistlichen, welche die Trauung ihrer Töchter vornehmen, werden dadurch reich; durch Ausgeben ihres Gewinnes werden sie dann wiederum andere reich machen. Im Glanz dieses Wohlstandes wird England den Namen Bananenland erhalten, und Mr. Elliot wird zum König gekrönt werden!

Aber ach, der Traum zerfließt. Auf lange Sicht ist die Einfuhrbeschränkung kein geeignetes Mittel, um die einheimischen Produzenten bestimmter Waren gegen ausländische Produzenten derselben Waren zu schützen; man kann mit ihr nur die einheimischen Hersteller von Inlandsgütern gegen einheimische Hersteller von Exportgütern schützen. Einfuhrbeschränkungen bewirken, daß wir bestimmte Güter durch direkte eigene Produktion erhalten, anstatt durch indirekte Produktion, d. h. anstatt etwas anderes herzustellen und dies mit dem Ausland zu tauschen. Wenn wir, gesehen von einer Beschränkung, den zweiten Weg statt des ersten wählen, so werden Beschränkungsmaßnahmen uns vermutlich schaden. Daher liegt die Beweislast zugunsten einer solchen Beschränkungsmaßnahme in jedem Einzelfall bei ihren Befürwortern, nicht aber bei ihren Gegnern. In bestimmten Fällen mögen die Befürworter den erforderlichen Beweis erbringen und so die Vermutung widerlegen. Werden solche Fälle aber häufig vorkommen und werden die Leute, die von jener Vermutung oder der ihnen obliegenden Beweislast nichts wissen wollen, ihre Beschränkungsmaßnahmen auf diese Fälle begrenzen?

Wir kommen nun zum letzten meiner drei Typen von beschränkenden Maßnahmen. Es handelt sich um die Einschränkungen, die souveräne Staaten auf Grund gegenseitiger Übereinkunft in dem Umfang und der Art ihrer Rüstungen vornehmen. Da diese Art der Einschränkung außerhalb des Bereiches der Tauschwirtschaft liegt, ist sie von den andern hier besprochenen Arten grundlegend verschieden. Wenn zwei Menschen oder Menschengruppen miteinander Handel treiben wollen, so wollen sie dabei

beide gewinnen. Daher kann man grundsätzlich bis zum Beweise des Gegenteils immer annehmen, daß hier beiderseitige Beschränkungsmaßnahmen beide Teile schädigen werden. Wenn aber zwei Menschen oder Gruppen nicht in Tauschbeziehungen, sondern im Kampf miteinander stehen, so kommt ein beiderseitiger Gewinn überhaupt nicht in Frage. Der eine kann nur auf Kosten des anderen gewinnen. Folglich kann man auch nicht annehmen, daß beiderseitige Beschränkungsmaßnahmen beide Teile schädigen würden. Im Gegenteil, sie können beide davon nur Nutzen haben. Denn für jeden der beiden besteht doch der einzige Vorteil seiner Rüstungen darin, daß er dadurch im Verhältnis zu dem anderen stärker wird. Wenn nun der Umfang der Rüstungen für beide auf die Hälfte herabgesetzt wird, so ist ihr gegenseitiges Stärkeverhältnis genau das gleiche und sie haben beide die Herstellungskosten für die andere Hälfte gespart. Die Vermutung spricht hier zugunsten von Beschränkungsmaßnahmen, nicht gegen sie.

Aber von gegenseitigen Übereinkünften abgesehen, gibt es hier keinerlei natürliche Tendenz zur Beschränkung. Im Gegenteil, Rüstungen tragen in sich den Antrieb zu weiteren Rüstungen. Denn wenn ein Land seine Rüstungen vergrößert, kann ein anderes seine vorherige Stärke nur wiederherstellen, indem es selbst aufrüstet. Dann aber hat das erste Land seinen eben erreichten Vorsprung schon verloren. Es rüstet also weiter: und das wiederholt sich immer schneller. Ohne Übereinkommen der Parteien gibt es nur einen ständigen Drang nach weiterer Aufrüstung, und diese Steigerung kann erst dann ihr Ende finden, wenn die daran Beteiligten vernichtet sind. Prof. Haldane spricht in seinem Buch „The Causes of Evolution“ über die Entwicklung gewisser primitiver Horntiere. Den Gattungskampf überlebten meist die mit den stärksten Hörnern versehenen Tiere. So wurden die Hörner dieser Tierart nach und nach immer mächtiger. „Die geologische Forschung verzeichnet viele Fälle, in denen die Entwicklung ungewöhnlicher Horn- und Stachelbildungen (manchmal nur beim männlichen Geschlecht) die Vorstufe des Aussterbens war. Es ist wahrscheinlich, daß in manchen dieser Fälle die Tiere buchstäblich unter dem

Gewicht ihrer Bewehrung zusammenbrachen¹⁾.“ So wird die Entwicklung der Kampfaffen, wenn sie auch im Interesse der einzelnen Gattungsglieder geschieht, letzten Endes für alle unheilvoll. Der Kampf einzelner Menschengruppen um die größere Macht wird schließlich für alle vernichtend. Gegenseitige Übereinkunft zur Beschränkung der Rüstungen können allen gemeinsam Nutzen bringen, ohne einen einzelnen zu schädigen. Was der Einzelne durch die ihm auferlegte Beschränkung an relativer Macht verliert, das wird durch die Einschränkung der anderen ausgeglichen. Sie sind dann alle nicht weniger sicher als vorher, und allen ist auf die Weise ein schlimmer Kraftverlust erspart geblieben.

Aber diese wirtschaftliche Überlegung ist natürlich nicht die Hauptsache. Soweit eine gegenseitige Übereinkunft zur Beschränkung der Rüstungen eingehalten werden kann, schützt sie uns einigermaßen vor dem zweifellos schlimmsten öffentlichen Unheil, dem Krieg unter modernen Staaten. Nicht nur die Wunden und der Tod so vieler Kämpfer machen den Krieg heute so furchtbar. In gewisser Hinsicht ist die gleichzeitige Erniedrigung des Denkens und Handelns derjenigen, die in körperlicher Sicherheit zu Hause bleiben, noch schlimmer. Ich gebe ein kleines Beispiel. Noch im ersten Stadium des Weltkrieges schlug ich in einer Veröffentlichung vor, die Alliierten möchten ihre Friedensbedingungen, und zwar mäßige Bedingungen, öffentlich festlegen. Das war vielleicht ein Vorschlag, über den sich streiten ließ, aber es war, da Leben und Glück von Millionen auf dem Spiel standen, gewiß kein verbrecherischer Vorschlag. Auf Grund dieser Äußerung erhielt ich nun aber viele Zeichen des Wohlwollens und der Achtung, u. a. einige bezeichnende anonyme Postkarten. Hier ist eine — kurz und sachlich —: „Mögen Sie auf ewig im tiefsten Pfuhl der Hölle modern!“ Eine so reizende Strafe ersann selbst Dante nicht für seine Feinde! Der Krieg hatte diesen Gentleman — oder wie ich annehmen möchte, diese Dame — mit dichterischer Phantasie begabt; aber finden Sie, daß sie auch an Herzensgüte gewonnen hatte? Noch eine andere Erinnerung. Unmittelbar vor dem Waffenstillstand, als endlich Hoffnung auf

1) The Causes of Evolution, S. 126.

ein Ende jenes langen Alpdrucks dämmerte, da erschienen in einer Londoner Zeitung drei Briefe von drei alten Männern. Sie müssen zusammen ungefähr 250 Jahre alt gewesen sein. Sie wollten folgendes: Es dürfe keinen Waffenstillstand geben. Bevor die deutschen Armeen sich nicht bedingungslos ergeben hätten, wollten diese mutigen Knaben — ausgerechnet sie! — niemals Frieden machen. Eine Komödie, aber auch eine Tragödie! Als das wesentliche schon gewonnen war, sollten nochmals Tausende für einen Schatten, eine Phrase sterben! Ist es nicht eine Tragödie des Geistes, daß Menschen, die selbst außer Gefahr waren, die Welt schamlos zu solchem Vorgehen drängen konnten? Wenn meine französische Aussprache nur ein wenig besser wäre, dann würde ich Ihnen eine Stelle aus Anatole France vorlesen. Sie verliert viel in der Übersetzung, aber ungefähr lautet sie folgendermaßen: Dann legte Doktor Obnubille den Kopf in die Hände und dachte bitter: „Da Reichtum und Zivilisation soviel Kriege, Armut und Grausamkeit mit sich bringen, da Torheit und Schlechtigkeit der Menschen unheilbar sind, so bleibt nur eine gute Tat noch zu tun. Der Weise wird sich genügend Dynamit verschaffen, um diesen Planeten auseinanderzusprengen. Wenn seine Trümmer durch den Weltraum rollen, dann wird im Weltall eine unmerkliche Verbesserung eingetreten sein; darüber wird dann das Gewissen des Weltalls, das übrigens gar nicht existiert — *qui d'ailleurs n'existe pas*, Befriedigung empfinden“. Nun wohl, vielleicht lohnt sich eine Beschränkung der Rüstungen durch gegenseitige Verständigung doch.

Grundsätze der Sozialökonomie. Von **Edwin R. A. Seligman**, LL. D. Prof. der politischen Ökonomie an der Columbia-Universität. Nach der zwölften englischen Auflage ins Deutsche übertragen von Dr. Ivo Kornfeld, Wien. Mit 24 zum Teil mehrfarbigen Abbild. XXIV, 688 S. gr.8° 1930 Rmk 28.—, geb. 30.—*

Inhalt: I. Einleitung: 1. Grundbegriffe. Ökonomisches Gesetz und Methode. / II. Elemente des Wirtschaftslebens. a) Grundlagen des Wirtschaftslebens. 3. Die natürliche Umgebung. 4. Die Bevölkerung. b) Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens und Denkens. 5. Die Wirtschaftsstufen. 6. Die geschichtlichen Formen des Geschäftsunternehmens. 7. Die Wirtschaftsentwicklung in den Vereinigten Staaten. 8. Die Entwicklung des wirtschaftlichen Denkens. c) Die Bedingungen des Wirtschaftslebens. 9. Das Privateigentum. 10. Der Wettbewerb. 11. Die Freiheit. / III. Gefüge und Ablauf des Wirtschaftslebens. a) Der Wert. Allgemeine Grundsätze. 12. Bedeutung des Wertes. 13. Das Maß des Wertes. 14. Die Kapitalisierung des Wertes. 15. Die Bestimmung des Marktwertes. 16. Die Bestimmung des Normalwertes. 17. Das allgemeine Wertgesetz. b) Wert und Erzeugung. 18. Der Charakter der Erzeugung und die Erzeugungsfaktoren. 19. Die Arbeit. 20. Der Boden. 21. Das Kapital, 22. Das Unternehmen. Die Konzentration der Erzeugung. c) Wert und Verteilung. 23. Der Profit. 24. Die Rente. 25. Der Zins. 26. Der Lohn. 27. Das Arbeitsproblem. d) Wert und Tausch. 28. Natur und Wert des Geldes. 29. Geld, praktische Probleme. 30. Kredit- und Bankwesen. 31. Kredit- und Umlaufmittel. 32. Der internationale Handel. 33. Der Transport. 34. Versicherung. / IV. Staat und Reichtum. 35. Sozialismus und öffentliches Eigentum. 36. Die Kontrolle der Trusts. 37. Arbeitsgesetzgebung. 38. Sozialversicherung. 39. Armut und Fortschritt. — Namen- und Sachverzeichnis.

Für den deutschen Leser ist dieses Werk wohl das wichtigste zum Eindringen in das amerikanische wirtschaftswissenschaftliche Schrifttum, weil die darin entwickelten allgemein-theoretischen Grundsätze auf die eigentümlichen amerikanischen Verhältnisse bezogen sind.

Das Volk in der Wirtschaft. Ein Versuch vom Standpunkt volkstheoretischer Wirtschaftsbetrachtung — an Beispielen aus dem wirtschaftlichen Nationalitätenkampf. Von **Herbert Knesche**, Dr. rer. pol. habil. („Schriften d. Inst. f. Grenz- und Auslandsdeutschum a. d. Univers. Marburg.“ Heft 10.) XII, 336 S. gr.8° 1937 Rmk 12.—

Inhalt: 1. Einführung. / 2. Volk und Wirtschaft in der wissenschaftlichen Anschauung und Begriffsbildung. (Lehrgeschichtlicher Überblick.) / 3. Volk und Wirtschaft in der Lebenswirklichkeit. (Aufbauversuch.) / 4. Das Volk in der Wirtschaft. (Umriss volklicher Wirtschaftspolitik.) / 5. Rückblick und Ausschau. (Gestaltungsmöglichkeiten gesamtvolklicher Wirtschaft.) Anmerkungen. Namenverzeichnis.

Untersuchungsgegenstand und Arbeitsaufgabe für diese Schrift ist die Frage nach dem Verhältnis, in dem Volk und Wirtschaft zueinander stehen und in eigenartiger Verknüpfung wesentliche Bezirke unseres sozialen, in Gemeinschaft gebundenen Daseins miteinander bestimmend umgrenzen und mit tätiger Wirksamkeit erfüllen. Unter dem Blickwinkel, daß Volk oder Teilvolk zu elementarer Daseinsbehauptung aus seinen eigenen Kräften heraus wirtschaftlich tätig wird und Gemeinschaftskräfte entwickelt, kam es dem Verfasser zunächst darauf an, volkliche Wirtschaft in der Beziehung auf die ihr unterliegende volkliche Existenz und nach dem Grade der Sicherungsmöglichkeiten des Volksbestandes zu untersuchen und zu beurteilen.

Die sozialwissenschaftliche Erkenntnis. Ein Beitrag zur Methodik der Gesellschaftslehre. Von Dr. **Ernst Seidler**, o. Universitätsprof., österr. Ministerpräsident a. D. VIII, 280 S. gr.8° 1930 Rmk 12.50, geb. 14.—*

Inhalt: Einleitung. / 1. Das allgemeine Wesen der Erscheinung. / 2. Die soziale Erscheinung. / 3. Die allgemeinen Wege der Erkenntnis. / 4. Das Verhältnis der allgemeinen zu den sozialwissenschaftlichen Erkenntniswegen. / 5. Die Geschichtswissenschaft. / 6. Die Soziologie. / 7. Die Rechtswissenschaft. / 8. Die Staatslehre. / 9. Die Volkswirtschaftslehre. / Autorenregister.

Juristische Blätter. Jhrg. 61, Nr. 22: Das reiche Werk ist das geistige Vermächtnis eines hochstrebenden Gelehrten. . . . Das Werk bedeutet sicher in der Fülle der soziologischen Literatur einen Baustein, den man nicht gerne missen möchte. Sein Studium, das geistigen Genuß und vielfältige Belehrung und Anregung bietet, sei angelegentlich empfohlen.

Die Leistung der deutschen Volkswirtschaftslehre. Von Prof. Dr. **Hans Gehrig**, Dresden. IV, 48 S. gr.8° 1936 Rmk 2.40

Inhalt: 1. Die Eigenart der deutschen Sozialwissenschaft. 2. Der Einfluß des humanitären Idealismus. 3. Die Romantik, insbesondere Adam Müller. 4. Die Anfänge der Volks-Wirtschaftslehre. 5. Friedrich List. 6. Der soziale Gegensatz zur englischen Lehre: J. H. v. Thünen. Rodbertus und Hermann. 7. Die ältere historische Schule: Hildebrand, Roscher, Knies. 8 a. Die ethische Nationalökonomie des Kathedersozialismus. 8 b. Schmoller, Wagner und Schöffle. 9. Die Neubelebung der theoretischen Forschung und der Ganzheitslehre (Spann). / Nachwort. Hinweise und Belege.

Die Erfüllung der Volkswirtschaft. Eine Studie über den „Gegenstand“ der Volkswirtschaftslehre. Von Prof. Dr. **Th. Brauer**. III, 100 S. gr.8° 1934 Rmk 3.50

Inhalt: Einleitung. / I. Teil: **Die Entleerung der nationalökonomischen Theorie:** 1. Zweck und Ziel der „reinen“ Theorie. 2. Die Wesenheit der Volkswirtschaft. 3. Relationsurteile in der Volkswirtschaftslehre. 4. Das rein formale Rationalprinzip. Unterbau und Überbau. Die Frage nach der „ökonomischen Norm“. / II. Teil: **Das Wesen der Volkswirtschaft:** 1. Die Gewinnung der ökonomischen Norm. 2. Volkswirtschaft als die „staatlich geeinte“ Wirtschaft des Volkes. 3. Die „Dynamik“ des Wirtschaftslebens. 4. Das Volk als „Wirtschaftsvolk“. 5. Entwicklungsstufen der Volkswirtschaft. 6. Methodologische Fragen.

Tote und lebendige Wissenschaft. Kleines Lehrbuch der Volkswirtschaft in fünf Abhandlungen. Von **Othmar Spann**, o. ö. Professor der Gesellschaftslehre und Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien. Vierte, abermals durchgesehene Auflage. XVIII, 418 S. gr.8° 1935 Rmk 10.50, geb. 12.—

Inhalt: I. Die Systemgedanken der individualistischen und universalistischen Volkswirtschaftslehre. / II. Tausch und Preis nach individualistischer und universalistischer Auffassung. / III. Die Ausgliederungsordnung der Wirtschaft und ihre Vorrangverhältnisse. 1. Ausgliederung und Vorrang. 2. Die Teilinhalte der Volkswirtschaft und ihre Vorrangverhältnisse. 3. Der Stufenbau der Wirtschaft und seine Vorränge. / IV. Wert, Preis, Verteilung. / V. Die vier Grundgestalten der Wirtschaft: 1. Die reine Verkehrswirtschaft. 2. Die durchgängige Planwirtschaft oder kommunistische Wirtschaft. 3. Die ständisch gebundene Wirtschaft. 4. Die freigeregelte Wirtschaft oder der gemäßigte Kapitalismus. 5. Geschichtlicher Rückblick. 6. Das Verhältnis der vier Grundgestalten zueinander. / Namen- und Sachverzeichnis.

Volkswirtschaftslehre. Von Dr. jur. et phil. **Albert Hesse**, Prof. der wirtschaftl. Staatswissenschaften a. d. Univers. Breslau. („Grundriß der politischen Ökonomie.“ Bd. II.) VIII, 298 S. gr.8° 1936 Rmk 10.—, geb. 11.50

Inhalt: I. **Gegenstand und Verfahren.** 1. Wissenschaft. 2. Wirtschaftswissenschaft. 3. Der Systemgedanke. 4. Die Gegenstände der Betrachtung. 5. Die Gesichtspunkte der Betrachtung. 6. Die Zusammenfassung der Ergebnisse. 7. Aufgabe der Wirtschaftslehre. 8. Bedeutung und Anwendung der Theorie. 9. Wirtschafts- und Sozialpolitik. / II. **Die Gütererzeugung.** 10. Produktion und Konsumtion. 11. Produktivität. 12. Die Produktionsfaktoren. 13. Die Produktionsweise. / III. **Der Güterumlauf.** a) Wert und Preis. 14. Der Markt. 15. Die Wertlehre. 16. Die Preislehre. 17. Die Ordnung der Preise. 18. Preisentwicklung und Preisniveau. b) Das Geld. 19. Das Wesen des Geldes. 20. Der Geldwert. 21. Die Währung. 22. Die Bindung an Edelmetall. 23. Die freie Währung. 24. Der unbare Zahlungsverkehr. 25. Der zwischenstaatliche Zahlungsverkehr. 26. Die Entwicklung der Währungen einzelner Länder. c) Der Kredit. 27. Wesen und Bedeutung. 28. Die Bedeutung des Kredits. 29. Der Geld- und Kapitalmarkt. 30. Die Banken. 31. Die Börsen. / IV. **Die Güterverteilung.** a) Das Einkommen. 32. Wesen und Arten. 33. Das Verteilungsproblem. 34. Die Einkommensentwicklung. b) Die Einkommensarten. 35. Die Grundrente. 36. Der Kapitalzins. 37. Die Lohnformen. 38. Die Lohnhöhe. 39. Unternehmerlohn und Unternehmergewinn. / V. **Der zeitliche Ablauf der wirtschaftlichen Vorgänge.** 40. Konjunktur und Krise. 41. Der Konjunkturverlauf. 42. Die Ursachen der wirtschaftlichen Schwankungen. 43. Wirkungen und Gegenmaßnahmen. — Register.

Die Grundlagen der Volkswirtschaft. Von Dr. **C. A. Verriijn Stuart**, o. ö. Prof. an der Univers. Utrecht. Mit 4 Abbild. im Text. VIII, 296 S. gr.8° 1923 Rmk 7.—, geb. 8.50*

Inhalt: Einleitung: Die Wissenschaft als Volkswirtschaftslehre. Die Grundlagen der Volkswirtschaft. / I. **Die allgemeinen Grundlagen.** 1. Das Gesetz der Arbeit. 2. Das Gesetz des Wertes. Das Wesen und der Ursprung der Werterscheinung. Die Größe des Wertes. Der Wert der komplementären und der Kapitalgüter. Die Kostentheorie. 3. Die Theorie der Preisbildung. / II. **Die besonderen Grundlagen.** a) ursprünglicher Art: Die Natur. Der Mensch. b) abgeleiteter Art. Die Gesellschaft. Der Staat. / Personenregister.

Dieses Buch erschien zuerst in holländischer Sprache als einführendes Handbuch für Studierende der Nationalökonomie und hat in Holland viel Anerkennung gefunden.

Wirtschaftsdienst (Hamburg). 1926, Nr. 30: Dieses recht unterhaltsam geschriebene Lehrbuch stellt keine eigene Theorie, geschweige eine eigene Begriffsbildung auf, aber übermittelt mit Hilfe einer Fülle von hübschen Beispielen wirklich erlebte Wirtschaftserkenntnisse und macht die schwierigsten Theorien verständlich. Der Schwerpunkt liegt auf den Lehren vom Wert und von der Preisbildung. . . . Gr.

Grundzüge der Geldtheorie. Ein Nachtrag zu den „Vorträgen über wirtschaftliche Grundbegriffe“. Von **Heinrich Oswald**, Frankfurt a. M. V, 78 S. gr.8° 1929 Rmk 4.—

Inhalt: 1. Das Geld als Tauschmittel. 2. Das Geld als Wertmaß. 3. Weitere Funktionen des Geldes. 4. Verschiedene Arten des Geldes. 5. Das Geld in der Wirtschaft.

Mitteilgn. d. Verbandes österreich. Banken. Jhrg. 12 (1930), Nr. 5/6: Wer Oswalds „Vorträge über wirtschaftliche Grundbegriffe“ gelesen hat, weiß, daß Oswald einer der besten, vielleicht sogar der beste Didaktiker des deutschen nationalökonomischen Schrifttums ist. . . . Fritz Machlup

Verlag von Gustav Fischer in Jena

Das neue England

Volkswohlfahrt und Volkswirtschaft im Umbau

Von

Friedrich Heyer

Konsul in Glasgow

XII, 272 S. gr.8° 1936 Rmk 10.—

Inhalt: 1. Der Machtstaat. / 2. Der Rechtsstaat. / 3. Der Volksstaat. / 4. Der Beamtenstaat. / 5. Volksbildung. / 6. Volkswohlfahrt: Volksgesundheit. Alkohol. Armenpflege. Industrial Assurance. Haftpflicht. Altersrenten. Witwen-, Waisen- und Altersversicherung. Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Wohnungsnot. Stadt- und Landesplanung. / 7. Volkswirtschaft: Forstwirtschaft. Agrargesetzgebung. Fischerei. Kohlenbergbau, Petroleum. Industrie. Handel, Währung. Schifffahrt und Schiffbau. Eisenbahnen, Wasserstraßen, Flugwesen. Kraftwagenverkehr. Elektrizitätswirtschaft. Post. / 8. Finanzwirtschaft: Finanzen. Steuern. Zölle und Verbrauchsabgaben. Kommunalabgaben. Kommunale Wirtschaftsbetriebe. / Schlußwort. Verzeichnis wichtiger Gesetze, Regierungsdrucksachen und Literatur.

Dieses Werk bildet die Ergänzung und Fortsetzung der früheren Veröffentlichungen des Verfassers und bietet einen Überblick über die gesamte Nachkriegsgesetzgebung, die England von Grund aus umgestaltet hat. Die vier Bücher stellen eine zusammenhängende Reihe dar, die den deutschen Leser in Stand setzt, fast alle die Fragen, mit denen wir zu tun haben, in ihrer Entwicklung für England zu verfolgen. Gerade jetzt, wo es aus den bekannten Gründen für die allermeisten eine Unmöglichkeit ist, England aus eigener Anschauung kennen zu lernen, ist es von besonderem Wert, hier eine knappe und klare Darstellung zu finden, wie sie auch in England selbst bisher noch nicht vorhanden ist. Die Brauchbarkeit wird noch durch ein ausführliches Literaturverzeichnis erhöht, das vor allem die neuesten Veröffentlichungen aufführt, so daß jeder, der tiefer eindringen will, hier einen Anhalt zu weiteren Studien vorfindet.

Von demselben Verfasser erschien früher:

Die britische Wirtschaftspolitik nach dem Kriege. VI, 84 S. gr.8°
1928 Rmk 4.50*

Das britische Finanzsystem. III, 114 S. gr.8° 1930 Rmk 4.—*

Die heutige britische Verwaltung. XII, 124 S. gr.8° 1932 Rmk 6.—

*Die mit * bezeichneten Preise ermäßigen sich
bis auf Widerruf um 10%.*

